

BBU magazin

Nr. 6-2026

NEUES AUS DEM VERBAND

BBU-Jahrespressekonferenz
Gegen den Trend: Soziale Wohnungswirtschaft hält Neubau-Kurs
→ Seite 8

NEUES AUS DEN MITGLIEDSUNTERNEHMEN

Exklusiv-Interviews: Best Practice
Stadtentwicklung in Cottbus
& Guben
→ Seite 34

TECHNIK, ENERGIE, MULTIMEDIA

Aktuelles zu Wärmewende &
Geothermie
→ Seite 62



Berlin-Wahl 2026: Wohnen im Mittelpunkt der Debatte

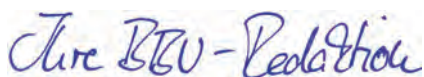
Neubau, Mietenpolitik, Vergesellschaftung und die Zukunft des Tempelhofer Feldes: Kaum ein anderes Thema spielte im Berliner Wahlkampf eine so zentrale Rolle wie das Wohnen. Bei den „BBU-Stadtgesprächen 2026: Berlin vor der Wahl“ konnten die Spitzenkandidat*innen **Stefan Evers, Steffen Krach, Elif Eralp, Werner Graf und Christoph Meyer** ihre Positionen im Live-Talk aus dem „BBU-Studio“ vorstellen. Die Resonanz war groß: Über 3.400 Zuschauer*innen verfolgten die Online-Gespräche insgesamt (Seite 54).

Ausführliche Zahlen und Fakten zum Mietniveau und Neubau in Berlin gab der BBU bei der **Jahrespressekonferenz Berlin**. Unter dem Motto **„Gegen den Trend: Soziale Wohnungswirtschaft Berlin hält Kurs beim Wohnungsbau“** stellte BBU-Vorständin Maren Kern den über 50 Pressevertreter*innen und Interessierten die aktuellen Auswertungen vor. Ihr Fazit: Die BBU-Mitgliedsunternehmen verdoppelten ihre Baubeginne und investierten rund 3,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig warnte der BBU vor weiter steigenden Baukosten und den Folgen der Vergesellschaftungsdebatte (Seite 8). **Zum Vormerken:** Die BBU-Jahrespressekonferenz Brandenburg (digital) findet am 20. Oktober statt.

Neben den (wohnungs-)politischen Themen stellen wir in diesem Heft auch wieder die Projekte **unserer Mitgliedsunternehmen aus Berlin und Brandenburg** vor, zum Beispiel die beiden ausgezeichneten **„Gewohnt Gut“-Projekte aus Frankfurt (Oder) und Potsdam** (ab Seite 10). Zudem haben wir in dieser Ausgabe wieder zwei interessante Interviews: zum einen mit dem **Bürgermeister der Stadt Guben, Fred Mahro**, der über das erfolgreiche Probewohnen in seiner Stadt berichtet sowie mit **Dr. Sebastian Herke (GWC Cottbus)**, den wir zur großen Investition in das Cottbuser Quartier Zuschka befragt haben (Neues aus den Mitgliedsunternehmen ab Seite 34).

Außerdem haben wir für unsere Interviewseite „3 Fragen an ...“ mit **Paul Schlorf (GWG Lübbenau eG)** gesprochen. Seine lesenswerten Antworten finden Sie auf Seite 60.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und einen guten Start in den Herbst,





54



32



40



12 10



24

6 Spotlights Oktober

Neues aus dem Verband

- 8 BBU-Jahrespressekonferenz Berlin: Gegen den Trend
- 10 Verleihung Qualitätssiegel „Gewohnt gut“ an die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eG
- 12 Verleihung Qualitätssiegel „Gewohnt gut“ an die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH
- 14 Kooperationstreffen „Sport vernetzt“: Gemeinsam mehr Bewegung ins Quartier bringen
- 16 Ständige Konferenz der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften: Wohnungspolitik, Genossenschaftstour und KI
- 18 Lernfeld Großsiedlung: Jahrestagung 2026 – Rückblick auf 25 Jahre
- 19 Einladung: BBW-Verbandstag am 15. Oktober: Tarifpolitik, Arbeitsrecht und Resilienz im Fokus
- 20 BBU-Termine im Überblick
- 22 Medienresonanz
- 23 Traueranzeige Birgit Möhring (BIM)

Neues aus den Mitgliedsunternehmen

- 24 Unternehmensnachrichten
- 34 Zuschka – Ein Cottbuser Quartier erfindet sich neu (Interview mit GWC-Geschäftsführer Dr. Sebastian Herke)
- 38 Eine Stadt zum Ausprobieren – Wie Stadt und GuWo gemeinsam neue Einwohner*innen für Guben gewinnen (Interview mit Fred Mahro, Bürgermeister von Guben)
- 50 Personelles
- 52 Jubiläen

Wohnungswirtschaft und -politik

- 54 BBU-Stadtgespräche zur Berlin-Wahl 2026: Wohnen im Mittelpunkt der Debatte
- 58 Klimabündnis Brandenburg: Klimaschutz vor Ort
- 60 3 Fragen an... Paul Schlorf (GWG Lübbenau eG)

Fotos diese Seite / Obere Reihe (von links): BBU-Stadtgespräche zur Berlin-Wahl 2026 © BBU; Grundsteinlegung © WBG „Treptow Nord“ eG; Visualisierung WBM-Neubau Friedenstraße © DMSW Architekten

Untere Reihe (von links): Gewohnt gut für den WOWI-Tower in Frankfurt (Oder) © Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH; Gewohnt gut für den pbg Quartierstreff in Potsdam © BBU / Kerstin Willisch; STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen 2026 © City-Press GmbH



60 38



74



44 34



75

Technik, Energie, Multimedia

- 62 Diskussionsbericht: Tiefengeothermie in Berlin – Ergebnisse für die Wohnungswirtschaft
- 65 Vom Wärmeplan zur Umsetzung: Wie der BBU die Kommunale Wärmeplanung in Berlin begleitet
- 67 GdW Arbeitshilfe für Informations- und IT-Sicherheit in Wohnungsunternehmen
- 68 Gesetz für einfaches Bauen in Berlin in Kraft

Recht

- 70 BBU-Verbandskonferenz zur EmpCo-Richtlinie: „Neue Anforderungen an die Unternehmenskommunikation“
- 71 BGH-Urteil: Anspruch eines Wohnungseigentümers auf Einbau eines Klima-Splitgeräts
- 71 Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes in Kraft
- 72 Berlin: Das Mietenkataster ist da

Kulturtipp

- 74 Sonder-Ausstellung: „Josef Kaiser. Bauen für die DDR“ in der Berlinischen Galerie

Personal und Bildung

- 75 BBA-Lerninsel 2026: Neue Ideen für alte Räume
- 77 Führung in Zeiten des Wandels: Zwei BBA-Formate, zwei Perspektiven
- 79 Tagungen, Karriere- und Spezialisierungslehrgänge sowie Ausbildung und/oder Studium an der BBA
- 84 Stellenangebote
- 85 Erdmännchens Corner
- 86 Impressum

Fotos diese Seite / Obere Reihe (von links): Paul Schlorf © GWG Lübbenau; Gubener Innenstadt © Natalia Kujawa; Sonderausstellung Josef Kaiser: Dieter Urbach, Die Plattenbauten Alexanderstraße, Collage, um 1965 © Berlinische Galerie, Digitalisat: A. E. Witte
Untere Reihe (von links): Potsdamer Genossenschaftstag, Oberbürgermeisterin Noosha Aubel © S. Glöde; Stadtteilstoff mit der GWC © Gebäudewirtschaft Cottbus; BBA Lerninsel 2026 – Theorie und Praxis die Grundlagen des Segelns © Tina Merkau

Spotlights

Oktober

Zahl des Monats

3.204



... Wohnungen wurden in Brandenburg im ersten Halbjahr 2026 laut Statistischem Landesamt genehmigt. Das sind 8,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Nach mehreren Jahren rückläufiger Genehmigungszahlen zeichnet sich damit erstmals wieder eine Trendwende ab. Von den genehmigten Neubauwohnungen sind 1.573 im Weiteren Metropolenraum und 1.631 im Berliner Umland geplant.

BBU-Newsletter

Jetzt echten Mehrwert sichern!

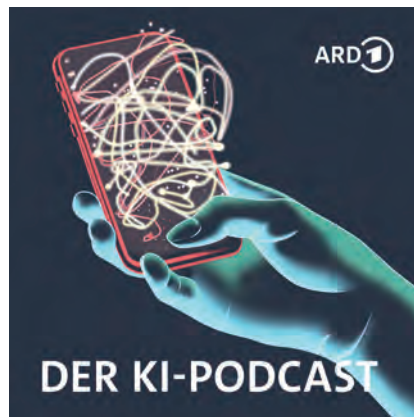
News und Updates erhalten Sie jeden Dienstag in unserem BBU-Newsletter. Dort berichten wir, was es in der Branche Neues gibt – kostenfrei!

Jetzt abonnieren:



Podcast-Tipp

Was stimmt nicht mit Microsoft Copilot?...



... fragt eine aktuelle Folge des „KI-Podcasts“ der ARD. Die KI von Microsoft ist auf Millionen von Rechnern präsent und ist Teil des digitalen Arbeitsalltags. Doch wie gut ist das Tool und wo liegen die Knackpunkte? In der Folge diskutiert die KI-Expertin Marie Kilg mit Host Gregor Schmalzried und wie leistungsfähig Copilot heute tatsächlich ist.

Podcast hören bei ARD Sounds (kostenfrei)



Kunst-Perspektiven

Eine kritische Chronistin...



... Ostdeutschlands war die in Brandenburg und Berlin lebende Künstlerin Annemirl Bauer (1939-1989). Mit „Bruch ist in der Welt“ widmet das Kunsthaus MINSK in Potsdam ihr erstmals eine große Retrospektive. Rund 150 Gemälde und Objekte geben Einblick in ein Werk, das Frauenbilder, Umweltzerstörung und Repression thematisiert und heute aktueller wirkt denn je (bis 7. Februar, Kunsthaus MINSK, nahe Potsdam Hauptbahnhof).

Wer ist eigentlich zuständig?...



Dass man/frau gerne wissen möchte, welche Behörde für welches Thema zuständig ist, ist ein „Dauerbrenner“. Berlin möchte mit der neuen Zuständigkeitsdatenbank mehr Transparenz bieten. Die Stadt verspricht Nachbesserungen, perspektivisch sogar mit KI-Unterstützung. Fazit: Die organisierte Unzuständigkeit ist passé, die leichte Anwendbarkeit übt noch.



Im BBU-Gründungsjahr

Im September 1897...



... war die Kaiserliche Oberpostdirektion in Potsdam dabei, den Ausbau des Telefon-Netzes voranzutreiben. Bürgerschaft und Unternehmen in Orten wie Bernau, Erkner, Königs Wusterhausen, Oranienburg und Freienwalde konnten Anschlüsse für die neuen Stadt-Fernsprecheinrichtungen beantragen. Der Ausbau vernetzte die Städte der Region und beschleunigte Handel, Verwaltung und Verkehr innerhalb der Mark Brandenburg und mit Berlin.

Buchtipp

Wie man gute Entscheidungen baut...



... die auch unter Druck und in unsicheren Zeiten Bestand haben: Dieser Frage geht Ralph Nolte in seinem Buch „Entscheidungsarchitektur“ nach. Statt auf vorschnelle Lösungen richtet der Autor den Blick auf das „davor“. Angesichts einer Arbeitswelt, in der Datenflut und KI-gestützte Analysen die Entscheidungen beschleunigen, plädiert Nolte für mehr Klarheit über Ziele, Annahmen und Handlungsspielräume. (Von Ralph Nolte, Haufe-Verlag, 190 Seiten, 39,99 Euro).

BBU-Termine 2026

Die Verbandsveranstaltungen für dieses Jahr...

... finden Sie immer aktuell in der **digitalen Terminübersicht** auf bbu.de! Online gibt es hier die Vorankündigungen zu den wichtigsten BBU-Ereignissen – die nächsten geplanten Termine sind der BBW-Verbandstag am 15. Oktober, die BBU-Jahrespressekonferenz Brandenburg am 20. Oktober, sowie der BBU-Verbandstag am 5./6. November im bcc Berlin und die Bautagung am 24. November. **Klicken Sie rein! (QR-Code >>>)**

Nr. 6-2026

Vernetzen Sie sich!

Der BBU auf LinkedIn



Auf unserem LinkedIn-Kanal informieren wir regelmäßig über aktuelle Themen der Wohnungswirtschaft, Veranstaltungen und Positionen des Verbandes – und geben Einblicke in unsere Arbeit. Mehr als 2.400 Menschen folgen dem BBU inzwischen auf LinkedIn. Ein aktuelles Beispiel: Ende August haben wir über die BBU-Verbandskonferenz zur EmpCo-Richtlinie berichtet. Im Mittelpunkt standen die neuen Anforderungen an Umwelt- und Nachhaltigkeitsaussagen und die Frage, was Wohnungsunternehmen künftig bei ihrer Kommunikation beachten müssen.

Folgen Sie uns und bleiben Sie im Austausch!





NEUES AUS DEM VERBAND

**BBU-Jahres-
pressekonferenz
Berlin**

Gegen den Trend: Soziale Wohnungswirtschaft Berlin hält Kurs beim Wohnungsbau

MEHR NEUBAU, DEUTLICH MEHR BAUBEGINNE UND INVESTITIONEN AUF REKORDNIVEAU: Die soziale Wohnungswirtschaft in Berlin hat 2025 trotz schwieriger Rahmenbedingungen weiter zugelegt. Auf der BBU-Jahrespressekonferenz Berlin am 1. September präsentierte BBU-Vorständin Maren Kern die aktuellen Zahlen: Die Mitgliedsunternehmen stellten mehr Wohnungen fertig, verdoppelten ihre Baubeginne mehr als und investierten rund 3,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig warnte der BBU vor weiter steigenden Bau- und Betriebskosten und den Folgen der anhaltenden Vergesellschaftungsdebatte. Rund 50 Teilnehmende verfolgten die Pressekonferenz, darunter Tageszeitungen, Nachrichtenagenturen, Fachmedien und Hörfunk.

Die Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen haben sich 2025 deutlich besser entwickelt als der Berliner Wohnungsmarkt insgesamt. Während die Zahl der Wohnungsfertigstellungen berlinweit um mehr als 28 Prozent zurückging, stellten die Unternehmen der sozialen Wohnungswirtschaft rund 6.000 Wohnungen fertig und damit fast 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der Baubeginne hat sich mehr als verdoppelt. „Dass unsere Unternehmen unter schwierigen Bedingungen mehr gebaut haben als im Vorjahr, ist eine starke Leistung. Wenn sie diesen Weg fortsetzen könnten, wäre das sehr gut für

Berlin“, sagte BBU-Vorständin **Maren Kern** bei der Vorstellung der aktuellen Zahlen.

Mehr als jede zweite Neubau-Wohnung von BBU-Mitglied

Mit rund 54 Prozent stammt mehr als jede zweite 2025 in Berlin fertiggestellte Wohnung von einem BBU-Mitgliedsunternehmen. Zusammen mit landeseigenen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, kirchlichen und stiftungsgetragenen Anbietern werden inzwischen mehr als 40 Prozent der Berliner Mietwohnungen von gemeinwohlorientierten Vermietern be-

Bild oben: BBU-Vorständin Maren Kern, Pressesprecher Dr. David Eberhat und Bereichsleiterin Christine Preuß auf der BBU-Jahrespressekonferenz Berlin am 1. September 2026 © BBU

wirtschaftet. Trotz des hohen Engagements bleibt die Lage auf dem Wohnungsmarkt angespannt. Der Leerstand verharrt seit Jahren auf niedrigem Niveau und lag 2025 erneut bei lediglich 1,6 Prozent. Gleichzeitig wächst der finanzielle Druck auf die Unternehmen weiter. Seit 2021 sind die Baukosten deutlich stärker gestiegen als die Mieten, sodass Investitionen und Neubauvorhaben zunehmend schwieriger zu finanzieren sind.

Rekordinvestitionen und Verschiebung in den Bestand

Mit Investitionen von gut 3,2 Milliarden Euro erreichten die Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen 2025 den höchsten Wert seit Beginn der Datenerfassung. Für 2026 planen sie sogar Investitionen von rund 3,7 Milliarden Euro. Dabei gewinnen neben dem Neubau insbesondere Modernisierungen an Bedeutung. Hintergrund sind die Anforderungen der Wärmewende und die notwendigen Investitionen in klimafreundliche Bestände. Positiv bewertete Kern die wohnungspolitischen Reformen des Landes Berlin. Mit dem Schneller-Bauen-Gesetz, der Verwaltungsreform und dem Gesetz für einfaches Bauen habe Berlin wichtige Voraussetzungen für mehr Planungssicherheit geschaffen. Gleichzeitig warnte sie davor, diese Entwicklung durch die Diskussion um Vergesellschaftungen großer Wohnungsbestände zu gefährden. Die Debatte belaste das Investitionsklima und erschwere nach Einschätzung vieler Unternehmen bereits heute die Finanzierung von Neubau- und Modernisierungsvorhaben.

Mehr bauen statt enteignen

Der BBU sprach sich erneut für eine Wohnungs- und Mietenpolitik aus, die auf mehr Neubau, verlässliche Rahmenbedingungen und die konsequente Anwendung bestehender mietrechtlicher Regelungen setzt. „Die Sorgen um bezahlbares Wohnen sind berechtigt“, betonte Kern. Dauerhafte Entlastung könne aber nur durch zusätzlichen Wohnraum, wirksamen Mieterschutz und bezahlbare Energie- und Betriebskosten erreicht werden. **D.E.**

↓ Download

- Videomitschnitt, Pressematerial & Präsentation

[bbu.de | Pressemitteilungen](https://bbu.de/Pressemitteilungen)



↓ Download

- Medienresonanz

[bbu.de | BBU in den Medien](https://bbu.de/BBU%20in%20den%20Medien)



Die Forderungen des BBU: Was jetzt wichtig ist >>>

• Wohnungsbau fördern und ermöglichen

Die Berliner Wohnungsbauförderung muss mindestens auf dem bisherigen Niveau von 1,5 Milliarden Euro jährlich fortgeführt und an steigende Baukosten angepasst werden.

• Bauen einfacher und schneller machen

Schneller-Bauen-Gesetz und Gesetz für einfaches Bauen müssen konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden. Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozesse sollten weiter vereinfacht werden.

• Grundstücke für Genossenschaften sichern

Genossenschaften brauchen bessere Rahmenbedingungen beim Zugang zu Bauland, um ihren Beitrag für bezahlbaren Wohnraum ausbauen zu können.

• Mieterschutz wirksam durchsetzen

Gegen Mietpreisüberhöhungen und unseriöse Anbieter muss das bestehende Mietrecht konsequent angewendet und Verstöße konsequent geahndet erleichtert werden.

• Wohnkosten insgesamt in den Blick nehmen

Neben der Miete müssen auch Energie- und Betriebskosten stärker berücksichtigt werden. Für die Fernwärme fordert der BBU mehr Transparenz und wirksame Aufsicht.

• Planungssicherheit statt Vergesellschaftungsdebatten

Neubau und Modernisierung brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Investitionen in bezahlbaren Wohnraum dürfen nicht durch Unsicherheit bei Eigentums- und Finanzierungsfragen erschwert werden.



Das „BBU-Studio“ bei der Live-Übertragung © BBU

Verleihung Qualitätssiegel „Gewohnt gut“ an die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eG Projekt: pbg Quartierstreff – Raum für Begegnung, Beratung und Beteiligung in der Waldstadt

MIT DER EINRICHTUNG EINES QUARTIERSTREFFS IM WOHNGEBIET WALDSTADT hat die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eG (pbg) wesentlich zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur in der Landeshauptstadt beigetragen. Für das Projekt wurde die Genossenschaft am 14. September 2026 von BBU-Vorständin Maren Kern und Brandenburgs Infrastruktur-Minister Robert Crumbach mit dem Qualitätssiegel „Gewohnt gut – fit für die Zukunft“ ausgezeichnet. Die Genossenschaft erhielt die Auszeichnung bereits zum zweiten Mal.

BBU Vorständin **Maren Kern** gratulierte: „Mit ihrem Quartierstreff zeigt die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eindrucksvoll, dass genossenschaftliches Engagement weit über die Bereitstellung von Wohnraum hinausgeht. Hier ist ein lebendiger Ort entstanden, der Begegnung, Beratung und Beteiligung ermöglicht und damit den sozialen Zusammenhalt im Quartier nachhaltig stärkt. Besonders hervorzuheben ist, dass dieses Angebot vollständig aus eigener Kraft geschaffen und über viele Jahre kontinuierlich weiterentwickelt wurde. Der pbg Quartierstreff steht beispielhaft für zukunftsorientierte Quartiersarbeit und gelebte Verantwortung vor Ort.“

Brandenburgs Infrastrukturminister **Robert Crumbach** betonte: „Der pbg Quartierstreff ist ein überzeugendes Beispiel für soziale Stadtentwicklung in Brandenburg. Mit einem vielfältigen Angebot stärkt die Genossenschaft gezielt das Miteinander im Quartier und schafft wohnortnahe Unterstützungsstrukturen. Der Treff wirkt dabei als Brücke zwischen verschiedenen Generationen und gesellschaftlichen Gruppen. Die Kooperation mit der AWO erweitert das Angebot sinnvoll. Damit wird deutlich, welch wichtigen Beitrag Genossenschaften zur sozialräumlichen Stabilisierung und für lebenswerte Stadtteile leisten.“



Martin Harsche und **Christof Harms-Spentza**, Vorstandsmitglieder der Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eG, sagten: „Die Auszeichnung freut uns sehr und ist für uns eine besondere Anerkennung unserer Arbeit im Quartier. Der Quartierstreff ist über viele Jahre gewachsen und hat sich zu einem zentralen Ort der Begegnung in der Waldstadt entwickelt. Mit der Öffnung für alle Menschen im Quartier, der engen Zusammenarbeit mit Partnern wie der AWO und der jüngsten Weiterentwicklung des Standortes konnten wir das Angebot noch einmal deutlich stärken. Dass dieser Treff so gut angenommen wird, bestätigt unseren Ansatz und motiviert uns, diesen Weg weiterzugehen.“

Zum Projekt: pbg Quartierstreff

Mit ihrem Quartierstreff hat die pbg mitten im Wohngebiet Waldstadt I (südöstlich des Stadtzentrums) einen offenen und integrativen Ort geschaffen, der über die klassische Mitgliederbetreuung hinausgeht. Die Bewohnerschaft ist vielfältig und setzt sich sowohl aus langjährigen Mieterinnen und Mietern als auch aus neu zuziehenden Bewohner*innen zusammen. Der Treff entstand zwischen 2010 und 2012 und wurde im Jahr 2013 eröffnet. Das Quartier „Waldstadt I“ gilt als erstes Neubaugebiet Potsdams und ist geprägt durch eine Zeilenbe-



Das ausgezeichnete Objekt: pbg Quartierstreff © pbg

bauung der 1950er-Jahre. Zuvor war das Hofgelände im Besitz des Grünflächenamts Potsdam mit Parkplätzen und Garagen sowie Lager- und Büroräumen.

Ziel und Konzept: Raum für Gemeinschaft und Teilhabe

Als eigenständiger Treffpunkt fügt sich der Quartierstreff funktional und architektonisch in das Umfeld ein und steht allen Menschen im Quartier offen. Durch die bewusste Öffnung für alle Interessierten versteht sich die Einrichtung als verbindendes Element im Stadtteil. Das Konzept setzt auf Eigenverantwortung, ehrenamtliches Engagement und Kooperationen, um dauerhaft niedrigschwellige Angebote zu schaffen.

Martin Harsche und **Christof Harms-Spentza** ergänzten zur Zielsetzung der Einrichtung: „Der pbg Quartierstreff soll ein offener, lebendiger Ort der Begegnung für alle Menschen im Viertel sein – unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Hintergrund. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Waldstadt I. Er soll nachbarschaftliche Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement stärken und ein wohnortnahes Angebot für unterschiedliche Zielgruppen schaffen. Diese Mischung aus Genossenschaft, Sozialträger und Zivilgesellschaft macht den Quartierstreff zu einem lebendigen und nachhaltigen Treffpunkt im Quartier.“ Dies zeigt sich auch in der Nachfrage: Die Angebote werden intensiv genutzt, und die Vermietung der Räume ist besonders an Wochenenden stark ausgelastet.

Ausstattung, Kooperationen und soziale Angebote vor Ort

Die Räumlichkeiten sind barrierearm und funktional gestaltet. Zur Ausstattung gehören unter anderem ein Wintergarten mit angeschlossener Küche, ein großer Seminarraum mit Nebenräumen sowie attraktive Außenbereiche mit Sitzgelegenheiten. Ergänzt wird das Angebot durch einen Outdoor-Fitness-Parcours. Seit Juli 2024 kooperiert die pbg mit dem AWO Bezirksverband Potsdam e. V., der das Angebot des Quartierstreffs um verschiedene Beratungsleistungen ergänzt. Angebot und Raumvergabe werden von einer Koordinatorin vor Ort betreut. Zum Angebot zählen unter anderem Schuldnerberatung, Unterstützungsangebote für Familien sowie Beratung zu inklusiver Arbeit. Auch wird der AWO-Mittagstisch gut angenommen und bietet nicht nur ein warmes Essen, sondern auch die Möglichkeit zum Austausch und Beisammensein. Die Finanzierung des Angebots erfolgt gemeinsam durch Genossenschaft und AWO. Darüber hinaus wird der Treff von zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen sowie Vereinen und Selbsthilfegruppen genutzt.

Rund 1,2 Millionen Euro investiert

Für Sanierung und Umbau des Treffpunkts hat die pbg insgesamt 1,2 Millionen Euro aus Eigenmitteln investiert. 2025 wurden zusätzlich 30.000 Euro für weitere Umbauten aufgewendet. Seit 2015 fallen zudem 50.000 Euro für Instandhaltungs-, Verwaltungs- und Personalkosten für die Bewirtschaftung an. Der laufende Betrieb wird durch die Mieteinnahmen gedeckt. **S.Sch.**



Gruppenfoto (v.l.n.r.): Matthias Brauner (Leiter BBU-Landesgeschäftsstelle Potsdam), Carsten Happe (pbG), Maren Kern (BBU-Vorständin), Juliane Voigt (pbG), Christof Harms-Spentza (pbG-Vorstand), Minister Robert Crumbach (MIL), André Saborowski (AWO), Rainer Müller (pbG) und Claudia Schütze (AWO) © BBU / Kerstin Willisch

Verleihung Qualitätssiegel „Gewohnt gut“ an die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH Projekt: „WOWI-Tower – Karl-Marx-Straße 23“

MIT DER SANIERUNG EINES MARKANTEN WOHNHOCHHAUSES IN ZENTRALER INNENSTADTLAGE hat die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH (WOWI) die Wohnattraktivität und die städtebauliche Struktur der Stadt gestärkt. Für das Projekt mit 88 Wohnungen wurde das kommunale Unternehmen am 4. September 2026 von BBU-Vorständin Maren Kern und Brandenburgs Infrastruktur Minister Robert Crumbach mit dem Qualitätssiegel „Gewohnt gut – fit für die Zukunft“ ausgezeichnet. Die Gesellschaft erhält die Auszeichnung bereits zum zweiten Mal.

BBU Vorständin **Maren Kern** gratulierte: „Mit der Sanierung des WOWI Towers zeigt die Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH eindrucksvoll, welches Potenzial im klugen Weiterbauen des Bestandes liegt. Mit dieser Aufwertung ist es dem Wohnungsunternehmen gelungen, den Wohnkomfort zu verbessern, die architektonische Qualität zu steigern und gleichzeitig die Energieeffizienz des Gebäudes deutlich zu erhöhen. Die Verbindung aus architektonischem Anspruch, energetischer Verbesserung und sozial verträglichem Wohnen zeigt, welchen wichtigen Beitrag kommunale Wohnungsunternehmen für lebenswerte Städte in Brandenburg leisten.“



Brandenburgs Infrastrukturminister **Robert Crumbach** betonte aus Anlass der Siegelverleihung: „Der sanierte WOWI Tower ist ein überzeugendes Beispiel für nachhaltige Stadtentwicklung in Brandenburg. Statt auf Abriss und Neubau zu setzen, entwickelt die WOWI vorhandene Strukturen weiter und stärkt damit gezielt die Innenstadt von Frankfurt (Oder). Das Ge-

bäude erfüllt als weithin sichtbares Hochhaus eine wichtige städtebauliche Funktion und bildet einen prägenden Auftakt im Übergang zur Stadtbrücke nach Słubice. Der WOWI Tower steht beispielhaft für eine zukunftsorientierte Bestandsentwicklung in der Oderstadt.“



Das ausgezeichnete Objekt: WOWI Tower in der Frankfurter Innenstadt © Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH

Jan Eckardt, Geschäftsführer der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH, sagte: „Die Auszeichnung freut uns sehr und ist eine besondere Anerkennung unserer Arbeit für Frankfurt (Oder). Unser Ziel war es, ein identitätsstiftendes Gebäude neu zu interpretieren und zugleich den Wohnwert für unsere Mieterinnen und Mieter deutlich zu erhöhen. Besonders wichtig war uns dabei, das Haus energetisch zukunftsfähig aufzustellen und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum in zentraler Lage zu sichern. Dass dieses Projekt nun so große Anerkennung erfährt, ist für uns Ansporn, diesen Weg konsequent weiterzugehen.“

Zum Projekt: Sanierung eines Wohnhochhauses („WOWI Tower“)

Das Projekt wurde im Stadtzentrum von Frankfurt (Oder) direkt an der Karl Marx Straße realisiert, die als Hauptachse die Innenstadt prägt. Das 15-geschossige Punkthochhaus (Gebäudetyp PHH16G) ist mit rund 50 Metern Höhe neben dem Oderturm eines der prägnantesten Gebäude der Stadt. Projektstart war im August 2020, die Sanierung wurde im März 2024 abgeschlossen.

Städtebaulich nimmt der Tower eine besondere Lage ein: Er bildet den nördlichen Abschluss der Magistrale sowie der Rosa Luxemburg Straße und fungiert zugleich als „Tor zur Stadt“ für die Stadtbrücke nach Słubice (Polen). Ziel der

Neugestaltung war es, dem ursprünglich in Plattenbauweise errichteten Hochhaus eine eigenständige architektonische Identität zu verleihen. Die neue Fassade mit roten Klinkern setzt einen Kontrast zur schlichten Nachkriegsmoderne und greift zugleich die Backstein-Tradition der einstigen Hansestadt auf. So erfüllt der Tower die Funktion eines modernen „Leuchtturms“ mit dem Leitgedanken einer vielfältigen und lebendigen Stadtentwicklung.

Bauliche und energetische Merkmale

Mit dem Projekt verfolgt die WOWI konsequent den Ansatz des „Weiterbauens“: Bestehende Gebäude werden erhalten, weiterentwickelt und an zeitgemäße Anforderungen angepasst. Im Zuge der Sanierung wurden umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen umgesetzt. Dazu zählen die Erneuerung von Fenstern und Türen, eine moderne Fassadengestaltung sowie ein neuer, barrierefreier Eingangsbereich. Ein Teil der insgesamt 88 Wohnungen wurde hochwertig modernisiert und mit zeitgemäßen Bädern sowie neuen Bodenbelägen ausgestattet.

Ergänzt wurden die Maßnahmen durch energetische Verbesserungen: Zur Steigerung der Energieeffizienz wurde ein Wärmedämmverbundsystem angebracht. Zudem wurde auf einem Nachbar-Gebäude in der Stubicer Straße eine Solaranlage installiert, die zur Reduzierung des Energieverbrauchs des WOWI Towers beiträgt. Die gewonnene Energie wird in das Hausnetz eingespeist und unterstützt unter anderem die Stromversorgung sowie technische Anlagen des Gebäudes. Ziel ist es, sowohl die CO₂-Emissionen als auch die Nebenkosten für die Mieterinnen und Mieter nachhaltig zu senken. Das Projekt dient zugleich als Pilotvorhaben, um Erkenntnisse für eine mögliche Übertragung auf weitere Bestände zu gewinnen.

Rund 7,55 Millionen Euro investiert

In die Neugestaltung des Wohnhochhauses hat die WOWI insgesamt rund 7,55 Millionen Euro investiert. Die Finanzierung erfolgte über den KfW-Kredit „Energieeffizient Sanieren“ in Höhe von 2,8 Millionen Euro, die verbleibende Betrag wurde aus Eigenmitteln aufgebracht. **S.Sch.**



Gruppenfoto zur Verleihung (v.l.n.r.): Matthias Steinfurth MdL, Kathrin Mölneck (BBU), Dr. Axel Strasser (Bürgermeister), Maren Kern (BBU), Jan Eckardt (WOWI), Dietmar Städter (Planungsbüro), Tanja Franke (MIL), Matthias Brauner (BBU) © BBU

Kooperationstreffen „Sport vernetzt“: Gemeinsam mehr Bewegung ins Quartier bringen

SPORT ALS BRÜCKE IM QUARTIER: Gemeinsam mit Henning Harnisch (ALBA Berlin) engagieren sich sieben BBU-Mitgliedsunternehmen in der Initiative „Sport vernetzt“. Beim ersten Kooperationspartnertreffen am 7. September im BBU wurden Erfahrungen ausgetauscht und die nächsten Schritte für mehr Bewegung in den Quartieren diskutiert.

BBU-Vorständin **Maren Kern** begrüßte die Kooperationspartner und machte deutlich: „Sport vernetzt zeigt, wie Wohnungsunternehmen durch Kooperationen einen konkreten Mehrwert für ihre Quartiere schaffen können.“ Mit der Initiative engagieren sich BBU-Mitgliedsunternehmen seit Anfang 2026, um Sportangebote dorthin zu bringen, wo sie bislang fehlen. Das Ziel: Kindern und Jugendlichen, aber auch Familien oder Seniorinnen und Senioren wohnortnahe Bewegungsangebote zu ermöglichen. Gleichzeitig werden die Vernetzung im Quartier und die Identifikation mit der Region gestärkt.

Seit dem Start wurden an verschiedenen Standorten Kontakte zu Sportvereinen, Schulen, Kitas und weiteren lokalen Akteuren aufgebaut. Nun gehen die ersten Projekte in die Umsetzung. Beim Treffen der Kooperationspartner wurde im gemeinsamen Erfahrungsaustausch deutlich, wie vielfältig die Ansätze vor Ort sind und wie groß das Interesse an zusätzlichen Sportangeboten in den Quartieren ist.

Sportliche „Best Practice“ im Wohnumfeld gestartet

Die Unternehmen berichteten von bereits gestarteten oder geplanten Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen. So entstehen beispielsweise Kooperationen mit örtlichen Sport-

vereinen, die Bewegungsangebote für Kinder in Schulen und Kitas begleiten. Andere Partner setzen auf offene Mitmach-Angebote im Wohnumfeld, um Kinder und Familien niedrigschwellig für Sport zu begeistern. Gleichzeitig werden neue Ideen für Seniorensport und generationenübergreifende Aktivitäten entwickelt. Diskutiert wurden zudem praktische Fragen zur Umsetzung, u. a. die Gewinnung von Übungsleiter*innen, Finanzierungsmöglichkeiten sowie erfolgreiche Strategien, um Teilnehmende zu erreichen.

Ausblick

Die erste große Kickoff-Veranstaltung vor Ort wird am 1. Oktober 2026 bei der Lausitzer Bergarbeiter-Wohnungsgenossenschaft in Schwarze Pumpe stattfinden. Die Partner verständigten sich darauf, den fachlichen Austausch weiter auszubauen. Beim nächsten Kooperationspartnertreffen Anfang 2027 sollen die Aktivitäten und neue Impulse für die Initiative gesetzt werden.

Mitstreitende gesucht!

Weitere Wohnungsunternehmen, die „Sport vernetzt“ in ihren Quartieren umsetzen möchten, sind ausdrücklich willkommen. Interessierte Unternehmen können sich gerne an Bertram Schwarz wenden: bertram.schwarz@bbu.de

S.Sch. | B.S.



Kooperationstreffen „Sport vernetzt“ mit ALBA und BBU-Mitgliedern am 7. September im BBU © BBU

Hoch_effizient

Bestand neu beleben Energetische Sanierung.

Wie lassen sich bestehende Wohngebäude auf die Anforderungen von morgen vorbereiten? Indem ihre Gebäudehülle konsequent erneuert und energetisch optimiert wird. Mit moderner Fassadentechnik, leistungsfähiger Wärmedämmung, integrierter Photovoltaik und der Instandsetzung bestehender Bauteile entstehen zukunftsfähige Wohngebäude mit deutlich verbesserter Energieeffizienz.

Das Wohnhochhaus in der Rhinstraße 2–4 in Berlin-Lichtenberg ist ein gelungenes Beispiel dafür. Aus einem über 40 Jahre alten Bestandsgebäude wurde ein KfW-Effizienzhaus 55 EE.



Ständige Konferenz der Berliner Wohnungsbau- genossenschaften: Wohnungspolitik, Genossenschaftstour und KI

WOHNUNGSPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN IN BUND UND LAND, DIE ERSTE BERLINER GENOSSENSCHAFTSTOUR UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN PRÜFUNG UND UNTERNEHMENSPRAXIS: Die September-Sitzung der Ständigen Konferenz der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften spannte einen weiten Bogen. Wenige Tage vor der Berlin-Wahl standen dabei auch die aktuellen Herausforderungen für die soziale Wohnungswirtschaft im Fokus.

Von Frank-Peter Pollenske (GEWIWO)

Die Ständige Konferenz am 9. September im „Haus der Wohnungswirtschaft“ bot den Berliner Wohnungsbaugenossenschaften wieder Gelegenheit, sich über aktuelle Entwicklungen und gemeinsame Themen auszutauschen. Im Mittelpunkt der Herbstsitzung standen dabei die Berichte der beiden BBU-Vorstandsmitglieder **Maren Kern** und **Prof. Dr. Klaus-Peter Hillebrand**.

Viel Bewegung in der Wohnungspolitik

Maren Kern gab einen Überblick über die aktuellen wohnungspolitischen Themen in Bund und Land. Dazu gehörten das neue Gebäudemodernisierungsgesetz, die künftigen Vorgaben zur Ladeinfrastruktur, das geplante Wärmenetzpaket und die Wohnraumförderung ebenso wie aktuelle Berliner Themen – vom Wohnungs- und Mietkataster über den aktuellen Stand zur BEW-Rückforderung der Dezember-Soforthilfe bis zum neuen Stadtquartier Elisabeth-Aue.

Mit Blick auf die bevorstehende Berlin-Wahl stellte Kern auch zentrale Ergebnisse der BBU-Jahrespressekonferenz vor. Die Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen investierten 2025 insgesamt rund 3,2 Milliarden Euro, davon rund 520 Millionen Euro

die Genossenschaften. Zugleich relativieren die stark gestiegenen Baukosten die Rekordzahlen.

Für die kommenden Jahre setzt der BBU auf verlässliche Rahmenbedingungen: Die Berliner Wohnungsbauförderung muss bei mindestens 1,5 Milliarden Euro jährlich gehalten werden. Genossenschaften sollen landeseigene Grundstücke nicht ausschließlich in Erbpacht erhalten, sondern auch zu günstigen Konditionen kaufen können. Und die bereits beschlossenen Erleichterungen für schnelleres und einfacheres Bauen müssen in der Genehmigungspraxis ankommen.

Auch die Vergesellschaftungsdebatte spielte eine Rolle. Bei der Jahrespressekonferenz hatten die BBU-Mitgliedsunternehmen ein klares Votum gegen Enteignungen abgegeben. Statt eines Systemwechsels setzt der Verband auf einen Dreiklang aus mehr Neubau, konsequenter Anwendung des Mietrechts und mehr Transparenz bei den Energiekosten.

Genossenschaften zeigen, was sie können

Ein besonderer Blick wurde auf die erste Berliner Genossenschaftstour am 3. Juli geworfen. Koordiniert vom BBU



Gut besucht: Sitzung der Ständigen Konferenz der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften © BBU

präsentierten Berliner Genossenschaften dem Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner**, Finanzsenator **Stefan Evers** und Stadtentwicklungssenator **Christian Gaebler** beispielhafte Projekte in Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Friedrichsfelde. Die Stationen zeigten die große Bandbreite genossenschaftlichen Engagements – von klimafreundlicher Bestandsentwicklung über bezahlbaren, innovativen Neubau bis zur Weiterentwicklung von Nachbarschaften.

Henrike Hanke von der Wohnungsbau-Genossenschaft „Treptow-Nord“ eG und **Dirk Enzensberger** von der Charlottenburger Baugenossenschaft eG ergänzten den Bericht um ihre Erfahrungen mit der Tour. Diese war zugleich mit einer politischen Botschaft verbunden: Erstmals legten die Genossenschaften gemeinsam ein wohnungs- und baupolitisches Positionspapier mit fünf konkreten Forderungen an die Berliner Politik vor. Begleitend veröffentlichte der BBU die Publikation „Genossenschaften bauen Zukunft“, die die Vielfalt des genossenschaftlichen Neubaus vorstellt.

KI verändert auch die Prüfung

Wie stark sich parallel die Arbeitswelt der Wohnungswirtschaft verändert, zeigte der Bericht von BBU-Vorstand **Prof. Dr. Klaus-Peter Hillebrand**. Neben IT-Sicherheit aus Prüfersicht, der bevorstehenden Genossenschaftsreform, dem Geldwäschegesetz und der Einkommensteuerreform stand dabei vor allem Künstliche Intelligenz auf der Agenda.

Der BBU arbeitet derzeit an einem KI-gestützten System für die Jahresabschlussprüfung. Die Technologie soll unter anderem große Datenbestände vollständig analysieren, ungewöhnliche Buchungsmuster erkennen, Informationen aus Verträgen und anderen Dokumenten auswerten und Routineaufgaben beschleunigen. Aus dem ursprünglich geplanten Zusatzwerkzeug entwickelt sich dabei ein eigenständiges Prüfungssystem. Ziel ist, 17 spezialisierte KI-Agenten auf einer Plattform zusammenzuführen und das System in der Prüfungssaison 2027 erstmals bei einem Pilotmandanten einzusetzen.

Dass KI auch bei den Genossenschaften selbst zunehmend zum Alltag gehört, zeigte der abschließende Erfahrungsaustausch. Sebastian Grieser berichtete, dass die GEWIWO KI bereits seit Februar unter anderem als Chat- und Voice-Agent einsetzt und damit gute Erfahrungen macht. Die WGBG testet derzeit eine in das ERP-System integrierte KI-Lösung. **Dirk Enzensberger** berichtete zudem über seine Erfahrungen beim Abschluss einer Betriebsvereinbarung zum Einsatz Künstlicher Intelligenz.

Neues aus der genossenschaftlichen Familie

Auch aus Marketinginitiative und Genossenschaftsforum gab es einiges zu berichten. **Tom Schuster** von der Wohnungsbau-genossenschaft MERKUR eG blickte unter anderem auf die Fahrradsternfahrt am Internationalen Tag der Genossenschaften am 4. Juli zurück. Mit 1.200 Mitradelnden erreichte sie in diesem Jahr eine Rekordbeteiligung. Bei der Zwischenkundgebung am Brandenburger Tor begrüßten die Teilnehmenden BBU-Vorständin **Maren Kern**, Stadtentwicklungssenator **Christian Gäbler** sowie EVM-Vorstandsmitglied **Jörg Kneller** für die Marketinginitiative. Anschließend ging es für die Teilnehmenden zur Trabrennbahn Mariendorf, wo alle ein buntes Programm mit dem Höhepunkt des Trabrennens der Wohnungsbaugenossenschaften erwartete. Weitere Themen waren das AZUBI-Marketing, die Recruiting-Kampagne im Herbst und die Fortsetzung des Bob-Sponsorings in der Wintersaison 2026/27.

Caroline Rosenthal berichtete für das Genossenschaftsforum unter anderem vom Potsdamer Genossenschaftstag am 4. September, der bevorstehenden Genossenschaftslounge und dem fünfjährigen Bestehen des Werkraums. Neu sind zudem die Tafeln für den Genossenschafts-Guide in Berlin und Potsdam, die nunmehr an die teilnehmenden Genossenschaften ausgeliefert wurden. Sie ermöglichen es, Geschichte und Leben der Wohnungsbaugenossenschaften künftig auch digital zu erkunden.

Die nächste Ständige Konferenz findet am **27. Januar 2027** statt.



Dirk Enzensberger berichtet von der 1. Genossenschaftstour und Erfahrungen zum Einsatz von KI © BBU

Lernfeld Großsiedlung: Jahrestagung 2026 – Rückblick auf 25 Jahre

DAS KOMPETENZZENTRUM GROSSIEDLUNGEN FEIERTE AM 4. SEPTEMBER mit mehr als 100 Mitgliedern, Freunden und Gästen sein 25-jähriges Jubiläum in den Berliner „Gärten der Welt“. Dieser Garten- und Kulturraum verbindet die beiden größten Wohnstädte Deutschlands, Marzahn und Hellersdorf, miteinander.

Von Dr. Bernd Hunger (Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V.)

Unter der eloquenten Moderation von **Volker Wieprecht** skizzierten **Ralf Protz** und **Dr. Bernd Hunger**, wie sich aus einer kleinen „Berliner Pflanze“ ein bundesweites Netzwerk (mit internationaler Ausstrahlung) entwickelt hat.

Rückblick Vereinsgeschichte und Vorschau auf Quartiere mit neuer Generation

Im Rückblick auf 25 Jahre Kompetenzzentrum erinnerten **Dr. Wolfram O. Martinsen** als erster Vereinsvorsitzender und **Beate Heinrich** (ehem. Stadtplanungsamt Marzahn-Hellersdorf) an die Anfänge. **Guido Schwarzendahl** (Bauverein Halle-Leuna eG), **Clemens Klikar** (Stadt.Menschen.Berlin) und **Susanne Kraus** (Münchner Wohnen) zeigten, wie sich der Blick auf die Großsiedlungen und die Themen des Kompetenzzentrums im Laufe der Jahre erweitert haben.

Danach richtete sich der Blick auf das „Lernfeld Großsiedlung“: In den Großsiedlungen wächst ein großer Teil der nächsten Generation heran, die vielfältiger ist als in anderen Quartieren. Gerade hier wird sich zeigen, wie Integration und sozialer Zusammenhalt gelingen können. **Henning Harnisch** (ALBA Berlin), **Bernd Siggelkow** („Die Arche“), **Stephanie Marsch** (Weeber+Partner) und die Bremer Lehrerin **Gilda Deinhard** diskutierten aus den Perspektiven von Sport, Bildung, Jugend- und Sozialarbeit, was Kinder und Jugendliche in den großen Quartieren für gute Zukunftschancen brauchen.

Großsiedlungen als gesellschaftliches Lernfeld

In der letzten Diskussionsrunde ging es um die Frage „Wie geht es weiter?“. **Anne Keßler** (BMWBSB), **Dr. Brigitta**

Ziegenbein (Stadt Leipzig), **Maren Kern** (BBU) und **Dr. Christian Lieberknecht** (GdW) diskutierten aus Sicht von Bund, Kommunen und Wohnungswirtschaft, welche Unterstützung Großsiedlungen künftig brauchen und wie die unterschiedlichen Akteure gemeinsam Verantwortung übernehmen können.

Alle Anwesenden waren sich einig: Die Großsiedlungen sind ein wichtiges Lernfeld für die Zukunft unserer Städte. Sie entlasten andere Quartiere und brauchen für diese Aufgabe dauerhafte Unterstützung. Dafür wird sich das Kompetenzzentrum auch zukünftig einsetzen.



Diskussionsrunde „Lernfeld Großsiedlung“ (v.l.n.r.): Moderator Volker Wieprecht, Stephanie Marsch (Weeber+Partner), Bernd Siggelkow („Die Arche“), Gilda Deinhard (Konrektorin und Lehrerin, Bremen-Tenever) und Henning Harnisch (ALBA Berlin)



Das Team des Kompetenzzentrums beim „Großsiedlungs-Blues“ – ein selbstironischer Blick auf die eigene Arbeit



BBU-Vorständin Maren Kern (Mitte) und Jan Robert Kowalewski (Leiter BBU-Fachbereich Technik / Energie / Klima, li. daneben) im Kreise der Zuschauer

Alle Fotos © Werner Popp / Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V.

BBW-Verbandstag am 15. Oktober: Tarifpolitik, Arbeitsrecht und Resilienz im Fokus



DER ÖFFENTLICHE TEIL DES BBW-VERBANDSTAGS AM 15. OKTOBER (10:00 bis 12:00 Uhr) im Haus der Wohnungswirtschaft Berlin verspricht hochkarätige Einblicke in Themen, die auch für Wohnungsunternehmen von wachsender Bedeutung sind.

Mit **Patricia Will**, Geschäftsführerin des AGV, und **Sven Weickert**, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des UVB, konnten zwei ausgewiesene Experten als Referierende gewonnen werden. Während Patricia Will über aktuelle Entwicklungen in Tarifpolitik, Arbeitsrecht und Arbeitsgesetzgebung informiert, beleuchtet Sven Weickert die Herausforderungen und Chancen von Sicherheit und Resilienz als strategischem Erfolgsfaktor für Unternehmen. Dabei geht es unter anderem um die Auswirkungen sicherheitspolitischer Gesetzgebung auf die Wirtschaft und die Rolle der Verbände bei der Stärkung unternehmerischer Widerstandsfähigkeit.

Herzliche Einladung: Für BBU-Mitgliedsunternehmen bietet die kostenfreie Veranstaltung eine gute Gelegenheit, sich aus erster Hand über wichtige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Entwicklungen zu informieren sowie mit führenden Vertretern der Berliner und Brandenburger Wirtschaft ins Gespräch zu kommen. **S.N.**

Auf einen Blick:

- BBW-Verbandstag am Donnerstag, 15. Oktober 2026
- 10:00 – 12:00 Uhr: Öffentlicher Teil
- 12:30 – 13:15 Uhr: BBW-Delegiertenversammlung, nicht-öffentlich
- Die Einladungen werden per E-Mail versendet.



Patricia Will (AGV) © Haroc Marcard



Sven Weickert (UVB) © Annette Koroll

- Anzeige -



NFG 
NETZWERK FÜR GEBÄUDETECHNIK

SUCHEN. FINDEN. VERNETZEN.

Die digitale Plattform der Bau- und Immobilienwirtschaft.
Technische Zuarbeiten, Bemusterung und Nachunternehmer
– alles an einem Ort.



NFG-MATCHPOINT.DE

Termine der Arbeitskreisberatungen im Land Brandenburg

Genossenschaften

	Tag, Uhrzeit	Gastgeber
Genossenschaften Schwedt	Mi., 07.10.2026 10:00 Uhr	Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG Ringstraße 183, 16227 Eberswalde
Genossenschaften Potsdam	Mi., 14.10.2026 10:30 Uhr	Wohnungsgenossenschaft Elbstrom eG Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 2a, 19322 Wittenberge
Große Genossenschaften des Landes Brandenburg	Do., 30.11.2026 10:00 Uhr	BBU-Landesgeschäftsstelle Potsdam Behlertstraße 13, 14469 Potsdam
Genossenschaften Cottbus	Mi., 02.12.2026 10:00 Uhr	Wohnungsbaugenossenschaft Elsterwerda eG Pappelweg 1, 04910 Elsterwerda
Genossenschaften Oder-Spree-Neiße	Do., 22.04.2027 10:00 Uhr	Fürstenwalder Wohnungsbaugenossenschaft eG Bergstr. 22, 155317 Fürstenwalde

Gesellschaften

	Tag, Uhrzeit	Gastgeber
Gesellschaften Potsdam-Süd	Di., 13.10.2026, 10:00 Uhr	Wohnungsbaugesellschaft Jüterbog mbH Zinnaer Straße 17, 14913 Jüterbog
Gesellschaften Süd-Brandenburg	Mi., 14.10.2026 10:00 Uhr	Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH Werbener Straße 3, 03046 Cottbus
Gesellschaften Frankfurt (Oder)	Do., 14.01.2027 15:00 Uhr	Wohnungs- und Baugesellschaft mbH Bernau Berliner Str. 2, 16321 Bernau
Gesellschaften Potsdam-Nord	Mi., 27.01.2027 14:00 Uhr	Wird noch bekannt gegeben

Sprecherkreis

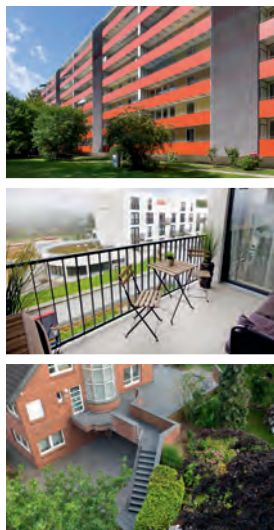
	Tag, Uhrzeit	Gastgeber
Sprecher der Arbeitskreise im Land Brandenburg	Do., 12.11.2026 10:00 Uhr	Videokonferenz

BBU-Termine im September / Oktober 2026

Veranstaltung

	Veranstaltungsort	Ansprechpartner	Tag, Uhrzeit
BBU-Arbeitsausschuss	BBU	Maren Kern	Mi., 23.09.2026 11:00 Uhr
BBU-Verbandsausschuss	BBU	Maren Kern	Mi., 23.09.2026 13:00 Uhr
1. Strategischer Dialog BBU / BEW	BBU	Jan Robert Kowalewski	Di., 29.09.2026 14:00 Uhr
Jour Fixe der Justiziere der Wohnungsgenossenschaften	BBU	Sabine Degen	Mi., 07.10.2026 10:00 Uhr
Qualitätssiegel „Gewohnt gut – fit für die Zukunft“	Prenzlau	Kathrin Mölneck	Mo., 12.10.2026 11:00 Uhr
Arbeitsgruppe „Mobilität“	BBU	Dr. Leila Aghlimoghadam	Mi., 14.10.2026 10:00 Uhr
Arbeitskreis „Soziales Management“	Videokonferenz	Mario Hilgenfeld	Fr., 16.10.2026 9:30 Uhr
BBU-Jahrespressekonferenz Brandenburg	Videokonferenz	Maren Kern Christine Preuß Dr. David Eberhart	Di., 20.10.2026 10:00 Uhr
BBU-Fachkommission Betriebswirtschaft	BBU	Mario Hilgenfeld	Di., 27.10.2026 14:00 Uhr
Arbeitskreis „Mietspiegel“	BBU	Mario Hilgenfeld	Do., 29.10.2026 10:00 Uhr

- Anzeige -



- Balkon
- Laubengang
- Treppe

- Abdichtungs- und Beschichtungssysteme gemäß DIN 18531

- schwer entflammare Systemlösung (C_{fl}-s1) gem. EN 13501-1



WestWood®
Kunststofftechnik GmbH
www.westwood.de

Medien-Resonanz

42

mal wurde der BBU mit seinen Botschaften, Zahlen und Statements in **Print-, Online-, TV, Fach- und Radiomedien** seit Ende Juli zitiert.

24x Berlin
7x Brandenburg
11x Bundesweit

Verteilung der Medienreichweite

Der BBU in den Medien: Alles auf einen Blick

www.bbu.de



Nebenkosten
Gewohnt Gut Brandenburg
BBU-Jahrespressekonferenz Berlin
Wahlkampf & Wahl Berlin
Milieuschutz



Immer up-to-date:

Alle aktuellen Medienberichte über den Verband und seine Statements & Aktivitäten finden Sie immer dienstags im **BBU-Newsletter** und natürlich **tagesaktuell auf einen Blick online:**



BIM trauert um Geschäftsführerin Birgit Möhring



Tiefbetroffen möchten wir informieren, dass unsere Geschäftsführerin Birgit Möhring am 15. August 2026 nach schwerer Krankheit verstorben ist. Seit März 2015 war Birgit Möhring Geschäftsführerin der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM). Zuvor hatte sie ab 2013 die Geschäfte des Liegenschaftsfonds Berlin geführt. Bereits seit Gründung der BIM im Jahr 2003 hat sie als Mitglied der Geschäftsleitung die Entwicklung des Unternehmens geprägt und sich mit Tatkraft und Leidenschaft für die Immobilien des Landes Berlin eingesetzt.

Mit Birgit Möhring verlieren die rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BIM nicht nur eine starke und engagierte Geschäftsführerin, sondern auch einen außergewöhnlich zugewandten, herzlichen und wertschätzenden Menschen. Ihre offene Art, ihre Verbindlichkeit und ihr großes persönliches Engagement haben unser Unternehmen maßgeblich geprägt.

„Der plötzliche Tod von Birgit Möhring hat uns alle tief getroffen. Meine Gedanken sind bei ihrer Familie und dem Team der BIM. Den Prokuristen habe ich heute in einem persönlichen Gespräch mein tief empfundenen Mitgefühl zum Ausdruck gebracht. Die BIM bleibt handlungsfähig. Der Aufsichtsrat wird nun in enger Abstimmung mit dem Gesellschafter unverzüglich alle notwendigen Entscheidungen treffen“, erklärt der Aufsichtsratsvorsitzende der BIM Staatssekretär Wolfgang Schyrocki.

Bereits am 1. Juli 2026 hat der Aufsichtsrat der BIM eine zukunftsgerichtete Neuaufstellung der Geschäftsführung auf den Weg gebracht.



NEUES AUS DEN MITGLIEDSUNTERNEHMEN

STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen: Mehr als 100.000 Besucher*innen auf dem Tempelhofer Feld

RIESIGE TIERE, SUPERHELDEN UND COMIC-FIGUREN SCHWEBTEN AM 12. SEPTEMBER BERLINER HIMMEL über dem Tempelhofer Feld. Beim 13. STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen ließen rund 80 professionelle Drachenpiloten, darunter etliche Welt- und Europameister, ihre Riesendrachen in die Luft steigen. Auch in diesem Jahr zog das Fest mehr als 100.000 Besucher*innen zum Tempelhofer Feld. Viele Gäste brachten eigene Drachen mit, zusammen waren mehr als 2.000 Drachen in der Luft.



STADT UND LAND
Zimmer, Küche, Bad, Berlin.

Neben Welt- und Europameistern waren auch internationale Teams mit ihren Kreationen am Start. Mit Tan Xinbo und Sun Xiaoteng reisten erstmals auch zwei Drachenpiloten aus China an. Bei Drachenpiloten aus dem In- und Ausland ist das Tempelhofer Feld wegen seiner hervorragenden thermischen Bedingungen besonders beliebt. Auch am Boden gab es viel zu erleben: Live-Musik auf der Bühne, Tanz und Vorführungen für die ganze Familie. Der Zirkus Cabuwazi, die Flying Steps Academy und eine Samba-Schule sowie viele Bands und Künstler sorgten für beste Unterhaltung. Gegen Abend stiegen mit LED-beleuchtete Drachen in die Luft, ehe ein Feuerwerk das 13. STADT UND LAND-Festival der Riesendrachen beendete.

Gruppenfoto oben (v.l.n.r.): Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, Ingo Malter (STADT UND LAND), Natascha Klimek (STADT UND LAND), Finanzsenator Stefan Evers und Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler | Fotos © City-Press GmbH



Impressionen vom Festival der Riesendracen 2026 © City-Press GmbH

STADT UND LAND setzt ersten Meilenstein für Neubauprojekt „**Neue Mitte Tempelhof**“

MIT DEM SYMBOLISCHEN SPATENSTICH für ein Wohnungsbauprojekt mit 70 Wohnungen in der Götzstraße 20 hat die STADT UND LAND am 14. September den Startschuss für das erste Wohnungsbauvorhaben im Stadtumbaugebiet „Neue Mitte Tempelhof“ gegeben.



Gemeinsam mit dem Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, **Christian Gaebler**, dem Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, **Jörn Oltmann**, der Hauptgeschäftsführerin des GdW, **Ingeborg Esser**, der Bezirksstadträtin **Eva Majewski Sparacino** sowie zahlreichen Projektbeteiligten wurde der Baubeginn für insgesamt 70 Wohnungen gefeiert. Alle Wohnungen sind gefördert und werden nach Fertigstellung an Inhabenden und Inhaber eines Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet. Die Fertigstellung ist für Ende 2028 vorgesehen.

Das Neubauvorhaben der STADT UND LAND wird auf Grundlage der GdW-Rahmenvereinbarung „Seriell und Modulares Bauen 2.0“ realisiert. Sie ermöglicht es Wohnungsunternehmen, auf bereits entwickelte und vergaberechtlich geprüfte Planungskonzepte zurückzugreifen. Dadurch können Pla-

nungs- und Vergabeprozesse deutlich beschleunigt sowie Kosten stabil gehalten werden, ohne auf Wettbewerb und architektonische Qualität zu verzichten. Mit dem Projekt setzt die STADT UND LAND zugleich ein Zeichen für wirtschaftlichen und bezahlbaren Wohnungsbau in herausfordernden Zeiten. Die Kombination aus innerstädtischer Nachverdichtung, einer langfristig angelegten Quartiersentwicklung und innovativen Beschaffungsmodellen zeigt, wie zusätzlicher Wohnraum schneller und effizienter geschaffen werden kann.

Mit dem Projekt beginnt zugleich die Umsetzung eines zentralen Bausteins der „Neuen Mitte Tempelhof“. Das Stadtentwicklungsgebiet rund um das Rathaus Tempelhof soll in den kommenden Jahren zu einem lebendigen Quartier mit Wohnraum, öffentlichen Einrichtungen, Grünflächen und einer modernen sozialen Infrastruktur weiterentwickelt werden. Insgesamt entstehen dort rund 500 neue Wohnungen.



Spatenstich Projekt Götzstraße Berlin Tempelhof (v.l.n.r.): Christian Gaebler, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen; Eva Majewski, Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung und Facility Management in Tempelhof-Schöneberg; Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des GdW; Natascha Klimek, Geschäftsführerin STADT UND LAND; Dr. Christoph Landerer, Vorsitzender des Aufsichtsrats STADT UND LAND; Ingo Malter, Geschäftsführer STADT UND LAND © STADT UND LAND / Marius Schwarz

Christian Gaebler, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen: „Die ´Neue Mitte Tempelhof´ ist eines unserer 24 Neuen Stadtquartiere. Über die Stadt verteilt entstehen bezahlbare Wohnungen und damit ein neues Zuhause für insgesamt 130.000 Menschen. Hier in Tempelhof arbeiten der Bezirk, die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft STADT UND LAND, der GdW und das Land Berlin gemeinsam an einer innerstädtischen Entwicklung. Der Bebauungsplan ist beschlossen, die Fördermittel sind gesichert und durch serielles und modulares Bauen werden wir jetzt schnell die ersten Ergebnisse sehen.“

Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND: „Berlin braucht mehr bezahlbare Wohnungen – und als landeseigenes Wohnungsunternehmen ist es unser Auftrag, genau dafür Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Neubau in der Götzstraße wächst nicht nur unser Bestand, sondern auch ein wichtiger Teil der ´Neuen Mitte Tempelhof´. Jeder Spatenstich ist dabei ein sichtbarer Schritt, um zusätzlichen Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen und die Stadt sozial ausgewogen weiterzuentwickeln.“

Natascha Klimek, Geschäftsführerin der STADT UND LAND: „Die STADT UND LAND ist in Tempelhof-Schöneberg seit vielen Jahren als Bestandhalterin und Quartiersentwicklerin präsent. Mit dem Neubau in der Götzstraße übernimmt das Unternehmen nun auch den ersten Wohnungsbau-Baustein der ´Neuen Mitte Tempelhof´. Für uns bedeutet Quartiersentwicklung, neuen Wohnraum so zu planen, dass er langfristig in den eigenen Bestand passt, gut an das Umfeld angebunden ist und einen verlässlichen Beitrag für die Menschen im Bezirk leistet.“

Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW): „Der heutige Auftakt für die ´Neue Mitte Tempelhof´ zeigt, warum es bei der Rahmenvereinbarung ´Seriell und Modulares Bauen 2.0´ geht: innovative Vorfertigung, verlässliche Prozesse und anspruchsvoller Städtebau zusammenzubringen. Genau solche Projekte brauchen wir, wenn wir den Wohnungsmangel in unseren Städten wirksam angehen wollen.“

IBT  **PAN**
ARCHITEKTEN | INGENIEURE | GENERALPLANER

GENERALPLANUNG
PROJEKTSTEUERUNG
ARCHITEKTUR
HAUSTECHNIK
BAUÜBERWACHUNG



Symbolischer Spatenstich für ein Wohnungsbauprojekt in der Götzstraße 20 © STADT UND LAND / Marius Schwarz

degewo: Startschuss für 330 Wohnungen im neuen Schumacher Quartier in Tegel

AUS START- UND LANDEBAHNEN WIRD WOHNRAUM: Mit dem Projektauftritt am 3. September für die ersten degewo-Baufelder beginnt ein weiterer wichtiger Abschnitt der Entwicklung des Schumacher Quartiers in Berlin TXL. Auf zwei Baufeldern entstehen 327 Wohnungen, eine Kindertagesstätte sowie 15 Gewerbeeinheiten. Die Hälfte der Wohnungen wird öffentlich gefördert.



Gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner**, Stadtentwicklungssenator **Christian Gaebler**, Reinickendorfs Bezirksbürgermeisterin **Emine Demirbükten-Wegner** und der Berlin TXL Management GmbH stellte degewo das erste eigene Wohnungsbauprojekt im Schumacher Quartier vor. Die Fertigstellung der ersten degewo-Wohngebäude ist für Ende 2028 geplant. Der Einzug der ersten Bewohnerinnen und Bewohner soll ab dem ersten Quartal 2029 erfolgen.

„Mit dem Schumacher Quartier schaffen wir dringend benötigten Wohnraum für Berlinerinnen und Berliner und setzen gleichzeitig Maßstäbe für nachhaltiges und klimagerechtes Bauen. Die ersten degewo-Gebäude verbinden bezahlbares Wohnen, innovative Bauweisen und eine hohe Lebensqualität in einem zukunftsweisenden Stadtquartier“, sagte **Pascal Atzert**, Vorstandsmitglied von degewo.



Visualisierung Außenperspektive Innenhof: Ansicht der Außenfassaden in einem der Innenhöfe des zukünftigen Schumacher Quartiers
© degewo

Das Schumacher Quartier zählt zu den bedeutendsten Stadtentwicklungsprojekten Deutschlands. Auf einer Fläche von rund 46 Hektar entstehen mehr als 5.000 Wohnungen für über 10.000 Menschen. Neben Wohnraum umfasst das Quartier fünf Kindertagesstätten, eine Grundschule, eine Gemeinschaftsschule, eine Jugendfreizeiteinrichtung sowie umfangreiche Grün- und Freiflächen. „Das Schumacher Quartier ist ein Schlüsselprojekt für die Entwicklung Berlins: Wir schaffen dringend benötigten, bezahlbaren Wohnraum und setzen zugleich neue Maßstäbe bei einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Transformation des ehemaligen Flughafens Tegel ist anspruchsvoll, denn wir wollen hier ein zukunftsfähiges Stadtquartier für die Berlinerinnen und Berliner schaffen“, sagte der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**.

Die degewo-Gebäude entstehen in moderner Holzhybridbauweise mit einem hohen Holzanteil in der tragenden Gebäudestruktur. Das Quartier folgt dem Schwammstadt-Prinzip zur nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung und soll über ein LowExergy-Netz klimafreundlich mit Wärme versorgt werden. Zudem ist ein autoarmes Mobilitätskonzept mit Mobility-Hubs, Carsharing- und Bikesharing-Angeboten vorgesehen.

„Das Schumacher Quartier ist ein Leuchtturmprojekt für die Berliner Wohnungsbauoffensive. Hier verbinden sich soziale Verantwortung, innovative Energiekonzepte und nachhaltige Bauweisen zu einem Quartier mit Vorbildcharakter“, sagte **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Als Teil der Gesamtentwicklung Berlin TXL entsteht das Schumacher Quartier in unmittelbarer Nachbarschaft zur Urban Tech Republic, dem geplanten Innovations- und Forschungsstandort auf dem ehemaligen Flughafengelände. Beide Projekte bilden gemeinsam einen neuen Zukunftsstandort für Wohnen, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.



Gruppenfoto (v.l.n.r.): Christian Gaebler, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen; Emine Demirbüken-Wegner, Bezirksbürgermeisterin von Reinickendorf; Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin; Pascal Atzert, Vorstandsmitglied degewo; Kai-Marten Maack, Vorstandsmitglied degewo; Frank Wolters, damaliger Geschäftsführer der Berlin TXL Management GmbH © degewo /Tina Merkau

degewo: **Neubau von 550 Wohnungen** in einem der größten Stadtentwicklungsprojekte Berlins

MIT EINEM GEMEINSAMEN PROJEKTAUFTAKT AM 26. AUGUST haben der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler, Bezirksbürgermeister Oliver Igel, BAUWERT-Vorstand Daniel Herrmann und degewo-Vorstandsmitglied Kai-Marten Maack den Start des degewo-Wohnungsbauvorhabens im Segelflieger Quartier in Berlin-Johannisthal gewürdigt. Während auf dem Areal bereits die Quartiersentwicklung voranschreitet, startet nun das degewo-Bauvorhaben mit insgesamt 546 Wohnungen, wovon 440 Wohnungen öffentlich gefördert werden. Der Baubeginn für die degewo-Gebäude ist für Herbst 2026 vorgesehen, die Fertigstellung soll Anfang 2029 erfolgen.

 „Im neuen Segelflieger Quartier schafft degewo ein vielfältiges und bezahlbares Wohnungsangebot für Berlinerinnen und Berliner. Als landeseigenes Wohnungsunternehmen liefern wir damit einen wichtigen Baustein für eine zukunftsorientierte Quartiersentwicklung an diesem historisch besonderen Ort.“, sagte **Kai-Marten Maack**, Vorstandsmitglied von degewo.

Das Segelflieger Quartier zählt zu den wichtigsten Stadtentwicklungsprojekten Berlins. Es wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemeinsam von Land Berlin, der WISTA.Plan GmbH, der BAUWERT AG und degewo entwickelt. Auf dem ehemaligen Flugfeld in Johannisthal entsteht bis 2030 ein neues urbanes Quartier mit rund 1.800 Wohnungen, rund 153.000 Quadratmetern Gewerbeflächen, einer Kita und einem Stadtteilzentrum.



Gruppenfoto (v.l.n.r.): Daniel Herrmann, Vorstand der BAUWERT AG; Oliver Igel, Bezirksbürgermeister von Berlin Treptow-Köpenick; Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin; Kai-Marten Maack, Vorstandsmitglied degewo; Christian Gaebler, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen © degewo/Tina Merkau

„Berlin braucht dringend neuen Wohnraum – und im neuen Segelflieger Quartier entstehen in Zusammenarbeit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft degewo und des privaten Investors Bauwert AG neue und bezahlbare Wohnungen. Mit dem Segelflieger Quartier stärken wir auch den Technologiepark Adlershof und zeigen, wie ein modernes und zukunftsfähiges Stadtquartier entwickelt werden kann“, sagte der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**.

Auf einem rund 25.500 Quadratmeter großen Grundstück im südwestlichen Bereich des Segelflieger Quartiers errichtet degewo sechs Wohngebäude in drei Baublöcken. Die Wohnungen richten sich an unterschiedliche Haushaltsgrößen, von Ein-Personen-Haushalten bis Familien. Die Nettokaltmieten der geförderten Wohnungen beginnen bei 7 Euro pro Quadratmeter.

Der Projektauftritt für die 546 degewo-Wohnungen markiert einen weiteren wichtigen Meilenstein für die Entwicklung des Quartiers. Bereits Ende 2025 hatte die BAUWERT AG als erster Projektentwickler im Segelflieger Quartier mit dem symbolischen ersten Spatenstich den Auftakt für die bauliche Entwicklung des Quartiers gesetzt. Anfang 2026 folgte der Beginn der

Bauarbeiten für die ersten beiden Wohngebäude. Im Juli 2026 begann zudem die öffentliche Erschließung durch den Straßenbau. Mit dem Start des degewo-Projekts nimmt nun auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau im Quartier sichtbar Fahrt auf.

„Das Segelflieger Quartier zeigt beispielhaft, wie durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit von einem landeseigenen Wohnungsunternehmen und privaten Partnern mit dem Land Berlin bezahlbarer Wohnraum in großen neuen Stadtquartieren entstehen kann. Allein die neuen 546 Wohnungen der degewo bedeuten ein neues Zuhause für mehr als 1.100 Berlinerinnen und Berliner“, sagte **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.



Visualisierung: Luftbild des zukünftigen Segelflieger Quartiers Berlin © WISTA.Plan GmbH

WBG „Treptow Nord“ eG baut neuen Wohnraum: bezahlbar, nachhaltig und für alle Generationen

DIE WOHNUNGSBAU-GENOSSENSCHAFT „TREPTOW NORD“ eG SCHAFFT MIT DEM NEUBAUPROJEKT HÄNSEL-KARREE bezahlbaren Wohnraum für Berlin. Auf der Grundsteinlegung am 5. August präsentierte Georg Petters, Mitglied des Vorstands der Treptower Wohnungsbau-Genossenschaft, das Neubauprojekt der Öffentlichkeit.



Dabei waren Senatsbaudirektorin **Prof. Petra Kahlfeldt**, BBU-Pressesprecher **Dr. David Eberhart**, **Dr.-Ing. Timo Jacob** (S&P Sahlmann) sowie **Dr. Friederike Münn** (B&O Bau). Aktuell werden in der Hänselfstraße 47 A-B zwei viergeschossige Häuser mit insgesamt 32 Wohnungen in nachhaltiger Holzhybridbauweise errichtet. Baustart war im Mai 2026.

Dr. Eberhart würdigte in seinem Grußwort den genossenschaftlichen Neubau der beiden Häuser „Hänsel“ und „Gretel“ vor dem Hintergrund des Wahlkampfs. Hier würde – trotz schwieriger Neubaubedingungen für Genossenschaften

– bezahlbar gebaut, dazu energetisch nachhaltig und mit den sozialen Vorteilen der „Treptow Nord“, wie etwa dem nahegelegenen Mitgliedertreff. Das Bauvorhaben wird als KfW-Effizienzhaus 40 mit dem Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG Plus) realisiert. Die ressourcenschonende Holzhybridbauweise, eine energieeffiziente Gebäudetechnik und ein nachhaltiges Gesamtkonzept schaffen zukunftsfähigen Wohnraum, der ökologische Verantwortung mit hohem Wohnkomfort überzeugend verbindet. Die begrünten Flachdächer sind mit Photovoltaikanlagen ausgestattet (Option auf Mieterstrom) und leisten damit einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz.



Grundsteinlegung (v.l.n.r.): Dr. David Eberhart (BBU), Staatssekretärin Prof. Petra Kahlfeldt (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen), Georg Petters (WBG „Treptow Nord“ eG), Dr.-Ing. Timo Jacob (S&P Sahlmann Planungsgesellschaft für Bauwesen mbH Potsdam) und Dr. Friederike Münn (B&O Bau und Gebäudetechnik GmbH & Co. KG)



Georg Petters (Vorstand der WBG „Treptow Nord“ eG) im Gespräch mit Staatssekretärin Prof. Petra Kahlfeldt (Senatsbaudirektorin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen)

Fotos © WBG „Treptow Nord“ eG



Visualisierung des geplanten Neubaus © S&P Sahlmann Planungsgesellschaft für Bauwesen mbH Potsdam

Jetzt mit T-Glasfaser durchstarten

Gutes wird besser, aus Festnetz wird Glasfaser:

Seien Sie als Immobilienbesitzer*in oder -verwaltung jetzt dabei und sichern Sie sich mit T-Glasfaser den neuen Standard für die digitale Versorgung! Mit der Modernisierung erhalten Sie eine langfristige Lösung, schützen den Immobilienwert sowie das Vertrauen der Bewohnerinnen und Bewohner.

Sicher, seriös, stark: Auf die Telekom ist nachhaltig Verlass. Registrieren Sie sich jetzt für den Anschluss Ihrer Immobilie!



Jetzt informieren unter
telekom.de/wohnungswirtschaft
oder **0800 33 03333**



Connecting
your world.

Nachgefragt

Zuschka: Ein Cottbuser Quartier erfindet sich neu



Gebäudewirtschaft
Cottbus GmbH

MIT DER MODERNISIERUNG DES QUARTIERS ZUSCHKA

investiert die Gebäudewirtschaft Cottbus (GWC) in die Zukunft eines Stadtteils, der lange als sozialer und städtebaulicher Problemstandort galt. Das zukunftsweisende Vorhaben steht zugleich für die Herausforderungen des Strukturwandels in der Lausitz: Wie lassen sich bezahlbarer Wohnraum, soziale Verantwortung und attraktive Quartiere miteinander verbinden? Darüber spricht GWC-Geschäftsführer Dr. Sebastian Herke im Interview.



Dr. Sebastian Herke © Gebäudewirtschaft Cottbus

Herr Dr. Herke, das Quartier Zuschka galt lange als Sinnbild für die Herausforderungen in Cottbus. Heute investiert die GWC einen

zweistelligen Millionenbetrag in die Modernisierung der Wohnscheiben mit ihren 120 Wohnungen. Welche Ziele verfolgen Sie mit diesem Projekt, und welche Bedeutung hat es für die Zukunft der Stadt und des Quartiers?

Die Quartiere in Neu-Schmellwitz gehören zu den letzten damals in Cottbus entstandenen Quartieren in Systembauweise aus der DDR, teilweise sind sie erst im Jahr 1991 fertiggestellt worden. Der Ausbauplan Schmellwitz wurde allerdings nicht komplett finalisiert, da die Bevölkerung in den 1990er-Jahren geschrumpft ist und sich aufgrund dessen die Bedarfe reduziert haben. Davon sind vor allem die Stadtteile Sachsendorf und Neu-Schmellwitz betroffen gewesen. Weil das Quartier aus bautechnischer Sicht noch jung ist, gab es bisher im Vergleich zu anderen Quartieren in Cottbus keine Investitionsbedarfe. Derzeit wird der zentrale Nahversorger in der Zuschka komplett neugestaltet und

in dem Zusammenhang gab es einen politischen Beschluss, das Erscheinungsbild der Zuschka als Kern des Quartiers ebenfalls anzupassen.

Der Strukturwandel in der Lausitz verändert die Anforderungen an den Wohnungsmarkt grundlegend. Mit neuen Arbeitsplätzen im ICE-Werk, in der Universitätsmedizin und in der Wissenschaft (BTU und Lausitz Science Park) wächst der Bedarf an attraktivem Wohnraum. Welche Rolle kommt der GWC in diesem Prozess zu, und warum sind Projekte wie die Zuschka wichtig für die Zukunftsfähigkeit von Cottbus?

Für den Strukturwandel sind Neubaugenossenschaften wie die „Briesmannstraße“ mit 150 Wohneinheiten relevant. Hier realisieren wir das größte Neubaugenossenschaftsvorhaben in Cottbus, erreichen eine Verdichtung im Kerngebiet der Stadt und bieten modernen Wohnraum für Zuziehende und Cottbuser gleichermaßen.



Visualisierung des 1. Planentwurfs © Gebäudewirtschaft Cottbus



Zuschka-Informationbüro © Gebäudewirtschaft Cottbus

In der Zuschka erfüllen wir vorwiegend unseren sozialen Auftrag, Wohnraum für niedrigen und mittlere Einkommen bereitzustellen.

Die Zuschka soll sowohl für die heutigen Bewohner attraktiv bleiben als auch neue Zielgruppen ansprechen. Wen möchte die GWC mit dem modernisierten Quartier erreichen, und wie gelingt dabei die Balance zwischen sozialer Stabilität und einer stärkeren Durchmischung?

Ich würde die Frage umformulieren: Die Modernisierung der Zuschka sorgt dafür, dass Neu-Schmellwitz gesellschaftlich und in der Stadtentwicklung weiterhin erhalten bleibt. In erster Linie sollen die dort schon ansässigen Bewohner durch die Aufwertung des Quartiers attraktiveren Wohnraum erhalten.

Mit Mieten von 4,80 bis 5,80 Euro pro Quadratmeter zählt Neu-Schmellwitz derzeit zu den preisgünstigsten Wohnstandorten in Cottbus. Gleichzeitig erfordert die Modernisierung der Zuschka erhebliche Investitionen. Wie gelingt es Ihnen als kommunales Wohnungsunternehmen, den Anspruch an bezahlbares Wohnen mit den wirtschaftlichen Anforderungen eines solchen Projekts zu verbinden, und welche Perspektiven sehen Sie für die künftige Mietentwicklung im Quartier?

Aufgrund der sozialen Strukturen der Bewohnerschaft sind große Mietsprünge nicht erwart- bzw. durchführbar. Die Entscheidung ist weniger eine wirtschaftliche als eine soziale mit klarem Auftrag aus der Gesellschafterebene. Wir versuchen natürlich eine positive Rendite zu erwirtschaften, jedoch steht die Gestaltung von ansprechendem Wohnraum im Vordergrund.

Die Modernisierung der Zuschka bedeutet für die langjährigen Bewohner auch eine längere Bauphase mit Einschränkungen. Wie möchte die GWC diesen Veränderungsprozess gestalten, um die Belastungen für die Menschen vor Ort möglichst gering zu halten und gleichzeitig Akzeptanz für das Projekt zu schaffen?

Modernisierungen im bewohnten Zustand sind eher die Ausnahme. In dieser Baumaßnahme bedeutet es zwar vorübergehende Einschränkungen für Mieter; da die überwiegenden Maßnahmen aber außerhalb der Wohnungen erfolgen ist die Belastung überschaubar. Gleichzeitig nehmen wir unsere Mieter von Anfang an mit und begleiten das Projekt mit umfangreichen Informationsveranstaltungen, Mieteranschriften und einem Baubüro, in dem zuständige Mitarbeiter offene Fragen beantworten.



Impressionen vom Stadtteilfest © Gebäudewirtschaft Cottbus

WG Wuhletal feiert Einweihung für neues Wohn- und Geschäftshaus

GEMEINSAM MIT BERLINS REGIERENDEM BÜRGERMEISTER KAI WEGNER UND STADTRÄTIN HEIKE WESSOLY hat die Wohnungsbaugenossenschaft Wuhletal eG am 14. August ihr neues Wohn- und Geschäftshaus „Kaulsdorfer Spitze“ offiziell eingeweiht. Der Neubau vereint 26 Wohnungen, Gewerbeflächen und die neue Geschäftsstelle der Genossenschaft unter einem Dach.



Für die WG Wuhletal ist die „Kaulsdorfer Spitze“ bereits das dritte Neubauvorhaben im Bezirk. Der Neubau in der Heinrich-Grüber-Straße 20 in Berlin-Kaulsdorf wurde in nachhaltiger Holz-Hybridbauweise als Nur-Strom-Haus errichtet und erfüllt den KfW-40-Standard mit QNG-Zertifizierung. Damit verbindet das Projekt energieeffizientes Bauen mit langfristig wirtschaftlichem Betrieb und schafft zugleich modernen Wohnraum im Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Vorab tauschten sich **Kai Wegner** und **Heike Wessoly** in einem nicht-öffentlichen Gespräch mit Vorständen mehrerer Wohnungsbaugenossenschaften aus Marzahn-Hellersdorf über die aktuelle Lage des genossenschaftlichen Wohnens aus. Im Mittelpunkt der Unterhaltung standen die Baukostenentwicklung, die Verfügbarkeit von Grundstücken für Genossenschaften, die Akzeptanz von Neubau- und Nachverdichtungsprojekten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und Fragen der Belegungspolitik.



Kaulsdorfer Spitze © WG Wuhletal

„Mit unserem neuen Wohn- und Geschäftshaus investieren wir in bezahlbaren Wohnraum und in ein lebendiges Quartier. Auch künftig wollen wir weitere Neubauprojekte realisieren – allerdings nach wie vor mit Augenmaß und im engen Dialog mit unseren Mitgliedern und der Nachbarschaft. Akzeptanz für Neubau entsteht nicht von allein. Sie muss von allen Beteiligten aktiv gefördert werden. Gleichzeitig brauchen Genossenschaften bessere Rahmenbedingungen, etwa beim Zugang zu Grundstücken, damit sie ihren Beitrag zum Wohnungsbau auch künftig leisten können“, erklärte **Karsten Ewert**, Kaufmännischer Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft Wuhletal eG.



Gruppenfoto (v.l.n.r.): Karsten Ewert, kaufm. Vorstand der WG Wuhletal eG; Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin; Heike Wessoly, Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung des Bezirks Marzahn-Hellersdorf; Mike Riewe, techn. Vorstand der WG Wuhletal eG © Dany Rothbauer



Eingangsbereich des neuen Wohn- und Geschäftshauses © WG Wuhletal

Wohnungsbaugenossenschaft Brandenburg eG schafft mit IMMOCONN mehr Überblick im Heizungskeller

Genossenschaftliche Verantwortung trifft auf datenbasierte Optimierung



Beide Fotos: WBG Brandenburg

Die Wohnungsbaugenossenschaft Brandenburg eG (WBG) ist mit 7.337 Wohneinheiten der größte Anbieter von Mietwohnungen in Brandenburg. Um ihre Mitglieder langfristig mit bezahlbarem und sicherem Wohnraum zu versorgen, setzt die Genossenschaft auf einen wirtschaftlich stabilen Heizungsbetrieb – und zunehmend auf Digitalisierung.

Im vielfältigen Anlagenportfolio, das Fernwärme, Gaskessel und Gasetagenheizungen umfasst, fehlten der WBG bislang transparente, kontinuierliche Daten für eine vorausschauende Überwachung. Man verließ sich bislang weitgehend auf die Rückmeldungen der Wartungsfirmen. Für eine Genossenschaft mit ihrem Anspruch an soziale Verantwortung stand beim Projektstart im Vordergrund: Energieverbrauch reduzieren, Instandhaltungskosten senken und mehr Transparenz im Heizungsmanagement schaffen, um die Nebenkosten für die Mitglieder möglichst gering zu halten. Gesucht wurde daher eine Lösung, um Anlagendaten in Echtzeit sichtbar zu machen, Auffälligkeiten früher zu erkennen und die Steuerung fundierter zu bewerten. Die Anwendung sollte auch ermöglichen, die Entscheidung für und wider Fernzugriff auf die Anlagen selbst in der Hand zu haben.

Fündig wurde die Genossenschaft bei Immoconn: Der digitale Heizungskeller liefert der WBG seither ein durchgehendes, standortübergreifendes Bild ihres Anlagenbetriebs.

Technischer Vorstand Christian Heublein beschreibt den Unterschied: „Statt uns auf Einzelmeldungen oder punktuelle Kontrollen zu verlassen, können wir jetzt den Anlagenbetrieb erstmals standortübergreifend direkt nachvollziehen und beobachten. Kurz nach dem Start identifizierten wir dank Immoconn zudem ein Fehlverhalten an einem Primärmischer. Die Ursache lag in einem defekten Regler. Durch diesen Hinweis ließ sich das Problem früh eingrenzen und voraussichtlich auch die Lebensdauer des Mischers verlängern.“

Im Alltag nutzt das Team die Plattform vor allem für das Live-Monitoring der Heizungsanlagen: Abweichungen, Störungen und drohende Ausfälle lassen sich so schneller erkennen und Effizienzpotenziale gezielter aufdecken. Maik Neumann, Projektleiter für Bauprojekte der WBG, bringt den Nutzen von Immoconn auf den Punkt: „Automatisierte Datenauswertungen mit Handlungsempfehlungen, um weiter bei der Heizungssteuerung zu optimieren, Erhöhung der Energieeffizienz und nachhaltige CO₂-Reduktion.“ Für die Mitglieder der Genossenschaft macht sich das direkt bei den Nebenkosten bemerkbar.

Auch für die Zukunft ist die Richtung klar. Die Ausweitung auf weitere Gebäude und zusätzliche Fernwärmeerschließungen hat bereits begonnen – Immoconn begleitet die WBG dabei als technischer Partner. Mehr zu dem Thema finden sie auf www.immoconn.com.

Nachgefragt

Eine Stadt zum Ausprobieren Wie Stadt und GuWo gemeinsam neue Einwohner*innen für Guben gewinnen

MIT DEM PROJEKT „PROBEWOHNEN“ SORGT DIE STADT GUBEN im Südosten Brandenburgs seit mehreren Jahren bundesweit für Aufmerksamkeit. Interessierte können das Wohnen und Leben in der Stadt „auf Zeit“ kennenlernen und testen, ob die Lausitz zu ihrem neuen Lebensmittelpunkt werden könnte. Im Interview berichtet Bürgermeister Fred Mahro, wie die Idee entstanden ist, welche Rolle die Wohnungsgesellschaft spielt und warum das Projekt weit mehr ist als ein ungewöhnliches Stadtmarketing.



Bürgermeister Fred Mahro © Stadt Guben

Herr Bürgermeister Mahro, Guben ist im August bereits in die dritte Runde des Probewohnens gestartet. Mit welchen Zielen haben Sie das Projekt ursprünglich ins Leben gerufen?

Und welche Zwischenbilanz ziehen Sie angesichts des bundesweiten Interesses und der Erfahrungen mit den Personen, die sich bereits für Guben entschieden haben?

Das Probewohnen ist eine Aktion mit Vorgeschichte. Seit vielen Jahren besteht in Guben die Möglichkeit, sich

zum Jahresende, also in der Zeit zwischen dem Weihnachtsfest und den Silvesterfeierlichkeiten, über die Situation in Guben zum Wohnungsmarkt und der Wirtschaft zu erkundigen. Wir haben dazu eine Messe unter dem Begriff „Rückkehrertag“ organisiert. Mit diesen Erfahrungen wollten wir dann den nächsten Schritt gehen und sind auch in die Hotspots der Gubener Communitys gefahren. Über die sozialen Medien war uns bekannt, dass viele Gubenerinnen und Gubener sich zum Beispiel in Dresden, Berlin aber auch Anklam und Greifswald aufhalten. Dort habe ich dann zu einem Stammtisch eingeladen und wir haben hier versucht zu erfahren, welche Angebote wir unterbreiten müssen, um die ehemaligen Gubener zu einer Rückkehr zu bewegen.

Das Probewohnen ist nunmehr die dritte Stufe unserer Aktivitäten. Unsere Zielgruppe sind nunmehr nicht nur ehemalige Gubener sondern deutschlandweit die Menschen, die sich verändern wollen. Ob dabei die berufliche Veränderung oder die Veränderung des

Wohnortes den Ausschlag gibt ist für uns dabei sekundär.

Die Anzahl der Interessierten in dieser Kampagne und vor allem auch die mediale Aufmerksamkeit für diese Art des Marketings hat uns völlig überrascht. Allein schon die Tatsache, dass viele andere Städte unserer Initiative gefolgt sind ist ein Indiz für den Erfolg.

Die Gubener Wohnungsgesellschaft (GuWo) stellt den 20 Probewohnenden dieser Runde möblierte Wohnungen für 100 Euro jeweils für zwei bis vier Wochen zur Verfügung. Welche Bedeutung hat die Wohnungsgesellschaft sowie die weiteren Partner aus der Stadt für den Erfolg des Projekts?

Um es ganz klar auszudrücken: ohne unsere kommunale Gubener Wohnungsgesellschaft mbH wäre diese Initiative schlichtweg nicht durchführbar. Die Möglichkeiten dieser Gesellschaft und das Engagement der Mitarbeiterinnen



Umzug © Stadt Guben / Pressestelle



Probewohnen © MuT / Steffi Richter

und Mitarbeiter, kombiniert mit den Erfahrungen unseres Marketing- und Tourismusverein Guben e.V. waren der Schlüssel zum Erfolg. Ich möchte dabei auch die Aktivitäten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung nicht unerwähnt lassen. Und diesen Akteuren ist es dann auch gelungen, mich immer zur richtigen Zeit und an der richtigen Stelle in die Aktion einzubinden.

Mehr als 120 Bewerbungen aus fast allen Bundesländern sind für den aktuellen Durchgang eingegangen, viele davon aus Berlin. Welche Menschen interessieren sich besonders für das Probewohnen in Guben, und was verraten Herkunft, Alter oder Lebenssituation über das Interesse der Zielgruppen, die Sie erreichen?

Zunächst muss man feststellen, dass das Interesse aus allen Generationen und allen Gegenden der Bundesrepublik kommt. Aus den Stammtischen, die hier regelmäßig organisiert werden, ist mir bekannt, dass dieses Interesse der Bewerberinnen und Bewerber sehr unterschiedliche Ursachen haben kann. Berufliche Neuorientierung, der günstige Wohnungsmarkt, die Lausitz als neue „Krasse Gegend“ oder manchmal auch nur die Neugier sind einige der Gründe für das Interesse am Probewohnen in Guben. Wir haben in jedem Jahr unsere Ansprüche an die Bewerberinnen und Bewerber auch erhöht. Aus dem einfachen Probewohnen ist auch der Anspruch an eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt, in welcher Form auch immer, entwickelt worden. Die Integration von Paten für die Probewohner in der jetzigen Staffel stellt noch mal eine neue Qualität dar. Unsere Gäste haben damit einen direkten An-

sprechpartner für alle Belange in der Zeit hier in Guben.

Das Projekt wird kontinuierlich weiterentwickelt, etwa durch den Probewohnen-Stammtisch und die Begleitung durch ehrenamtliche Patinnen und Paten aus Guben. Wie ist die Resonanz auf diese persönlichen Kontaktangebote, jenseits vom reinen Wohnungsangebot?

Bereits im ersten Stammtisch unserer diesjährigen Aktion habe ich gespürt, dass der Einsatz von Paten eine sehr gute Entscheidung war. Nach der kurzen Zeit des Aufenthalts war der herzliche und persönliche Umgang miteinander offenkundig. Ich kann mich nur bei den Gubenerinnen und Gubener bedanken, die sich für diese Aufgabe im Ehrenamt bereit erklärt haben.

Nicht jeder Probewohner entscheidet sich am Ende für einen Umzug und den Erstwohnsitz in der Stadt. Nach Ihren bisherigen Erfahrungen: Welche Faktoren entscheiden darüber, ob Menschen nach dem Probewohnen tatsächlich in Guben bleiben? Und welche Aspekte des Lebens in der Stadt (etwa bezahlbares Wohnen, das soziale Miteinander, die Freizeitangebote oder die Lage an der Neiße in direkter Nähe zu Polen) werden von den Teilnehmenden besonders geschätzt?

Grundsätzlich heißen wir jede Neugubenerin und jeden Neugubener, aber auch jeden Rückkehrer in unserer Stadt herzlich willkommen. Der Zuzug ist für uns existenziell. Dabei geht es nicht nur um die Belegung des vorhandenen Wohnraums sondern auch um die Sicherung

der vorhandenen und frei werdenden Arbeitsplätze und im Kern auch um die Kompensation unseres Saldos zwischen Geburten und Sterbefällen. Seit 2019 haben wir mehr Zuzüge als Wegzüge zu verzeichnen. Trotzdem ist es uns noch nicht gelungen, dass vorher genannte Saldo zu beseitigen und wir verlieren weiter an der Gesamtzahl der Einwohnerinnen und Einwohner.

Natürlich ist das Hauptziel unserer Aktion Probewohnen den Zuzug noch weiter zu verbessern. Aber für uns sind die Probewohner auch Botschafter für unsere Stadt und für die Lausitz insgesamt. Ein positives Fazit über den Aufenthalt in Guben wird in der Familie und im Bekanntenkreis kommuniziert und vielleicht entsteht auch daraus Interesse weiterer Kandidaten für eine Zukunft in unserer Stadt.

Und das eben genannte positive Fazit entsteht immer dann, wenn wir die Vorteile unserer Region an der deutsch-polnischen Grenze kommunizieren und auch bestehende Vorurteile abbauen. Bei der Vorbereitung des Probewohnens war es unumgänglich, sich auf die eigenen Stärken zu besinnen und wenn man dann aneinanderreicht, was wir in Guben zu bieten haben, war das wie eine besondere Reflexion. Und auch das ist eine Erfahrung des Probewohnens: die zweifelsfrei vorhandenen Stärken nach außen zeigen!



Blick auf die Gubener Innenstadt © Natalia Kujawa



Probe-Mieter*innen am Rathaus Guben
© Ulrike Schöll

WBM startet **Neubau von 59 neuen Wohnungen** für Friedrichshain

DIE WBM ERWEITERT IHREN WOHNUNGSBESTAND IN BERLIN und startet den Bau eines weiteren Neubau-projekts in Friedrichshain. An der Ecke Friedenstraße / Pufendorfstraße entstehen bis Mitte 2028 insgesamt 59 Mietwohnungen, davon 30 im geförderten Segment. Damit wächst der WBM-Bestand an diesem Standort auf 250 Wohnungen.



52 Wohnungen werden barrierefrei ausgeführt, drei davon rollstuhlgerecht. „Mit dem Neubau in der Friedenstraße entwickeln wir ein Quartier konsequent weiter, das wir bereits in den vergangenen Jahren mitgeprägt haben. Wir schaffen neue Wohnungen, schließen eine städtebauliche Lücke und stärken ein gewachsenes Wohnumfeld. So entsteht zusätzlicher Wohnraum dort, wo die Menschen bereits heute gerne leben“, erklärte **Lars Dormeyer**, Geschäftsführer der WBM.



Wandkunstwerk „HOW LONG IS NOW“
© globalodromia WBM / Ines Meier

Der Neubau schließt direkt an das bereits 2020 fertiggestellte Wohnprojekt der WBM mit 191 Wohnungen in der Friedenstraße an. Mit dem Erwerb des Erbbaurechts im Jahr 2024 konnte die WBM die Voraussetzungen schaffen, die im Bebauungsplan vorgesehene städtebauliche Entwicklung an dieser Stelle nun zu vollenden.

Geplant wurde das Gebäude vom Architekturbüro DMSW Architekten. Die Realisierung erfolgt durch die mib – märkische ingenieurbau gmbh als Totalübernehmer. Mit dem Baustart einher geht eine archäologische Grabung. Hintergrund ist die Geschichte des Areals: Bis ins 19. Jahrhundert befand sich auf der Fläche ein Armenfriedhof.

Bekanntes Wandkunstwerk sucht neuen Standort

Mit dem Neubau muss auch das international bekannte Wandkunstwerk „HOW LONG IS NOW“ seinen Standort verlassen. Die WBM sucht gemeinsam mit den Künstlern und weiteren Beteiligten nach einem geeigneten neuen Standort. Bekannt wurde das Werk durch seine großformatige Umsetzung an der Fassade des Kunsthouses Tacheles in Berlin-Mitte, wo es über viele Jahre das Stadtbild mitprägte. Nachdem das Tacheles-Areal neu entwickelt wurde, übernahm die WBM das Wandbild und gab ihm 2019 an ihrem Neubau in der Friedenstraße eine neue Heimat.



Visualisierung des Neubaus Friedenstraße © DMSW Architekten

WBM startet Bau von 89 Wohnungen in Holzhybridbauweise

DIE WBM WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT BERLIN-MITTE MBH STARTET ZWEI NEUBAUPROJEKTE IN ZENTRALER LAGE: An der Melchiorstraße/Engeldamm und in der Neuen Jakobstraße entstehen insgesamt 89 neue Wohnungen in Holzhybridbauweise, davon 45 gefördert. Die beiden Vorhaben markieren den vierten und fünften Baustart der WBM in diesem Jahr. Die Einstiegsmietten im geförderten Segment beginnen bei 7 Euro pro Quadratmeter. Die Wohnungen sind im Durchschnitt rund 60 Quadratmeter groß. Beide Vorhaben dienen der WBM als Pilotprojekte für nachhaltiges Bauen und werden im Effizienzhaus-40-Standard realisiert. Die Fertigstellung ist für Herbst 2028 vorgesehen.



In der Neuen Jakobstraße nutzt die WBM einen bisherigen Parkplatz für neuen Wohnraum. In dem achtgeschossigen Wohn- und Geschäftshaus entstehen 35 Wohnungen mit rund 2.300 Quadratmetern Wohnfläche. Hinzu kommen rund 265 Quadratmeter Gewerbefläche im Erdgeschoss. Der Entwurf setzt auf eine Fassade aus Holz, effiziente Grundrisse, serielle Bäder und eine modulare Konstruktion. An der Melchiorstraße/Engeldamm entstehen in einem bestehenden WBM-Wohnensemble 54 Wohnungen mit rund 3.000 Quadratmetern Wohnfläche. Bei der Planung wurde besonderer Wert auf einen behutsamen Umgang mit dem bestehenden Wohnumfeld sowie den vorhandenen Grün- und Freiflächen gelegt. Die Großzügigkeit des Innenhofs und ein Großteil des Baumbestands bleiben erhalten.

Der Entwicklung der beiden Standorte ging ein mehrjähriger Planungsprozess voraus. Bereits seit 2018 wurden Möglichkeiten für zusätzlichen Wohnraum untersucht und unterschiedliche Varianten geprüft. In den Jahren 2018 und 2019 fanden hierzu mehrere Informationsveranstaltungen für die Mieterinnen und Mieter statt. Auch während der Bauphase wird die WBM über den Projektfortschritt und anstehende Maßnahmen transparent informieren.

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin: „Berlin braucht dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Deshalb müs-

sen wir vorhandene Flächen und Potenziale nutzen – insbesondere dort, wo die notwendige Infrastruktur bereits vorhanden ist. Die beiden Projekte der WBM zeigen, wie das konkret geht. Auf bereits genutzten Flächen entstehen 89 Wohnungen, davon 45 gefördert. Damit schaffen wir zusätzlichen Wohnraum und stärken zugleich das Angebot für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Die landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften leisten einen wichtigen Beitrag, Berlin zukunfts-fähig weiterzuentwickeln.“

Christian Gaebler, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen: „Die WBM zeigt, welches Potenzial in einer klugen Weiterentwicklung bestehender Quartiere liegt. Statt neue Flächen in Anspruch zu nehmen, entstehen Wohnungen auf Grundstücken, die bereits zum Bestand der WBM gehören. Gerade in der dicht bebauten Innenstadt ist das ein wichtiger Baustein, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.“

Lars Dormeyer, Geschäftsführer der WBM: „Die WBM befindet sich auf einem klaren Wachstumskurs. Mit den beiden Projekten wird dieser auch in attraktiven Berliner Innenstadtlagen sichtbar. Die Realisierungsbeginne entsprechen unserer Jahresplanung mit insgesamt acht Baustarts und sind zugleich fester Bestandteil unserer Zusagen gegenüber dem Land Berlin im Rahmen der Roadmap 2.0. Gleichzeitig erproben wir neue Wege für einen nachhaltigen und effizienten Neubau. Die dabei gewonnenen Erfahrungen wollen wir für weitere Vorhaben der WBM nutzen.“



Visualisierung Melchiorstraße / Engeldamm
© roedig.schop Architekten + partner mbB



Gruppenfoto (v.l.n.r.): Lars Dormeyer (Geschäftsführer WBM), Christian Gaebler (Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen), Kai Wegner (Regierender Bürgermeister von Berlin), Ephraim Gothe (Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management), Steffen Helbig (Geschäftsführer WBM) © Claudius Pflug

GESOBAU: Schlüsselübergabe im GESOcampus Wohnen für Auszubildende und Studierende

AM 7. SEPTEMBER BEGRÜSSTEN SENATOR CHRISTIAN GAEBLER, BEZIRKSBUERGERMEISTERIN EMINE DEMIRBUKEN-WEGNER SOWIE LARS HOLBORN, VORSTANDSMITGLIED DER GESOBAU AG die Erstmieter*innen im neuen GESOcampus in Berlin-Reinickendorf. Das Wohnhaus in der Roedernallee 118 A-H bietet insgesamt 242 bezahlbare Wohnplätze exklusiv für Auszubildende und Studierende zu einer Miete ab 380 Euro.

GESOBAU Die Wohnplätze im neuen GESOcampus verteilen sich auf **Hier wohnt Berlin.** 105 Wohnungen sowie Ein-Zimmer-Apartments. Für einen unkomplizierten Start sind alle Wohnungen mit eigener Pantry-Küche sowie Esstischen und Stühlen ausgestattet. Alle Wohnungen haben eigene Bäder. Der Mietpreis pro Wohnplatz setzt sich zusammen aus der Bruttokaltmiete von 320 Euro und einem Aufschlag von 60 Euro (für Strom, Internet, Teil-Möblierung, Pantry-Küchen und Gemeinschaftsräume), hinzu kommen Vorauszahlungen für Heizung und Warmwasser. Neben den Wohnungen umfasst der GESOcampus Quartier Alt-Wittenau auch verschiedene Community-Areas für Austausch und Gemeinschaft mit Arbeitsplätzen, Billard und Kicker und begrünte Außenbereiche mit Tischtennisplatte.

Christian Gaebler, Senator Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen: „Ein neues Zuhause für Studierende und Auszubildende. Der GESOcampus schafft bezahlbaren Wohnraum speziell für junge Menschen. Wieder einmal hat sich eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft als starker Partner in Sachen Wohnungsneubau bestätigt.“

Lars Holborn, Vorstandsmitglied GESOBAU AG: „Der neue GESOcampus Quartier Alt-Wittenau gibt jungen Menschen in Ausbildung oder Studium ein bezahlbares, attraktives Zuhause mit Campus-Atmosphäre. Als GESOBAU leisten wir damit einen wichtigen Beitrag für den Berliner Wohnungsmarkt. Den neuen Bewohner*innen wünschen wir viel Freude im GESOcampus und einen erfolgreichen Semester- oder Ausbildungsbeginn.“



Schlüsselübergabe im GESOcampus (v.l.n.r.): Christian Gaebler (Senator Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen), die Erstmieterin, Emine Demirbükten und Lars Holborn (GESOBAU)



Visualisierung © GESOBAU AG



Alle Fotos © GESOBAU AG / Christoph Schieder

WG Solidarität feiert Richtfest sowie 70. Genossenschafts-Jubiläum

DIE WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT SOLIDARITÄT EG HAT IN IHREM JUBILÄUMSJAHR einen wichtigen Meilenstein ihres Neubauprojekts in der Schillingstraße in Berlin-Mitte erreicht: Am 7. September feierte die Genossenschaft das Richtfest für den ersten Bauabschnitt, in dem 20 Wohnungen und drei Gewerbeeinheiten entstehen.



Vorstandsmitglied **Torsten Klimke** erinnerte beim Richtfest an den langen Weg bis zum erreichten Baufortschritt und dankte den Bauarbeitern und Handwerkern für ihren Einsatz. Und sein Vorstandskollege **Torsten Eckel** verwies auf das große Interesse an den neuen Wohnungen: Bereits 125 Interessenten haben sich vormerken lassen, zwei Drittel davon sind Mitglieder der Genossenschaft. In seinem Grußwort würdigte auch BBU-Vorstandsmitglied **Prof. Dr. Klaus-Peter Hillebrand** die Bedeutung genossenschaftlichen Wohnens und dessen langfristige Perspektive. Mit dem traditionellen Einschlagen des letzten Zimmermannsnagels, dem Richtspruch und dem Heben des Richtkranzes fand das Richtfest seinen feierlichen Abschluss.

Jubiläumsfeier mit großem Sommerfest

Nur wenige Tage zuvor hatte die WG Solidarität bereits einen weiteren besonderen Anlass gefeiert: Am 28. August beging die Genossenschaft ihr 70-jähriges Bestehen mit einem großen Sommerfest im Wohngebiet Friedrichsfelde. Mitglieder, Familien, Nachbarn sowie zahlreiche geladene Gäste kamen zusammen, um das Jubiläum zu feiern. Nach der Begrüßung durch die Vorstände sowie den Aufsichtsratsvorsitzenden wurde die Geburtstagstorte angeschnitten. Den Abschluss des sommerlichen Festtages bildete eine musikbegleitete Lasershow.



Feierliche Hebung des Richtkranzes...
Fotos oben © WG Solidarität



... und traditionelles Einschlagen des letzten Zimmermannsnagels



Offizielle Eröffnung des Sommerfestes...
Fotos unten © jet-foto, Kranert



... mit Geburtstagstorte zum 70. Genossenschafts-Jubiläum

Potsdamer Genossenschaftstag mit Fahrradkorso

WAS HABEN EINE DENKMALGESCHÜTZTE SIEDLUNG, MODERNISIERTE DDR-WOHNBAUTEN UND DIE WIEDERAUFGEBAUTE POTSDAMER MITTE GEMEINSAM? Sie erzählen von mehr als 100 Jahren genossenschaftlicher Stadtentwicklung. Unter dem Motto „Genossenschaften für Potsdam!“ erkundeten beim Potsdamer Genossenschaftstag am 4. September rund 80 Teilnehmende diese Geschichte per Fahrrad – und richteten den Blick zugleich nach vorn: auf bezahlbaren Wohnraum, soziale Nachbarschaften und die nachhaltige Weiterentwicklung der Bestände. Mit dabei waren Potsdams Oberbürgermeisterin Noosha Aubel und der BBU.



Sechs Stationen, mehr als ein Jahrhundert Baugeschichte und ziemlich viel Regen lagen vor den Teilnehmer*innen. Los ging es an der denkmalgeschützten „Siedlung am Schillerplatz“ der WBG Potsdam-West eG. Von dort führte der Fahrradkorso zu den modernisierten DDR-Wohnanlagen der WG Karl Marx eG an der Neustädter Havelbucht und hinauf auf den Ruinenberg zur restaurierten „Einsiedelei“ der PWG 1956 eG.

Weiter ging es zur traditionsreichen Gartenstadtsiedlung „Am Schragen“, ebenfalls im Bestand der PWG 1956, und zum Gemeinschaftsraum „Hesse-Treff“ der WBG 1903 eG in der Nauener Vorstadt. Die letzte Station führte schließlich mitten hinein in die jüngere Potsdamer Stadtentwicklung: zum Alten Markt 6, wo die WG Karl Marx an der wiederhergestellten Potsdamer Mitte beteiligt ist.

So unterschiedlich die Stationen waren, gemeinsam zeigten sie, wie sich die Aufgaben der Genossenschaften über die Jahrzehnte verändert haben – und was geblieben ist. Es geht um bezahlbaren Wohnraum und stabile Nachbarschaften, heute aber ebenso um die Modernisierung bestehender Quartiere, Klimaschutz und die Frage, wie sich Stadt weiterentwickeln lässt, ohne ihre soziale Mischung zu verlieren.

Nach der letzten Etappe erreichten die Radler*innen gut durchnässt das Potsdam Museum. Dort klang die vom Genossenschaftsforum e.V. organisierte Tour im Trockenen mit Potsdams Oberbürgermeisterin **Noosha Aubel** und **Matthias Brauner** vom BBU aus.

Mehr als 100 Jahre lagen zwischen den sechs Stationen – die Fragen dahinter sind hochaktuell: Wie bleibt Wohnen bezahlbar, wie entwickeln sich Quartiere weiter, wie gelingt nachhaltige Modernisierung? Der Fahrradkorso zeigte, dass genossenschaftliche Stadtentwicklung dabei längst nicht nur eine Geschichte der Vergangenheit ist.



Abschlussveranstaltung © S. Glöde



Bei der Siedlung Schillerplatz der WBG Potsdam-West



Beim Gemeinschaftshaus Die Eisiedelei der PWG 1956



Oberbürgermeisterin Noosha Aubel



Matthias Brauner (BBU)



Vorbei am Brandenburger Tor
Alle Fotos © S. Glöde



Siedlung Am Schragen der PWG 1956 eG

Neues
vom BBU-
Patenpinguin

WIS Lübbenau: Pinguin-Patentreffen in den Spreewelten Lübbenau

MEHR ALS 50 PATENTANTEN UND -ONKEL FOLGTEN DER EINLADUNG zum diesjährigen Pinguin-Patentreffen in die Spreewelten nach Lübbenau. Unter den Gästen waren Brandenburgs Infrastruktur-Staatssekretär Volker-Gerd Westphal, die Bürgermeister von Lübbenau und Lübben, Vertretende des Tierparks Cottbus sowie verschiedene regionale Radiosender. Auch der BBU hat einen Patenpinguin namens Alex von H. in den Lübbenauer Spreewelten.

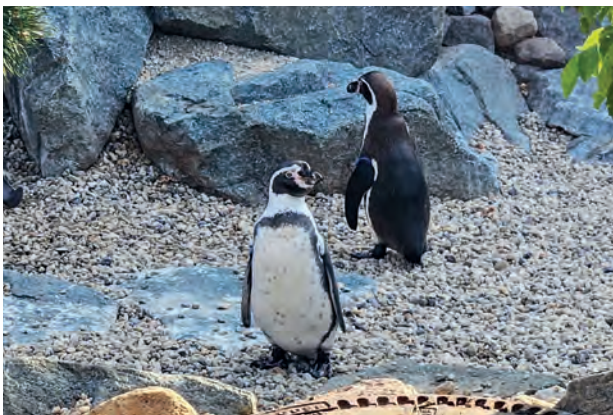


Begrüßt wurden die Gäste von **Michael Jakobs**, Geschäftsführer der WIS und der Spreewelten GmbH. Die WIS unterstützt die Spreewelten seit vielen Jahren und trägt damit zur engen Verbindung zwischen Tourismus, Freizeitangeboten und regionaler Wohnungswirtschaft bei.

Neben dem Austausch der Pat*innen untereinander stand ein Blick hinter die Kulissen der Pinguinanlage auf dem Programm. Die Besuchenden erhielten Einblicke in die aktuelle Entwicklung des Bestands und konnten die jüngsten Bewohner*innen der Anlage kennenlernen. Zudem informierten die Spree-

welten über aktuelle Investitionen. Derzeit entsteht eine neue Eventsauna mit Platz für rund 100 Gäste. Die Eröffnung ist für November geplant. Mit dem Neubau setzen die Spreewelten ihren Kurs fort, das touristische Angebot in der Region weiter auszubauen.

Neuigkeiten gab es auch aus dem Pinguin-Gehege: Aktuell leben 29 Humboldt-Pinguine in den Spreewelten, darunter sieben Jungtiere, die in diesem Jahr geschlüpft sind. Während viele Tiere derzeit aufgrund der Mauser noch etwas zerzaust aussehen, präsentiert sich WIS-Patenpinguin Alwis bereits im neuen Federkleid und erfreute sich großer Aufmerksamkeit bei den Gästen.



Alwis (vorn) präsentiert seinen neuen Frack © C. Hentschel



Geschäftsführer Spreewelten begrüßt Gäste beim Pinguin-Patentreffen 2026 in den Spreewelten © S. Schwerdtner



Im Gespräch beim Pinguin-Patentreffen 2026 (vorderer Kreis v.l.n.r.): Michael Jakobs (Geschäftsführer Spreewelten GmbH), Thorsten Scharf (Persönlicher Referent des Staatssekretärs, MIL Brandenburg), Staatssekretär Volker-Gerd Westphal (MIL Brandenburg) und Helmut Wenzel (Bürgermeister Stadt Lübbenau/Spreewald) © S. Schwerdtner



An der Pinguinanlage (v.l.n.r.): Michael Jakobs (Geschäftsführer Spreewelten GmbH), Staatssekretär Volker-Gerd Westphal (MIL Brandenburg) und Axel Kopsch (Prokurist Spreewelten GmbH) © C. Hentschel

NYOO MACHT WOHNRAUM WIEDER MÖGLICH.

Viele Wohnungsunternehmen wollen bauen. Der Bedarf an leistbarem Wohnraum ist enorm. Doch zwischen dem öffentlichen Auftrag, Wohnraum zu schaffen, und wirtschaftlicher Umsetzbarkeit klappt zunehmend eine Lücke. Entscheidend ist deshalb heute die Frage: Wie lässt sich Wohnraum unter den aktuellen Rahmenbedingungen tatsächlich realisieren?

Häufig fehlt eine verlässliche Perspektive, wie aus Projektideen langfristig funktionierende Wohnangebote werden. Dafür müssen üblicherweise Machbarkeit, Baurecht, Planung, Förderfähigkeit, Kosten und Ausführung zusammengeführt und zahlreiche Beteiligte koordiniert werden. Das benötigt Zeit und bindet Ressourcen, noch bevor überhaupt entschieden ist, ob ein Projekt wirtschaftlich tragfähig ist.

Genau hier setzt nyoo an. Als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Instone Group verbindet nyoo mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Wohnprojektentwicklung mit einem standardisierten, digitalen Planungs- und Produktansatz, der Wirtschaftlichkeit, Förderfähigkeit und die spätere Umsetzung eines Projekts früh bewertbar macht.

Wie das gelingt: nyoo bringt geeignete Grundstücke samt vorstrukturierter Projektidee ein. Auf dieser Grundlage kommt das Wohnungsunternehmen frühzeitig ins Spiel. Gemeinsam werden die wesentlichen Anforderungen an das künftige Wohnangebot definiert – von Zielgruppen und Wohnungsmix über Fördermodelle bis zu den Anforderungen an Betrieb und Bewirtschaftung.

Aus diesen Vorgaben wird gemeinsam ein konkretes Zielbild für das Grundstück entwickelt. So müssen die notwendigen Voraussetzungen nicht nacheinander über unterschiedliche Schnittstellen geklärt werden. Das Konzept ist konkret genug für eine fundierte Investitionsentscheidung und zugleich flexibel genug, um standortspezifische Anforderungen zu berücksichtigen.

FRÜHE KLARHEIT, UMSETZUNG AUS EINER HAND

Für Wohnungsunternehmen bedeutet das: Wesentliche Kosten-, Förder-, Planungs- und Ausführungsfragen werden geklärt, bevor eigene Ressourcen gebunden sind. Auf diesem Weg lässt sich frühzeitig beurteilen, wie ein Projekt unter den jeweiligen Rahmenbedingungen wirtschaftlich umgesetzt werden kann.

Der nyoo-Ansatz reduziert Planungsaufwand, Fehleranfälligkeit und schafft Kosten- sowie Prozesssicherheit. Das Wohnungsunternehmen gestaltet die relevanten Parameter mit.

„Angesichts komplexer Rahmenbedingungen wird es immer entscheidender, früh zu wissen, wie aus einem Grundstück ein wirtschaftlich umsetzbares Wohnprojekt werden kann“, sagt Stefan Dahlmanns, Geschäftsführer von nyoo. „In klassischen Projektabläufen zeigt sich das häufig erst nach erheblichem Aufwand. Wir schaffen diese Klarheit früher: mit Grundstückszugriff, vorstrukturierten Projektideen und der Verantwortung für die Realisierung aus einer Hand. So zählt am Ende nicht der günstigste Einzelbaustein, sondern das Projekt, das über den gesamten Lebenszyklus planbar, kalkulierbar und wertbeständig ist.“

VON DER IDEE ZUR SCHLÜSSELFERTIGEN ÜBERGABE

Grundlage ist der digitale nyoo-Planungsbaukasten. Er stellt bewährte, auf Baurecht, Förderfähigkeit und geltende Anforderungen ausgerichtete Lösungen bereit, ohne individuelle Anpassung an Standort und Bedarf vorwegzunehmen. Unterschiedliche Typologien und Gestaltungsmöglichkeiten verbinden die Vorteile der Standardisierung mit den Anforderungen des späteren Bestands. Das gemeinsam entwickelte Konzept realisiert nyoo anschließend bis zur Fertigstellung. Die Verantwortung bleibt so über den gesamten Prozess hinweg gebündelt. Ein klarer Kosten- und Terminrahmen schafft Planungssicherheit für Wohnungsunternehmen bis zur Übergabe.



Copyright: Nyoo Real Estate | „nyoo berry“ im neuen Duisburger Stadtteil „6-Seen-Wedau“

SPRECHEN SIE UNS GERN AN:

Sie sind ein Wohnungsunternehmen und möchten ein Wohnprojekt in Berlin oder Brandenburg umsetzen? Michael Groh ist Ihr Ansprechpartner für aktuelle Grundstücks- und Projektperspektiven von nyoo in der Region.

KONTAKTDATEN:

michael.groh@nbyi.de | +49 178 8797606



Vonovia: **Ausbildungsjahr mit 91 Azubis** in Berlin gestartet

MIT BUNDESWEIT RUND 310 NEUEN AUSZUBILDENDEN UND DUAL STUDIERENDEN startet Vonovia in das Ausbildungsjahr 2026. Ein Schwerpunkt liegt auf Berlin: Hier beginnen 91 junge Menschen ihre Ausbildung oder ihr duales Studium. Herzstück der Nachwuchsförderung ist die Handwerksakademie in Berlin-Lichtenberg, in der Fachkräfte für die energetische Modernisierung und die Energiewende ausgebildet werden.

VONOVIA

Von den Berliner Nachwuchskräften haben 20 bereits im August ihre Ausbildung oder ihr duales Studium in kaufmännischen Bereichen aufgenommen. Weitere 69 starten im September ihre handwerkliche Ausbildung an der Handwerksakademie, zwei im Bereich Grün- und Außenpflege. Insgesamt beschäftigt Vonovia in Berlin derzeit 260 Auszubildende und Dual Studierende, nach 207 im Vorjahr.

Die Handwerksakademie verbindet klassische handwerkliche Berufe mit den Anforderungen der Energiewende. Ausgebildet wird unter anderem in den Gewerken Anlagenmechanik, Elektronik, Fliesenlegen und Malerhandwerk. Themen wie Wärmepumpen, Photovoltaik sowie moderne Energie- und Gebäudetechnik spielen dabei eine zentrale Rolle. Auf rund 3.000 Quadratmetern stehen digital ausgestattete Lehrwerkstätten, Trainings- und Praxisräume zur Verfügung. Aktuell lernen dort über alle Ausbildungsjahrgänge hinweg 183 Nachwuchskräfte.



Bei Vonovia hat das neue Ausbildungsjahr begonnen © Vonovia SE/ Simon Bierwald

Prenzlau: Verschmelzung von zwei Genossenschaften

ZWEI TRADITIONSREICHE WOHNUNGSGENOSSENSCHAFTEN GEHEN KÜNFTIG GEMEINSAM in die Zukunft. Die Wohnungsgenossenschaft Prenzlau eG (WGP) und die GEWOBA Wohnungsbaugenossenschaft eG Prenzlau (GEWOBA) wurden erfolgreich miteinander verschmolzen. Damit ist ein Prozess abgeschlossen, der über viele Monate vorbereitet und von den Verantwortlichen beider Genossenschaften intensiv begleitet wurde. Nun beginnt ein neues Kapitel mit mehr als 1.700 Wohnungen und Gewerbeeinheiten unter einem Dach.



Zwei Genossenschaften mit Geschichte

Die GEWOBA blickt auf eine 100-jährige Geschichte zurück. Ein Jahrhundert genossenschaftlichen Wohnens steht für viele Generationen von Mitgliedern, für gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen, für Herausforderungen und Erfolge – aber vor allem für Beständigkeit und Verantwortung. Auch die WGP verfügt über eine lange Tradition. Sie wurde 1954 als Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) gegründet. Seither sind Wohnungen geschaffen, Wohnquartiere entwickelt und Strukturen aufgebaut worden, die bis heute das Bild der Stadt mitprägen.

Gemeinsam stärker für die kommenden Jahre

Die beiden Genossenschaften gingen mit unterschiedlichen Ausgangslagen in den Prozess. Die GEWOBA war mit rund 200 Wohn- und Gewerbeeinheiten deutlich kleiner als die WGP. Gleichzeitig war sie wirtschaftlich gesund und solide aufgestellt. Der Zusammenschluss war daher keine Folge einer wirtschaftlichen Notlage, sondern eine bewusst getroffene Entscheidung mit Blick auf die langfristige Zukunft, denn die Rahmenbedingungen in der Wohnungswirtschaft verändern sich: Steigende Bau- und Modernisierungskosten, hohe Anforderungen an die energetische Entwicklung des Wohnungsbestandes, Fachkräftemangel und zunehmende

gesetzliche Vorgaben stellen auch etablierte Wohnungsunternehmen vor immer größere Aufgaben.

Eine Entscheidung, die von den Mitgliedern getragen wird

Eine Verschmelzung zweier Genossenschaften ist mehr als ein rechtlicher oder organisatorischer Vorgang. Hinter den Wohnungen stehen Menschen, die ihrer Genossenschaft teilweise seit vielen Jahren oder sogar Jahrzehnten verbunden sind. Den Verantwortlichen beider Häuser war es deshalb besonders wichtig, den Prozess transparent zu gestalten und die Mitglieder über die Hintergründe, Ziele und Chancen des Zusammenschlusses umfassend zu informieren. Mit der Eintragung in das Genossenschaftsregister im August 2026 wurde die Verschmelzung anschließend auch rechtlich vollzogen.

Durch den Zusammenschluss entsteht eine deutlich größere Genossenschaft mit mehr als 1.700 Wohn- und Gewerbeeinheiten und über 1.400 Mitgliedern. Die neue Größe schafft zusätzliche Handlungsmöglichkeiten und stärkt die wirtschaftliche und organisatorische Basis. Die GEWOBA bringt ihre langjährige Erfahrung und ihre gewachsene genossenschaftliche Tradition ein. Die WGP bietet die größere organisatorische und wirtschaftliche Grundlage für die gemeinsame Weiterentwicklung.



Vorstände der WGP (v.l.n.r.): Mario Göppert, Petra Müller und Enrico Kriegel © WGP

Wohnungsgenossenschaft Finsterwalde eG: Stephan Müller neues Vorstandsmitglied

MIT STEPHAN MÜLLER HAT DIE WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT FINSTERWALDE eG einen neuen kaufmännischen Vorstand gewonnen. Gemeinsam mit Stephan Loos, der bereits seit mehreren Jahren als technischer Vorstand tätig ist, bildet er künftig den Vorstand der Genossenschaft. Dies meldete die Genossenschaft Anfang August 2026.



Mit dem Vorstandswechsel möchte die WoGe den erfolgreichen Weg der vergangenen Jahre fortsetzen. Dabei sollen Verlässlichkeit, wirtschaftliches Handeln und die Weiterentwicklung der Genossenschaft weiterhin im Mittelpunkt stehen. Gemeinsam mit den Mitarbeitenden möchten **Stephan Müller** und **Stephan Loos** die Zukunft der Genossenschaft aktiv gestalten und Bewährtes mit neuen Impulsen verbinden.

Verabschiedet wurde der bisherige Vorstandsvorsitzende **Ullrich Witt**, der nach vielen Jahren verantwortungsvoller Tätigkeit in den Ruhestand getreten ist. In seiner Amtszeit hat er die Entwicklung der Genossenschaft maßgeblich begleitet und geprägt. Besonders wichtig war ihm dabei die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden. Vertrauen, gegenseitige Wertschätzung und ein offener Austausch auf Augenhöhe waren für ihn die Grundlage einer erfolgreichen Zusammenarbeit. Für sein langjähriges Engagement und seinen großen Einsatz bedankt sich die Wohnungsgenossenschaft Finsterwalde eG herzlich bei Ullrich Witt und wünscht ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Ullrich Witt wurde zudem vom BBU die Ehrennadel in Silber verliehen – den Verleihungstext im Wortlaut finden Sie im BBU-Magazin Nr. 5-2026, Seite 63.



Kathrin Mölneck übergibt die Ehrennadel in Silber an Ullrich Witt
© WoGe Fiwa eG



Gruppenfoto (v.l.n.r.): Ullrich Witt, Stephan Loos und Stephan Müller © WoGe / KI-bearbeitet

WBG Hellersdorfer Kiez: Neues Vorstandsmitglied Andreas Schach bestellt

DER AUFSICHTSRAT DER WOHNUNGSBAUGENOSSENSCHAFT „HELLERSDORFER KIEZ“ eG HAT IM JUNI 2026 durch einstimmigen Beschluss Andreas Schach für einen Zeitraum von fünf Jahren zum Technischen Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft „Hellersdorfer Kiez“ eG bestellt. Seit dem 1. August liegt die Leitung der Wohnungsbaugenossenschaft nun in den Händen von Andreas Schach und der Kaufmännischen Vorständin Anke Braun.



„Andreas Schach hat sich im von der DOMUS CONSULT begleiteten Bewerbungsprozess um die notwendig gewordene

Neubesetzung der Position des Technischen Vorstandes durchgesetzt. Mit ihm haben wir eine fachlich profilierte Führungspersönlichkeit mit langjähriger beruflicher Erfahrung in der Berliner Wohnungswirtschaft für unsere Genossenschaft gewinnen können. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit“, sagte **Thorsten Raasch**, Vorsitzender des Aufsichtsrates.



Thorsten Raasch, Aufsichtsratsvorsitzender (li.) und Andreas Schach, Vorstand © WBG „Hellersdorfer Kiez“ eG

- Anzeige -

DAKU[®] Fensterbau
GmbH

„Wir öffnen den Blick“

**30 Jahre Erfahrung
im bundesweiten Objektgeschäft
(Sanierung von Wohngebäuden)**

Kunststofffenster und -türen

Aluminium- und Brandschutzelemente

FENSTER · TÜREN · ROLLÄDEN

Buchenstraße 11
15378 Herzfelde

Tel.: (033434) 486-0
Fax: (033434) 486-30

info@daku-fenster.de
www.daku-fenster.de

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

Als Dachverband landeseigener, kommunaler, genossenschaftlicher, privater und kirchlicher Wohnungsunternehmen der Länder Berlin und Brandenburg ist der BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. eine starke Gemeinschaft.



**Wohnungsbaugenossenschaft
»Glückauf« Drebkau-Altdöbern eG**
Grünstraße 19 | 03116 Drebkau

70 Jahre

gegründet am 6. Oktober 1956



**Wohnungsbaugesellschaft
Elsteraue mbH**

Rosa-Luxemburg-Straße 34 B | 04916 Herzberg (Elster)

35 Jahre

gegründet am 23. September 1991



**Wohnungsgenossenschaft
Frankfurt (Oder) Süd eG**
Martin-Opitz-Straße 7 | 15232 Frankfurt (Oder)

30 Jahre

gegründet am Datum

Der BBU gratuliert sehr herzlich!

Schnell und professionell so geht Wohnungswirtschaft mit IVMPRO®

Interessenten-
management

digitale
Protokolle

Objekt-
kontrollen

Kunden-/
Beschwerde-
management

Statistik/
Controlling

Interessenten-
portal

digitale
Signatur/
Mietverträge

digitale
Archivierung

Kontroll App

Service

Mieterportal

Schnittstellen



WOHNUNGSWIRTSCHAFT UND -POLITIK

Thema:
Berlin-Wahl
2026

BBU-Stadtgespräche zur Berlin-Wahl 2026: Wohnen im Mittelpunkt der Debatte

NEUBAU, MIETENPOLITIK, VERGESELLSCHAFTUNG UND DIE ZUKUNFT DES TEMPELHOFFER FELDES: Kaum ein anderes Thema spielte im Berliner Wahlkampf eine so zentrale Rolle wie das Wohnen. Mit den „BBU-Stadtgesprächen 2026: Berlin vor der Wahl“ hat der BBU die Spitzenkandidat*innen eingeladen, den BBU-Mitgliedern und weiteren Interessierten ihre Positionen vorzustellen. Die Resonanz war groß: Rund 3.400 Zuschauende verfolgten die Gespräche live oder schauten die Mitschnitte an. Geführt wurden die Diskussionen im eigens eingerichteten temporären „BBU-Studio“ im Haus der Wohnungswirtschaft.

Den Auftakt der Reihe machte bereits im Juni SPD-Spitzenkandidat **Steffen Krach**. Ab Mitte August folgten die weiteren Stadtgespräche mit CDU-Spitzenkandidat **Stefan Evers**, Grünen-Spitzenkandidat **Werner Graf**, Linken-Spitzenkandidatin **Elif Eralp** und **Christoph Meyer** (FDP). BBU-Vorständin **Maren Kern** begrüßte die Gäste, die Interview-Gespräche führte Moderator und ausgewiesener Kenner der Berliner Landespolitik **Thomas Klein** (Berliner Pressekonferenz).

Einig beim Ziel, unterschiedlich beim Weg

Trotz unterschiedlicher politischer Ansätze zeigte sich in den Gesprächen ein bemerkenswerter gemeinsamer Nenner: Alle Kandidatinnen und Kandidaten bezeichneten die Lage auf dem Wohnungsmarkt als eine der wichtigsten sozialen Herausforderungen der Hauptstadt. Einigkeit bestand auch darin, dass

mehr Wohnraum benötigt wird und Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller werden müssen. Deutlich wurden die Unterschiede jedoch bei der Frage, welche Rolle der Staat spielen soll und mit welchen Instrumenten das bezahlbare Wohnen konkret erreicht werden kann.

Neubau als Schlüsselthema

Für CDU-Spitzenkandidat **Stefan Evers** steht der Wohnungsneubau klar im Zentrum der wohnungspolitischen Strategie. Er sprach sich dafür aus, die vom bisherigen schwarz-roten Senat begonnenen Reformen zur Beschleunigung von Bauverfahren konsequent fortzuführen. Einen Schwerpunkt legt die CDU auf eine effizientere Verwaltung sowie auf die stärkere Nutzung vorhandener Entwicklungspotenziale, etwa durch neue Quartiere oder die Umwandlung leerstehender Büroflächen in

Foto oben: Blick ins „BBU-Studio“ | Alle Fotos S. 54-57 © BBU



Steffen Krach (SPD)

Wohnungen. Auch Grünen-Spitzenkandidat **Werner Graf** bekannte sich ausdrücklich zum Neubau. Er verwies insbesondere auf die geplanten neuen Stadtquartiere Berlins und sprach sich ebenfalls für schnellere Verfahren sowie klarere Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken aus. Gleichzeitig betonte er, dass Neubau mit Klimaschutz und nachhaltiger Stadtentwicklung vereinbar sein müsse.

SPD-Spitzenkandidat **Steffen Krach** verknüpfte die Wohnungsfrage mit einem umfassenderen Verständnis von Stadtentwicklung. Berlin müsse wieder stärker gestalten und zentrale Projekte voranbringen. Dabei plädierte er für eine selbstbewusste Metropolenpolitik, die wirtschaftliche Stärke und soziale Stabilität miteinander verbindet. Auch Linken-Spitzenkandidatin **Elif Eralp** sieht die Notwendigkeit zusätzlichen Wohnraums. Sie sprach sich für eine stärkere finanzielle Unterstützung der landeseigenen Wohnungsunternehmen aus und warb für serielles Bauen sowie für den Abbau einzelner Standards, um Baukosten zu senken und Projekte schneller umzusetzen. FDP-Spitzenkandidat Christoph Meyer setzt ebenfalls auf mehr Neubau. Dafür will er Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen, die Verwaltung reformieren und zusätzliche Wohnbauflächen aktivieren.



Werner Graf (Grüne) mit BBU-Vorständin Maren Kern und Moderator Thomas Klein

Landeseigene Wohnungsunternehmen als wichtiger Akteure

Über Parteigrenzen hinweg wurde die Bedeutung der kommunalen Wohnungsunternehmen hervorgehoben. **Evers** bezeichnete sie als wichtigste Partner des Landes beim Neubau und bei der Schaffung mietpreisgebundener Wohnungen; und auch **Graf** sieht in ihnen einen zentralen Pfeiler der Berliner Wohnungspolitik. Deshalb müssten auch wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen für ihre Investitionen gewährleistet werden. **Eralp** setzt ebenfalls auf einen starken öffentlichen Wohnungssektor, allerdings verbunden mit zusätzlichen staatlichen Investitionen und einer deutlichen Ausweitung des kommunalen Einflusses auf den Wohnungsmarkt.

Thema Vergesellschaftung als Knackpunkt

Am deutlichsten traten die Unterschiede zwischen den Parteien beim Thema Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände hervor.

Die Linke betrachtet die Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ als politischen Auftrag. **Eralp** argumentierte, dass dadurch die öffentliche Hand langfristig mehr Einfluss auf den Wohnungsmarkt gewinnen und



Stefan Evers (CDU)



Elif Eralp (LINKE)

Fortsetzung nächste Seite >>>



Christoph Meyer (FDP)



Ab- und Anmoderation durch BBU-Vorständin Maren Kern

dauerhaft günstigen Wohnraum sichern könne. Die Frage der Vergesellschaftung sei für ihre Partei von zentraler Bedeutung. Auch **Werner Graf** bekräftigte die grundsätzliche Unterstützung der Grünen für die Umsetzung des Volksentscheids. Zugleich verwies er auf die zahlreichen rechtlichen und finanziellen Fragen, die bislang ungeklärt seien. Er betonte mehrfach die Bedeutung politischer Kompromisse und offener Gespräche. Demgegenüber positionierte sich **Stefan Evers** klar gegen eine Vergesellschaftung. Aus Sicht der CDU würde sie keine einzige zusätzliche Wohnung schaffen, Investitionen erschweren und erhebliche finanzielle Belastungen für das Land Berlin verursachen. Auch Meyer lehnte eine Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände klar ab. Sie schaffe keinen zusätzlichen Wohnraum und gefährde aus seiner Sicht Investitionen in Berlin. **Steffen Krach** äußerte sich ebenfalls kritisch gegenüber den Auswirkungen der Berliner Enteignungsdebatte und plädierte für die SPD stattdessen für pragmatische Lösungen in der Wohnungspolitik.

Mietenpolitik zwischen Regulierung und Marktanreizen

Auch bei der Mietenpolitik zeigen sich unterschiedliche Vorstellungen. Die Linke setzt auf eine deutlich stärkere Regulierung. Eralp sprach sich für einen Mietendeckel beziehungsweise ein Einfrieren der Mieten – mindestens für die landeseigenen Wohnungsunternehmen – aus und warb für ein Landesamt für Mieterschutz.

Die SPD möchte mietenpolitische Instrumente stärker auf Landesebene ausgestalten und weiterentwickeln. **Krach** schlug eine digitale und praxisnahe Weiterentwicklung eines Mietenregisters vor, jedoch, ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen. Er tritt auch für eine Öffnungsklausel im Mietrecht ein – sie soll den Ländern eine eigenständige Ausgestaltung des Mietrechts ermöglichen.

CDU und Grüne legten den Schwerpunkt ihrer wohnungspolitischen Argumentation stärker auf Neubau und eine Ausweitung des Angebots. Beide sehen in zusätzlichen Wohnungen den entscheidenden Hebel, um die Lage auf dem Wohnungsmarkt langfristig zu entspannen. Allerdings wollen auch die Grünen

ein eigenes Landesamt für Wohnen schaffen und Sozialquoten bei der Vermietung vorschreiben.

Die FDP vertritt einen konsequent marktwirtschaftlichen Ansatz: **Meyer** wandte sich gegen Mietendeckel, Mietpreisregulierung und weitere Eingriffe. Entlastung könne dauerhaft nur durch ein größeres Wohnungsangebot in allen Marktsegmenten entstehen.

Tempelhofer Feld als Symbolthema

Ein weiteres Thema, an dem die unterschiedlichen politischen Ansätze sichtbar wurden, war die Zukunft des Tempelhofer Feldes.

Evers und **Meyer** sehen in einer Bebauung von Teilen der Fläche wichtige Chancen für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums. **Evers** verwies dabei auf das Potenzial für zehntausende Wohnungen auf landeseigenen Flächen. **Krach**, **Graf** und **Eralp** lehnen eine Bebauung dagegen ab. Sie hoben die Bedeutung des Feldes als Freiraum für Klima, Erholung und Stadtentwicklung hervor und sehen zusätzliche Baupotenziale an anderen Standorten.

Wohnen bleibt zentrales Wahlkampfthema

Die BBU-Stadtgespräche haben deutlich gemacht, dass die Berliner Parteien die Dringlichkeit der Wohnungsfrage sehen, bei den Lösungsansätzen jedoch teilweise weit auseinanderliegen. Während CDU, SPD und Grüne vor allem auf beschleunigten Neubau, leistungsfähige Verwaltungen und die Stärkung bestehender Instrumente setzen, verbindet die Linke dies mit weitreichenden Eingriffen in den Wohnungsmarkt und der Forderung nach Vergesellschaftung großer Bestände. Die FDP setzt demgegenüber besonders deutlich auf Marktanreize, weniger Regulierung, eine grundlegende Verwaltungsreform und die Förderung von Wohneigentum.

Für die Wohnungswirtschaft bot die Reihe vor der Wahl einen kompakten Überblick über die wohnungspolitischen Vorstellungen der wichtigsten politischen Akteure – auch beworben in den fünf Tagen vor der Wahl als Zusammenschnitt auf dem LinkedIn-Kanal des Verbands. **S.Sch.**

Die Mitschnitte aller Stadtgespräche zum Nachschauen sind auf dem **YouTube-Kanal des BBU** sowie auf **www.bbu.de** verfügbar.

↓ Zum Nachschauen

- Berlin vor der Wahl

bbu.de | Beiträge



↓ Zum Nachschauen

- Mitschnitte aller Stadtgespräche

www.youtube.com/@BBUVerband/videos



- Anzeige -

Sicher vermieten. Sozial wirken.

Als erfahrener sozialer Träger mietet die Neue Chance gGmbH Wohnraum in Berlin an. Vermieten Sie an uns und schaffen Sie gemeinsam mit uns verlässliche Wohnperspektiven für Menschen mit Unterstützungsbedarf.



Alle Vorteile einer Vermietung an die Neue Chance finden Sie hier:

**[www.neuechance.berlin/
fuer-wohnungsgebende](http://www.neuechance.berlin/fuer-wohnungsgebende)**



Im Verbund der
Diakonie 

Klimabündnis Brandenburg: Klimaschutz vor Ort

WIE KLIMASCHUTZ, STADTENTWICKLUNG UND BEZAHLBARES WOHNEN ZUSAMMENGEHEN KÖNNEN, zeigt Oranienburg: Am 9. September besuchte das vom BBU mitgetragene Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg Projekte der Stadt und informierte sich über deren Weg zur Klimaneutralität. Zugleich geht der Landeswettbewerb „CO₂-neutrales Quartier“ in den Endspurt: Noch bis zum 30. September können Projekte aus Brandenburg eingereicht werden.



Im Mittelpunkt des Besuchs standen das Klimaschutzkonzept der Stadt und die Frage, wie die Wärmewende vor Ort praktisch umgesetzt werden kann. Oranienburg will bereits 2040 klimaneutral sein. Insgesamt 47 Vorhaben reichen vom Verkehr über die Strom- und Wärmeversorgung bis zur Stadtentwicklung. Zu den zentralen Bausteinen gehören die 2026 beschlossene kommunale Wärmeplanung und die schrittweise Umstellung auf erneuerbare Energien durch die Stadtwerke.

Gemeinsam mit Vertreter*innen von Stadt, Wohnungs- und Energiewirtschaft informierte sich das Klimabündnis über die bisherigen Schritte und konkrete Projekte. Infrastrukturminister Robert Crumbach zog nach dem Besuch eine positive Bilanz: „Oranienburg hat in den vergangenen Jahren viel erreicht.“ Die Stadt zeige, „wie zukunftsorientierte Stadtentwicklung in Brandenburg gelingen kann“. Besonders hob er die Beteiligung der Anwohnenden bei der Entwicklung und Umsetzung des integrierten energetischen Quartierskonzepts hervor.

Vom Konzept ins Quartier

Eine Station des Besuchs zeigte besonders anschaulich, was hinter den Konzepten steckt: das Quartier „Weiße Stadt / Walther-Bothe-Straße“. Dort wurden Sanierung und Neubau mit Klimaschutz und Klimaanpassung verbunden. Klimaresiliente Grün- und Aufenthaltsräume gehören ebenso zum Konzept wie nachhaltiges Bauen und die energetische Weiterentwicklung des Quartiers. Rund 2,3 Millionen Euro stellten Bund und Land aus den Programmen „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ beziehungsweise „Stadtumbau“ zur Verfügung.

Auch **Matthias Brauner** vom BBU verwies **beim Vor-Ort-Termin** auf die Bedeutung des Zusammenspiels der verschiedenen Akteure. Das Quartier zeige, wie Kommune, Energie- und Wohnungswirtschaft Klimaschutz, Neubau und bezahlbares Wohnen zusammenbringen könnten.

Zugleich machte Brauner deutlich, dass solche Projekte verlässliche Rahmenbedingungen brauchten. Wohnungsunternehmen müssten Investitionen in Neubau, energetische

Sanierung und Wärmeversorgung über viele Jahre planen können. Dafür seien dauerhaft gesicherte Bundesprogramme für effiziente Wärmenetze und Gebäude ebenso wichtig wie eine verlässliche soziale Wohnraumförderung. Brandenburg habe diese für 2025 und 2026 ausfinanziert. Entscheidend sei, diese Planungssicherheit auch in den kommenden Jahren zu erhalten.

Von Oranienburg nach ganz Brandenburg

Genau solche Beispiele will das Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg sichtbar machen – und weitere anstoßen. Das gemeinsame Bündnis von Infrastrukturministerium, BBU und VKU bringt Kommunen, Wohnungs- und Energiewirtschaft zusammen, um integrierte Lösungen für eine klimaneutrale Stadtentwicklung voranzubringen. In dieser Form ist die Kooperation deutschlandweit einmalig.

Ein wichtiges Instrument dafür ist der Landeswettbewerb „CO₂-neutrales Quartier“. Gesucht werden innovative Projekte, die Klimaschutz nicht isoliert betrachten, sondern mit Stadtentwicklung, Wohnen und Energieversorgung zusammendenken – und deren Ansätze auch anderen Kommunen in Brandenburg als Anregung dienen können.

Bewerben können sich Kommunen, Unternehmen der Wohnungs- und Energiewirtschaft sowie weitere Partner*innen mit Projekten für mehr CO₂-Neutralität. **Noch bis zum 30. September 2026 können Beiträge eingereicht werden.** Am 4. November tagt die Wettbewerbsjury; die öffentliche Preisverleihung ist für Februar 2027 vorgesehen.

Kontakt: BSKK@bbsm-brandenburg.de

↓ Download

• Infos zum Wettbewerb

klimabuendnis-stadtentwicklung.de





Gruppenfoto (v.l.n.r.): Julian Büche (VKU), Bürgermeisterin Jennifer Collin-Feeder, Minister Robert Crumbach (MIL) und Matthias Brauner (BBU)

Fotos 1-4: Impressionen der Klimareise nach Oranienburg © MIL

► **Gebäude Navigator**
Das Betriebssystem für Gebäude

GWH

**Voll umlegbar.
Kurzfristig
entlastend.**



Keine Investitionskosten

Volle Wirkung

Wir navigieren Ihre Energiekosten Richtung Zukunft.

Mit dem Gebäude Navigator starten Sie heute mit der Heizungsoptimierung – vollständig umlagefähig und warmmietenneutral. Der Gebäude Navigator wirkt liquiditätsschonend und entlastet Ihr Budget direkt. Die Einsparungen sind messbar und transparent nachvollziehbar.

Systemo
comfort-energy-service

www.systemo.de

3 Fragen an ...

Paul Schlorf

Vorstandssprecher der Gemeinschaftliche Wohnungsbaugenossenschaft der Spreewaldstadt Lübbenau eG (GWG)



Paul Schlorf © GWG Lübbenau

? Herr Schlorf, was waren für die GWG Lübbenau eG die größten Erfolge seit Beginn dieses Jahres?

Wir können auf eine erfolgreiche Entwicklung der Genossenschaft zurückblicken. Ein großer Meilenstein in diesem Jahr war der Abschluss einer Komplexmodernisierung eines Wohngebäudes, für die wir rund acht Millionen Euro investiert haben. Zusätzlich haben wir auch in diesem Jahr die Aufwertung unseres Bestands vorangetrieben, haben Dächer, Fassaden und Leitungsstränge saniert. Innerbetrieblich haben wir unser ERP-System umgestellt, eine Neufassung der Satzung sowie eine Mitgliederbefragung zur Wohnzufriedenheit auf den Weg gebracht. Und neben all diesen Themen kommt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch in erfreulichen Bilanzzahlen zum Ausdruck.

? Welches sind für Sie als Brandenburger Genossenschaft aktuell die stärksten Herausforderungen?

Eine herausfordernde Daueraufgabe ist die Bewahrung wirtschaftlicher Stabilität bei gleichzeitigen Investitionen in den Bestand für Wohnkomfort, Energieeffizienz und Barriere-Reduzierung. Ein Großteil unserer Gebäude wurde in den 1990er-Jahren zuletzt umfangreich modernisiert, sodass die nächste „Welle der Modernisierung“ bevorsteht. Dafür braucht es einerseits kluge Planungen, verlässliche Finanzierungen, eingespielte Partnerschaften und andererseits auch eine gute Portion Kreativität und Gestaltungskraft.

? Was würden Sie mit Blick auf die Zukunft unserer Branche ändern, wenn Sie könnten?

Was mit Blick auf Genehmigungsverfahren, Bauvorschriften und Förderprogramme änderenswert ist, haben Vorstandskolleginnen und -kollegen in dieser Interview-Reihe bereits vielfach zum Ausdruck gebracht. Stattdessen wünsche ich uns allen Zuversicht, Mut und stets ein glückliches Händchen – auch bei bisweilen ungemütlicher Großwetterlage.

Paul Schlorf ist seit Januar 2025 hauptamtlicher Vorstand der GWG Lübbenau eG. Er ist studierter Betriebswirt und hat einen Masterabschluss der TU Berlin in Real Estate Management. Er ist im Vorstand der „Marketinginitiative der Wohnungsbaugenossenschaften Deutschland e.V.“, in der BAG der Wohnungsgenossenschaften sowie im Prüfungsausschuss der IHK Cottbus tätig. Ehrenamtlich ist er kommunalpolitisch für die Stadt Lübbenau/Spreewald aktiv und Vorsitzender eines Sportvereins.



Gemeinsam
MehrWerte schaffen

Wie bleiben Gebäude wertvoll?

Wer klug investiert, senkt Energiekosten und erhält die Attraktivität des Wohnraums. Die Energieverbrauchsdaten von BRUNATA-METRONA zeigen, wo sich Modernisierung wirklich lohnt – damit Sie gute Entscheidungen treffen und Ihre Objekte rentabel managen.

Für mehr Werterhalt.

*Mehr*Werte schaffen.

Thema:
*Tiefengeothermie
in Berlin*

Diskussionsbericht: Ergebnisse für die Wohnungswirtschaft – Grundlast, Finanzierung, Fahrplan bis 2045, Rolle der Wohnungsunternehmen

AM 31. AUGUST DISKUTIERTEN VERTRETERINNEN UND VERTRETER AUS POLITIK, ENERGIEVERSORGUNG, WISSENSCHAFT, WOHNUNGSWIRTSCHAFT UND PROJEKTENTWICKLUNG in der IHK Berlin über die Rolle der Tiefengeothermie für die Wärmeversorgung der Hauptstadt. Im Mittelpunkt standen die geologischen Voraussetzungen Berlins, die anstehenden Erkundungsmaßnahmen, die Förder- und Finanzierungsarchitektur, Auswirkungen auf Wärmepreise sowie die Frage, welchen Beitrag die Wohnungswirtschaft beim Hochlauf dieser Technologie leisten kann. Die Veranstaltung stand unter dem Leitmotiv „Evolution mit revolutionärem Potenzial“ und verdeutlichte, dass Tiefengeothermie zwar keine sofortige Lösung aller Herausforderungen der Wärmewende darstellt, langfristig jedoch zu einem wesentlichen Bestandteil eines klimaneutralen Wärmesystems werden kann.

Politischer Rahmen und Geologie (Senatorin Ute Bonde, SenMVKU):

Aus Sicht des Landes Berlin bildet die geologische Struktur des Berliner Untergrunds die zentrale Grundlage für die Entwicklung einer geothermischen Wärmenutzung. Der Untergrund sei „stockwerksartig“ aufgebaut und ermögliche damit grundsätzlich eine differenzierte Bewertung möglicher Standorte für Tiefengeothermieprojekte.

Die Senatorin betonte, dass das Land selbst kein Wärmeversorger sei und keine Wärme produziere. Seine Rolle liege vielmehr darin, geeignete Rahmenbedingungen für Investitionen und Projektentwicklungen zu schaffen. Dazu gehören insbesondere die Berliner Roadmap Tiefengeothermie, Regelungen für ein nachhaltiges Reservoirmanagement sowie Mechanismen zur fairen Verteilung geologischer Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten.

Foto oben © iStock / Reinhard Krull

Ein wesentlicher nächster Schritt ist die geplante Durchführung einer stadtweiten 3D-Seismik. Ab 2027 sollen umfangreiche Untersuchungen des Untergrunds erfolgen, um belastbare Erkenntnisse über die vorhandenen geothermischen Ressourcen zu gewinnen und die Grundlage für spätere Bohrentscheidungen zu schaffen.

Zudem wurde hervorgehoben, dass öffentliche Liegenschaften und die Immobilien städtischer Unternehmen als sogenannte Ankerstandorte eine wichtige Rolle spielen können. Über Zielvereinbarungen sollen sie dazu beitragen, den Aufbau geothermischer Infrastruktur zu unterstützen und den Markthochlauf zu erleichtern.

IHK-Impulse (Manja Schreiner):

Die IHK Berlin unterstrich die Notwendigkeit, die Tiefengeothermie frühzeitig in die strategische Wärmeplanung der Hauptstadt einzubinden. Vorgeschlagen wurde die Einrichtung eines speziellen Lenkungskreises für die Kommunale Wärmeplanung mit einem Schwerpunkt auf Geothermie oder alternativ die feste Verankerung des Themas in bestehenden Koordinierungsstrukturen.

Gleichzeitig verwies die IHK auf Ergebnisse des Energiewendebarmometers. Danach verschlechtert sich die Einschätzung vieler Unternehmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Energiewende. Investitionen in Energieeffizienz, Energieeinsparung und Energieträgerwechsel würden teilweise zurückgestellt, weil finanzielle Mittel, Planungssicherheit oder geeignete Anreize fehlten.

Als besonderer Vorteil der Tiefengeothermie wurde ihre Grundlastfähigkeit hervorgehoben. Anders als viele wetterabhängige erneuerbare Energien könne sie kontinuierlich Wärme bereitstellen und damit einen stabilen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

GdW-Perspektive (Ingeborg Esser):

Aus Sicht der Wohnungswirtschaft wurde davor gewarnt, von einer automatisch warmmietenneutralen Wärmewende auszugehen. Die Transformation der Wärmeversorgung sei mit erheblichen Investitionskosten verbunden, die sich nicht vollständig vermeiden ließen.

Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass die wohnungswirtschaftlichen Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass die erwarteten Energieeinsparungen häufig hinter den Prognosen zurückbleiben. Obwohl erhebliche Investitionen in Gebäudemodernisierung erfolgen, stagnieren die Einsparerfolge vielerorts. Vor diesem Hintergrund wurde auf die Initiative „Praxispfad CO₂-Reduktion im Gebäudesektor“ verwiesen. Ziel dieser Initiative ist es, den Klimaschutz stärker an tatsächlichen CO₂-Minderungen, Wirtschaftlichkeit und sozialer Tragfähigkeit auszurichten.

Als Prioritäten für die nächsten Jahre wurde eine klare Reihenfolge der Maßnahmen beschrieben. An erster Stelle stehe die Schaffung von Transparenz durch digitales Energiemonitoring und intelligentes Verbrauchsmanagement. Darauf aufbauend sollten energetische Modernisierungen sowie serielle Sanierungskonzepte umgesetzt werden. Kritisch wurden die Kürzungen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) bewertet, da sie Investitionen erschweren könnten.

Blockheizkraftwerke wurden weiterhin als sinnvolle Brückentechnologie eingeordnet. Sie könnten insbesondere dort einen Beitrag leisten, wo klimaneutrale Wärmelösungen noch nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen.

BEW-Perspektive (Hannes Junker):

Die Berliner Energie und Wärme GmbH (BEW) beschrieb Tiefengeothermie als potenziell wichtigen Baustein für die zukünftige Wärmeversorgung Berlins. Neben ihrer Funktion als grundlastfähige Wärmequelle könne sie künftig auch in Verbindung mit Speichern eine Rolle für die saisonale Energiespeicherung spielen.

Als entscheidende Erfolgsfaktoren wurden mehrere Voraussetzungen genannt: der Ausbau der Stromnetze, eine engere Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg, technologische Weiterentwicklungen, erfolgreiche Bohrungen mit ausreichender Fündigkeit sowie eine regulatorische Weiterentwicklung der bestehenden Rahmenbedingungen.

Für Berlin wurde ein langfristiger Entwicklungspfad vorgestellt. Dieser sieht eine erste Tiefenbohrung in Marzahn im Jahr 2027 vor. Nach einem geplanten Baubeginn 2028 könnte die erste Anlage ab 2031 Wärme in das Berliner System einspeisen. Anschließend soll möglichst jedes Jahr eine weitere Anlage hinzukommen. Im Zielbild des Jahres 2045 könnten rund 15 Geothermieanlagen etwa 15 Prozent der Berliner Fernwärme bereitstellen.

Als Voraussetzung hierfür wurden ausreichende Stromverfügbarkeit für ergänzende Technologien wie Großwärmepumpen, geeignete Flächen für Standorte und Infrastrukturen sowie langfristige Förderinstrumente und politische Planungssicherheit genannt.

Praxisberichte

Die Deutsche Immobilien Entwicklungs AG (DIEAG) berichtete über ihre Erfahrungen mit dem sogenannten Closed-Loop-Ansatz des Unternehmens Eavor. Dabei wird Wärme in einem geschlossenen Kreislaufsystem gewonnen, ohne klassische Förderung von Thermalwasser. Das Unternehmen schilderte positive Erfahrungen mit dem Konzept, verwies auf erste Förderzusagen und sprach sich grundsätzlich für die weitere Entwicklung der Technologie aus.

Fortsetzung nächste Seite »»

ProPotsdam stellte die Erfahrungen aus Potsdam vor, wo die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) bereits seit 2017 an der geothermischen Erschließung arbeitet. Die Tiefengeothermie wurde dort in das Fernwärmesystem integriert. Nach Angaben des Unternehmens habe die hohe öffentliche Förderung dazu beigetragen, Auswirkungen auf den Fernwärmepreis zu begrenzen.

Gleichzeitig wurde betont, dass die Wohnungswirtschaft im Regelfall nicht selbst zum Energieversorger oder Geothermiebetreiber werde. Erfolgreiche Projekte seien vielmehr auf eine vertrauensvolle Arbeitsteilung zwischen Wohnungsunternehmen, Energieversorgern, Kommunen und Finanzierungspartnern angewiesen.

Weitere Beiträge kamen unter anderem von Vertretern der GASAG sowie aus dem Bereich Projektentwicklung und Geothermieberatung.

Leitmotiv

In der Diskussion wurde deutlich, dass Tiefengeothermie weniger als technologische Revolution denn als konsequente Weiterentwicklung bestehender Wärmesysteme verstanden werden sollte. Die Technologie ist grundsätzlich erprobt und international etabliert. Neu sind vor allem die politischen Rahmenbedingungen, die verbesserten Fördermöglichkeiten und die zunehmende Integration in langfristige Wärmewendestrategien. Gerade diese Kombination aus technischer Reife und neuer wirtschaftlicher Unterstützung verleiht dem Thema derzeit eine besondere Dynamik.

Einordnung und Relevanz für die Wohnungswirtschaft

Für die Mehrheit der Wohnungsunternehmen wird die Nutzung von Tiefengeothermie voraussichtlich indirekt über die Fernwärme erfolgen. Direkte Quartierslösungen bleiben auf besondere Standorte beschränkt, die über eine hohe Wärmenachfrage, ausreichende Anschlussdichte, geeignete Flächen für Energiezentralen und langfristig planbare Entwicklungsstrukturen verfügen.

Die Rolle der Wohnungswirtschaft besteht daher in erster Linie darin, als verlässlicher Wärmekunde aufzutreten und die Voraussetzungen für wirtschaftlich tragfähige Netze zu schaffen.

Wichtige Hebel liegen in der Bündelung von Quartieren, der Sicherung von Anschlussdichten, der Bereitstellung belastbarer Lastprofile und der Förderung von Akzeptanz bei den Nutzerinnen und Nutzern.

Förder- und Finanzierungsinstrumente beeinflussen die Wirtschaftlichkeit vor allem über die jährlichen Erlösanforderungen der Versorger. Für die Wohnungswirtschaft sind deshalb transparente Preisbildungsmechanismen bei Grund-, Leistungs- und Arbeitspreisen von besonderer Bedeutung. Entscheidend ist weniger ein kurzfristig niedriger Wärmepreis als vielmehr langfristige Kalkulierbarkeit und Nachvollziehbarkeit.

Kurz- und mittelfristig wird Tiefengeothermie allein keinen grundlegenden Wandel der Berliner Wärmeversorgung bewirken. Ihr Beitrag wird schrittweise mit den ersten erfolgreichen Projekten in den 2030er Jahren wachsen und sich erst langfristig in größerem Umfang auswirken.

Verlässliche Kooperationen zwischen Energieversorgern, öffentlicher Hand und Wohnungswirtschaft sowie der Einsatz von Ankerimmobilien können dabei helfen, Projekte wirtschaftlich abzusichern und schneller in die Umsetzung zu bringen.

BBU-Position

(eingebracht durch Jan Robert Kowalewski, BBU)

Die Position des BBU hebt hervor, dass die Wohnungswirtschaft nicht selbst zum Energieversorger oder Geothermieentwickler werden muss, um von den Potenzialen der Tiefengeothermie zu profitieren. Entscheidend sind vielmehr ein verlässliches Fernwärmesystem, langfristig tragfähige Liefer- und Vertragsmodelle sowie eine bezahlbare Wärmeversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner.

„Die Wohnungswirtschaft muss nicht selbst bohren, um von Tiefengeothermie zu profitieren. Entscheidend ist, dass die geothermische Wärme zuverlässig, bezahlbar und planbar in den Quartieren unserer Mitgliedsunternehmen ankommt.“

Damit verbindet der BBU die grundsätzliche Unterstützung für den Ausbau der Tiefengeothermie mit der Forderung nach Versorgungssicherheit, Preistransparenz, fairer Risikoverteilung und sozial verträglichen Wärmepreisen. **J.K.**

Vom Wärmeplan zur Umsetzung: Wie der BBU die Kommunale Wärmeplanung in Berlin begleitet

MIT DER VERÖFFENTLICHUNG DES BERLINER WÄRMEPLANS im Juni 2026 hat Berlin einen wichtigen Meilenstein für die Wärmewende erreicht. Der Plan schafft erstmals einen gesamtstädtischen Orientierungsrahmen für die Entwicklung einer klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2045. Für die Wohnungswirtschaft beginnt damit jedoch erst die entscheidende Phase: Nun kommt es darauf an, die strategischen Vorgaben in konkrete Ausbaupfade, verlässliche Anschlussmöglichkeiten und tragfähige Investitionsentscheidungen zu überführen.

Der BBU hat den Prozess der Kommunalen Wärmeplanung von Beginn an aktiv begleitet. In Beteiligungsformaten auf Landesebene sowie im direkten Austausch mit der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt brachte der Verband die Praxiserfahrungen seiner Berliner Mitgliedsunternehmen ein. Eine umfangreiche Stellungnahme im Beteiligungsverfahren des Landes im Herbst 2025 bündelte Hinweise und Erwartungen der Wohnungswirtschaft. Zudem wirkte der BBU am Maßnahmenkatalog mit, der für die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung maßgeblich ist. Leitend war dabei stets das Ziel, den Wärmeplan realitätsnah, verbindlich und für Investitionen verwertbar zu gestalten.

Aus Sicht des BBU ist der Wärmeplan ein richtiger und wichtiger Schritt. Er schafft Transparenz über potenzielle Wärmequellen, beschreibt künftige Wärmenetzgebiete und zeigt

Entwicklungsperspektiven für eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Zugleich ersetzt er noch keine Investitionssicherheit. Wohnungsunternehmen müssen heute Entscheidungen treffen, die ihre Bestände für 20 bis 40 Jahre prägen. Dafür benötigen sie verlässliche Aussagen dazu, wo Wärmenetze tatsächlich entstehen, wann Anschlüsse möglich sein werden und unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen – einschließlich eines nachvollziehbaren Dekarbonisierungs- und Preispfads der Fernwärme.

Um von der strategischen Planung in die Umsetzung zu kommen, müssen Wärmeplanung, Netzausbau, Förderprogramme, Genehmigungen und Gebäudestrategien künftig deutlich enger verzahnt werden. Nur wenn diese Elemente ineinandergreifen, entstehen die notwendigen Planungs- und Investitionssicherheiten für die Wohnungsunternehmen.

Fortsetzung nächste Seite >>>

- Anzeige -



Viele Räume. Viele Anforderungen. Eine Lösung.

Vernetzte Wärmepumpen und Wohnungsstationen von Bosch.



Luft-Wasser-Wärmepumpen



Dezentrale Wohnungsstationen

Technik fürs Leben

Aktuelle Prioritäten:

- Verbindliche, gebietsbezogene Ausbaupfade für Wärmenetze mit klaren Fristen und kommunizierten Anschlussfenstern.
- Transparente Dekarbonisierungspfade und langfristig nachvollziehbare Preisentwicklungen der Fernwärme, inklusive belastbarer Tarifsystematiken.
- Klare Regeln für sogenannte Prüfgebiete: nachvollziehbare Kriterien, realistische Zeitpläne und rechtssichere Entscheidungen, damit Investitionen nicht auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden.
- Verzahnung von Wärmeplanung, Netzausbau, Förderkultisse, Genehmigungsverfahren und unternehmensseitigen Gebäudestrategien – aus einem Guss und ohne Medienbrüche.
- Technologieoffenheit: Fernwärme, wo sie zeitnah und wirtschaftlich bereitsteht; andernorts rechtssichere, wirtschaftliche dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen, Quartiersnetze, Geothermie oder Abwärmenutzung.
- Verlässliche, langfristig angelegte Förderprogramme, die Investitionen ermöglichen und soziale Härten vermeiden – inklusive wirksamer Flankierung von Betriebskosteneffekten.

Neben der technischen und wirtschaftlichen Dimension bleibt die soziale Dimension zentral. Berlin hat einen außergewöhnlich hohen Mietwohnungsanteil, ein großer Teil davon wird von BBU-Mitgliedern bewirtschaftet. Klimaschutzmaßnahmen müssen deshalb mit bezahlbarem Wohnen vereinbar bleiben. Der BBU setzt sich dafür ein, dass Förderprogramme verlässlich und ausfinanziert sind, Investitionen planbar werden und finanzielle Belastungen für Wohnungsunternehmen sowie Mieterinnen und Mieter tragfähig bleiben.

Die Umsetzung der Kommunalen Wärmeplanung erfordert dauerhaftes Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Netzbetreibern, Energieversorgern und Wohnungswirtschaft. Dem

Land Berlin kommt hierbei eine klare Steuerungs- und Moderationsrolle zu. **Der BBU bringt seine Rolle als Bindeglied ein: durch Fachveranstaltungen, Verbandskonferenzen, Stellungnahmen und den kontinuierlichen Austausch mit Politik und Energieversorgern.** Ziel ist, praxistaugliche Lösungen für die Wärmewende im Gebäudebestand zu entwickeln – vom belastbaren Netzausbau über effiziente Genehmigungsverfahren bis hin zu tragfähigen Geschäfts- und Tarifmodellen.

So unterstützt der BBU Mitgliedsunternehmen

- Orientierung im Netzgebiet: Quartiers-Checks zu Wärmequellen, Ausbaupfaden und Anschlussfenstern.
- Koordination: Moderation von Runden Tischen mit Netzbetreibern, Bezirken und Fachbehörden.
- Wissenstransfer: Fachveranstaltungen, Schulungen, Leitfäden und Beispielkalkulationen.
- Interessenvertretung: Bündelung von Praxisfeedback, Positionierungen und Abstimmung mit dem Land Berlin.

Der BBU wird diese Angebote weiter ausbauen: Erfahrungsberichten aus Pilotprojekten und einer regelmäßigen Übersicht zu Netzmeilensteinen in den Bezirken.

Der Wärmeplan ist damit Startpunkt und Signal. Entscheidend wird nun, aus strategischer Orientierung konkrete Investitionssicherheit zu machen – für verlässliche Ausbaupfade, transparente und nachvollziehbare Preise sowie planbare Anschlussfenster. **J.K.**

↓ Download

- BBU-Verbandskonferenz zum Thema

bbu.de | Themen | Energie & Klima



GdW Arbeitshilfe für Informations- und IT-Sicherheit in Wohnungsunternehmen

ZUNEHMENDE HACKING-ANGRIFFE, auch auf kleine und mittelständische Wohnungsunternehmen, verdeutlichen die wachsende Relevanz von Informations- und IT-Sicherheit für die Wohnungswirtschaft. Als Verwalter großer Mengen sensibler Daten sind Wohnungsunternehmen besonders gefordert, sich mit den Risiken digitaler Angriffe und geeigneten Schutzmaßnahmen auseinanderzusetzen. Die Folgen erfolgreicher Cyberangriffe reichen von Reputationsschäden und Betriebsunterbrechungen bis hin zu erheblichen Kosten für die Wiederherstellung von Systemen.

Der BBU weist in diesem Zusammenhang auf die Arbeitshilfe „Informations- und IT-Sicherheit in Wohnungsunternehmen“ des GdW hin. Das Papier stellt auf Basis von ISO-Richtlinien und BSI-Grundschutz einen risikobasierten Ansatz vor und enthält konkrete Fragestellungen sowie empfohlene Mindestmaßnahmen.

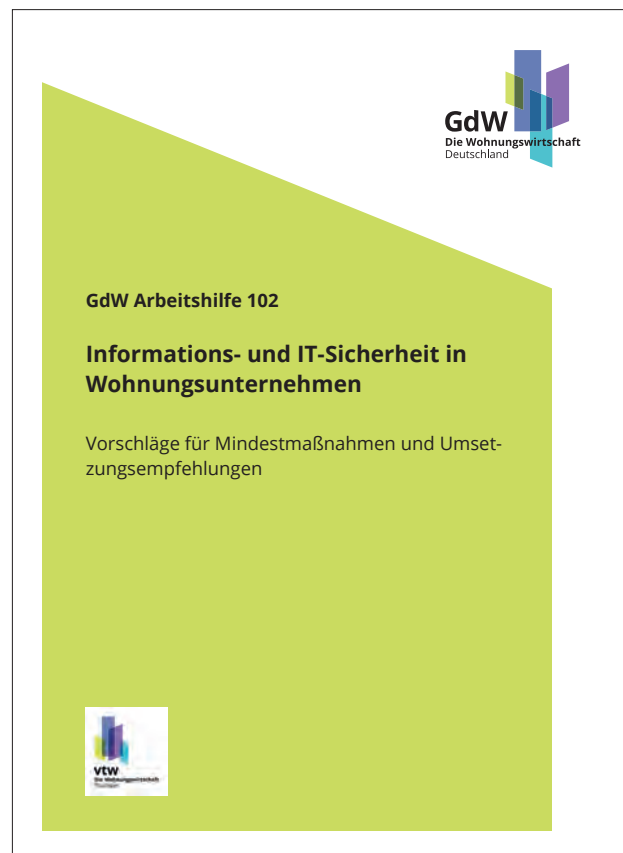
Das Ziel: Wohnungsunternehmen unterschiedlicher Größen dabei zu unterstützen, sich dem Thema systematisch zu nähern. Im Fokus steht die Einbeziehung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden sowie auf der Priorisierung von Maßnahmen angesichts begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen.

B.B. | C.P.

↓ Download

- GdW-Arbeitshilfe

bbu.de | Themen | Betrieb



Titelblatt der GdW-Arbeitshilfe © GdW

Gesetz für einfaches Bauen in Berlin in Kraft

Erleichterungen für Wohnraumschaffung im Bestand, erneuerbare Energien und Verfahren

DAS GESETZ FÜR EINFACHES BAUEN wurde am 9. Juli 2026 beschlossen, im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin (GVBl. S. 692) verkündet und trat am 23. Juli 2026 in Kraft. Kern des Gesetzes sind Anpassungen der Bauordnung für Berlin (BauO Bln) zur Vereinfachung von Bauen und Genehmigungsverfahren – insbesondere für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Bestand sowie für Anlagen der Energiewende.

Wohnraumschaffung im Bestand

- Abstandsflächen: Bei der Schaffung zusätzlichen Wohnraums durch Umnutzung, Dachgeschossausbau oder eine erstmalige Aufstockung um ein Geschoss bleiben Abstandsflächen unbeachtlich (BauO Bln, § 6 neu). Dies erleichtert Nachverdichtung im Bestand.
- Bautechnische Anforderungen: Für Dachgeschossausbau und Aufstockungen werden Anforderungen an Wärme-, Schall- und Erschütterungsschutz sowie bestimmte Brandschutzanforderungen für bestehende Bauteile reduziert. Mindestvorgaben, u. a. für Türen zum Kellergeschoss und die Entrauchung des Treppenraums, bleiben bestehen.
- Rettungswege: Ein zweiter Rettungsweg ist für eingeschossige, ebenerdige Nutzungseinheiten bis 400 m² Brutto-Grundfläche entbehrlich, wenn ein direkter Ausgang ins Freie besteht.

Erleichterungen für erneuerbare Energien und Effizienz

- Abstandsflächen für Energieanlagen: Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (u. a. Solaranlagen, Wärmepumpen, kleinere Windräder) bleiben bei der Abstandsflächenbemessung außer Betracht, wenn sie innerhalb der Abstandsflächen des Gebäudes liegen.
- Anlagen an der Grundstücksgrenze: Gebäudeunabhängige Solaranlagen und Wärmepumpen sind bis 3 m Höhe und 9 m Gesamtlänge je Grundstücksgrenze erleichtert zulässig.
- Verfahrensfreiheit erweitert: Bestimmte Anlagen zur Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff für den Eigenverbrauch sowie ortsveränderliche Antennenanlagen sind verfahrensfrei; zusätzliche Klarstellungen betreffen u. a. Elektromobilitätsinfrastruktur.

Kinderspielplatzpflicht im Bestand

- Bei Dachgeschossausbau, Aufstockungen bis zu zwei Geschossen, Nutzungsänderung zu Wohnzwecken oder zusätzlicher Wohnungsbildung kann die Herstellungspflicht für Kinderspielplätze entfallen, wenn sie auf dem Baugrundstück nicht oder nur unter sehr großen Schwierigkeiten herstellbar ist.

Verfahren und Fristen

- Genehmigungsfreistellung: Neben nicht sonderbaupflichtigen Vorhaben umfasst die Freistellung auch Modernisierungen und das Repowering von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien.
- Beschleunigung für Vorhaben nach EU-Richtlinie 2018/2001 (Erneuerbare): Entscheidung innerhalb eines Jahres nach Vollständigkeit der Unterlagen; bei Fristüberschreitung gilt der Antrag als genehmigt. Möglichkeit der Abwicklung über eine einheitliche Stelle (One-Stop-Shop) inklusive Verfahrenshandbuch.

Barrierefreiheit und Gebädefunktionalität

- Barrierefreies Bauen: Quoten und Erreichbarkeitsanforderungen für barrierefreie Wohnungen werden präzisiert; bei größeren Bauvorhaben ist ein Teil rollstuhlgerecht zu errichten.
- Abstellräume: In Wohngebäuden der Gebäudeklassen 3 bis 5 sind barrierefreie Abstellräume für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen sowie ausreichend große Fahrradabstellräume von öffentlichen Verkehrsflächen und von barrierefreien Wohnungen aus barrierefrei herzustellen.
- Raumhöhen: Anpassungen bei Mindesthöhen und Terminologie schaffen Flexibilität, insbesondere bei Bestandsmaßnahmen.

Weitere Punkte

- Werbung an Baugerüsten wird eingeschränkt, um Wohnräume nicht wesentlich zu verdunkeln; nächtliche Beleuchtung ist zur Wahrung gesunder Wohnverhältnisse untersagt.
- Bezug auf aktualisierte EU-Regelwerke (u. a. Bauprodukte-Verordnung 2024/3110) und präzisierte Zuständigkeiten stärken Rechtsklarheit.

Einordnung / Relevanz für die Wohnungswirtschaft

Die Änderungen senken Hürden für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums im Bestand und beschleunigen Nachverdichtung. Erleichterungen bei Abstandsflächen, Rettungswegen und bautechnischen Anforderungen verringern Planungs- und Bauaufwand bei Dachausbauten, Aufstockungen und Umnutzungen. Für die Umsetzung der Klimaziele im Bestand schafft das Gesetz pragmatische Lösungen: Erleichterte Zulässigkeit und Verfahren für Solaranlagen, Wärmepumpen, Repowering und Wasserstoff-Anwendungen beschleunigen Investitionen in erneuerbare Energien. Beschleunigte Verfahren und klare Fristen – insbesondere für Vorhaben nach EU-Erneuerbarenrecht – verbessern die Projektplanung.

Für Bestandsmaßnahmen bleibt eine sorgfältige Prüfung der verbleibenden Mindestanforderungen (insb. Brandschutz im Treppenraum, Türen) notwendig. Zudem ist zu beachten, wann verfahrensfreie Einzelmaßnahmen Teil eines insgesamt genehmigungspflichtigen Vorhabens werden. Bundes- und EU-Recht bleiben unberührt und sind weiterhin einzuhalten. **J.K.**

↓ Download

- Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin
- Bauordnung für Berlin (BauO Bln) – konsolidierte Fassung nach Inkrafttreten empfohlen

bbu.de | Themen | Bauen & Sanieren



- Anzeige -

Besuchen Sie uns
auf der EXPO REAL:
05. – 07. Oktober 2026
in München

 Investitionsbank
Berlin

Wohnraum.Fördern.Berlin.

wohnen mit der IBB



Wir haben die passende Finanzierung für den Bau, Sanierung oder Modernisierung Ihrer Immobilie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Bauprojekt erfolgreich zu gestalten. **Hotline Immobilienförderung: 030 / 2125-2662**

ibb.de/vermieter_investoren



BBU-Verbandskonferenz zur EmpCo-Richtlinie „Neue Anforderungen an die Unternehmenskommunikation“

AM 26. AUGUST 2026 VERANSTALTETE DER BBU EINE VERBANDSKONFERENZ „Die EmpCo-Richtlinie in der Umsetzung: Neue Anforderungen an die Unternehmenskommunikation“. Die Online-Veranstaltung stieß mit über 130 Teilnehmenden auf großes Interesse.

Mit der Umsetzung der „Empowering Consumers for the Green Transition“-Richtlinie („EmpCo-Richtlinie“) in deutsches Recht kommen ab dem 27. September 2026 neue Anforderungen auf die Unternehmenskommunikation zu. Ziel der Richtlinie ist es, Verbraucher besser vor irreführenden umweltbezogenen Aussagen zu schützen und sogenanntes Greenwashing einzudämmen. Auch Aussagen mit sozialem Bezug können in diesem Zusammenhang kommunikationsstrategisch relevant sein.

Nach der Begrüßung durch BBU-Vorständin **Maren Kern**, in der sie die Ziele und Hintergründe der EmpCo-Richtlinie einordnete, folgten Fachvorträge von **Sude Sapmaz** (Referentin Recht beim BBU) sowie Rechtsanwalt **Marcus Hotze** von der HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH.

Im Fokus standen dabei folgende Themen:

- Anwendungsbereich der EmpCo-Richtlinie
- Umsetzung in deutsches Recht und Zeitplan
- Neue Anforderungen an Umwelt- und Nachhaltigkeitsausagen
- Umgang mit Begriffen wie „nachhaltig“, „klimaneutral“ oder „umweltfreundlich“

- Anforderungen an Nachhaltigkeitssiegel und Zukunftsversprechen
- Relevanz von Social Washing für die Unternehmenskommunikation
- Praktische Auswirkungen für Wohnungsunternehmen
- Handlungsempfehlungen für interne Prüf- und Freigabeprozesse

Die zahlreichen Fragen der Teilnehmenden wurden im Rahmen der Vorträge sowie in der anschließenden Diskussion beantwortet, sodass ein reger Austausch entstand. **Su.Sa.**

↓ Download

- Online-Verbandskonferenz zum Nachschauen (Kennwort: fSRN4sqX)

bbwu.webex.com



↓ Download

- Präsentation, weitere Informationen & Konkretisierung

bbu.de | Themen | Recht



Foto oben (v.l.n.r.): Rechtsanwalt Marcus Hotze von der HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, BBU-Vorständin Maren Kern und Sude Sapmaz, Referentin Recht beim BBU, führten durch die digitale BBU-Verbandskonferenz © BBU

BGH-Urteil: Anspruch eines Wohnungseigentümers auf **Einbau eines Klima-Splitgeräts**

DER BGH HAT MIT URTEIL VOM 17. JULI 2026 ENTSCIEDEN, dass ein Wohnungseigentümer von der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer grundsätzlich die Gestattung des Einbaus eines Klima-Splitgeräts auf seinem Balkon verlangen kann (Az. V ZR 162/25).

Sachverhalt

Im zu entscheidenden Fall hatte ein Eigentümer gegenüber der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer beantragt, ihm den Einbau eines Klima-Splitgeräts auf seinem Balkon zu gestatten. Dieser Beschlussantrag fand keine Mehrheit.

Daraufhin wurde Beschlussersatzklage erhoben, welche vom Amtsgericht abgewiesen wurde. Auf die Berufung der Kläger hat das Landgericht das Urteil abgeändert und den Gestattungsbeschluss ersetzt.

Dagegen hat sich die beklagte Gemeinschaft vor dem BGH mit der zugelassenen Revision gewandt und die Zurückweisung der Klage beantragt. Der BGH hat entschieden, dass der Gestattungsbeschluss zu Recht ersetzt worden ist. Es stehe nicht fest, dass Emissionen zu einer Beeinträchtigung der nicht zustimmenden Wohnungseigentümer führen werden. Das für den heimischen Markt zugelassene Gerät ist grundsätzlich in der Lage, die TA-Lärm einzuhalten.

Anhaltspunkte dafür, dass die geplante Maßnahme wegen des Ortes der Anbringung des Außengeräts im Sinne von § 20 Abs. 3 WEG beeinträchtigend ist, sind auch nicht zu erkennen.

Das Gericht hat ausgeführt, dass es für den Erfolg der Beschlussersatzklage darauf ankommt, ob der Einbau eines Klima-Splitgeräts zu einer Beeinträchtigung im Sinne von § 20 Abs. 3 WEG führt, ob also Rechte der nicht zustimmenden Wohnungseigentümer durch die bauliche Veränderung über das bei einem geordneten Zusammenleben unvermeidliche Maß hinaus beeinträchtigt werden.

Seitens der Wohnungseigentümergeinschaft wurden optische Beeinträchtigungen nicht eingewandt, allerdings Bedenken geäußert mit Blick auf die bei späterer Nutzung des Klima-Splitgeräts entstehenden Geräusche. Das Gericht hat ausgeführt, dass solche bei der Nutzung voraussichtlich auftretenden Geräusche einem Gestattungsanspruch regelmäßig nicht entgegenstehen. **S.D.**

↓ Download

- Pressemitteilung des Bundesgerichtshofs und Urteilsgründe

bbu.de | Themen | Recht



Änderung des **Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes** in Kraft

DAS ZWEITE GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BERLINER AUSSCHREIBUNGS- UND VERGABEGESETZES (BerlAVG) ist am 16. Juli 2026 in Kraft getreten. Betroffen sind öffentliche Auftraggeber des Landes Berlin sowie Unternehmen, die sich um entsprechende öffentliche Aufträge bewerben. Wesentlich sind die angehobenen Wertgrenzen: Für Liefer- und Dienstleistungen gilt das BerlAVG künftig ab 75.000 Euro, für Bauleistungen ab 500.000 Euro.

Die Tariftreuepflicht bleibt davon unabhängig bestehen und greift bereits ab 1.000 Euro Auftragswert. Neu gesetzlich verankert wurden außerdem das Bestbieterprinzip sowie eine stärkere Berücksichtigung junger, kleiner und mittlerer Unternehmen. **Su.Sa.**

↓ Download

- Gesetz- und Verordnungsblatt Berlin (Nr. 23 vom 15. Juli 2026)
- Drucksache 19/3192 vom Abgeordnetenhaus Berlin vom 29. April 2026

bbu.de | Themen | Recht



Berlin: Das **Mietenkataster** ist da

BERLIN BEKOMMT EIN WOHNUNGS- UND MIETENKATASTER. Mit dem neuen Wohnraumsicherungsgesetz müssen Vermieter*innen künftig umfangreiche Angaben zu Wohnungen, Mietverhältnissen und Wohnkosten melden. Das Gesetz ist seit dem 30. Juli in Kraft – bis das Kataster tatsächlich startet, sind allerdings noch wichtige Fragen zur technischen Umsetzung offen. Für die BBU-Mitgliedsunternehmen besteht deshalb vorerst kein Handlungsbedarf.

Neben dem Mietenkataster bringt das Wohnraumsicherungsgesetz weitere Änderungen für die Wohnungswirtschaft. Verschärft werden unter anderem die Vorgaben bei der Untervermietung öffentlich geförderter Wohnungen, bei der Wohnungsaufsicht und beim Zweckentfremdungsverbot.

Das Wohnraumsicherungsgesetz im Überblick

Das Gesetz umfasst vier zentrale Regelungsbereiche:

- **Wohnraumgesetz Berlin:** Neue Anzeige- und Dokumentationspflichten gelten bei der Untervermietung öffentlich geförderter Wohnungen. Zugleich werden die Bußgeldtatbestände deutlich verschärft – mit Geldbußen von bis zu 50.000 Euro.
- **Wohnungsaufsichtsgesetz:** Instandsetzungen müssen schneller erfolgen – „unverzüglich“, bei akuter Gesundheitsgefahr innerhalb von maximal 48 Stunden. Zudem werden der Treuhändereinsatz gestärkt und Vorauszahlungen bei Ersatzvornahmen ermöglicht.
- **Zweckentfremdungsverbot-Gesetz:** Die Regelungen werden unter anderem an das Wohnungsaufsichtsgesetz angepasst; hinzu kommen Vorauszahlungen bei der Verwaltungsvollstreckung.
- **Wohnungs- und Mietenkataster:** Artikel 4 enthält das neue Gesetz zur Errichtung eines Wohnungs- und Mietenkatasters (WMKG Be).

Das Mietenkataster im Detail

Der nun verkündete Wortlaut entspricht inhaltlich dem Änderungsantrag vom 1. Juli 2026 (Drs. 19/3072-1). Für die Wohnungswirtschaft sind insbesondere folgende Regelungen relevant:

- **Wer muss eintragen?** Eintragungspflichtig sind die Verfügungsberechtigten beziehungsweise Vermieterinnen (§ 2 Abs. 2 WMKG Be). Beauftragte natürliche oder juristische Personen dürfen die Eintragung übernehmen; die Verantwortung bleibt jedoch bei den Vermieterinnen. Untervermieter*innen sind für das jeweilige Untermietverhältnis gesondert eintragungspflichtig.

- **Welche Daten werden erfasst?** Der Datenumfang (§ 2 Abs. 2 Nr. 1–9) reicht von Adresse, Wohnfläche, Raumstruktur und Grundausstattung über Angaben zu Vermieter*in und Zahl der Haushaltsangehörigen bis zu WBS-Angaben sowie Beginn und Dauer des Mietverhältnisses. Erfasst werden außerdem Nettokaltmiete und Zusammensetzung der Bruttowarmmiete einschließlich Betriebs-, Heiz- und Wasserkostenvorauszahlungen, Modernisierungsumlagen und die auf die Wohnung entfallende Grundsteuer.
- **Welche Fristen gelten?** Die Ersteintragung muss innerhalb von zwölf Monaten nach Aufnahme des Regelbetriebs erfolgen. Änderungen sind innerhalb eines Monats einzutragen.
- **Wie soll die technische Umsetzung erfolgen?** Vorgehen sind eine digitale Schnittstelle oder ein Portal mit standardisierten Formularen. Ausdrücklich vorgeschrieben ist auch eine Uploadfunktion für Massendaten größerer Bestände (§ 2 Abs. 5) – eine für die BBU-Mitgliedsunternehmen wichtige Regelung.
- **Wer darf die Daten nutzen?** § 2 Abs. 6 enthält einen differenzierten Katalog dazu, welche Daten für welchen Zweck übermittelt werden dürfen. Dazu zählen unter anderem Statistik, Bauleitplanung sowie Verfahren nach WoG Bln, WoAufG, ZwVbG, § 5 WiStG und § 291 StGB. Ein allgemeiner öffentlicher Zugang zu Einzeldaten ist ausgeschlossen.
- **Wann werden Daten gelöscht?** Mietverhältnisbezogene personenbezogene Daten sind zwei Jahre nach Beendigung des Mietverhältnisses zu löschen oder zu anonymisieren.
- **Welche Bußgelder drohen?** Bei wiederholten oder besonders gewichtigen Verstößen sind Geldbußen von bis zu 100.000 Euro möglich. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil aus dem Verstoß übersteigen.
- **Was darf der Senat noch regeln?** Der Senat wird ermächtigt, den Datenkatalog per Rechtsverordnung zu konkretisieren, aber nicht zu erweitern (§ 2 Abs. 3). Das setzt eine wichtige Grenze für die weitere Umsetzung.

BBU: Zentrale Fragen offen

Mit der Verkündung steht der gesetzliche Rahmen – viele Fragen der praktischen Umsetzung sind damit aber noch nicht annähernd beantwortet. Die bereits im BBU-Beitrag vom 7. Juli angesprochenen Punkte zu Datenschutz, Datenumfang, laufender Datenpflege und Weiternutzung bestehen fort. Insbesondere die Erhebung detaillierter Betriebskostenbestandteile und die Verknüpfung der Daten mit ordnungsrechtlichen und strafrechtlichen Prüfzwecken wird der BBU rechtlich weiter bewerten.

Wie geht es weiter?

Zentrale Details stehen noch aus. Das betrifft insbesondere den Start des Regelbetriebs, die technische Schnittstelle, die Authentifizierung und die konkretisierende Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 8 WMKG Be.

Für die BBU-Mitgliedsunternehmen besteht daher derzeit noch kein Handlungsbedarf – eine Eintragung ist praktisch auch noch nicht möglich. Sobald belastbare Informationen zur technischen Ausgestaltung, zum Starttermin und zum praktischen Umgang mit dem Gesetz vorliegen, wird der BBU gesondert informieren. **Su.Sa.**

↓ Download

- Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Berlin

bbu.de | Themen | Stadt- & Regionalentwicklung



↓ Download

- BBU-Beitrag vom 7. Juli 2026

bbu.de | Themen | Wohnungspolitik



- Anzeige -



maico-ventilatoren.com



ER EC-SYSTEM

Die Entlüftungslösung für innenliegende Räume mit und ohne Brandschutzanforderungen nach DIN 18017-3



Außenluftdurchlässe + Schallschutzlösungen

Für Wand/Fassade und Fenster nach DIN 1946-6

Ihre Ansprechpartner:

Georg Hundt | georg.hundt@maico.de

Sebastian Bartl | sebastian.bartl@maico.de

Sonder-Ausstellung: „Josef Kaiser. Bauen für die DDR“ in der Berlinischen Galerie

bis 1. Februar 2027

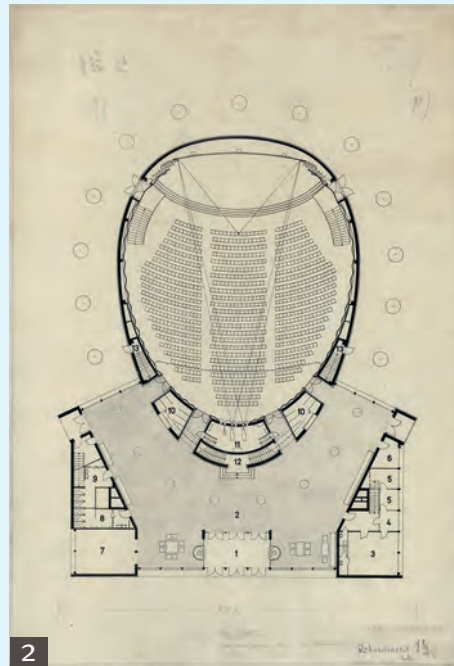
Die neue Schau in der Berlinischen Galerie in Berlin-Kreuzberg rekonstruiert erstmals das Werk des Architekten Josef Kaiser. Er zählt zu den prägenden Vertretern der DDR-Architektur und realisierte u. a. das Kino International und das Café Moskau in Berlin.

Seine Anfänge in NS-nahen Architekturbüros standen seiner Karriere im sozialistischen Staat nicht im Weg, vielmehr galten seine Entwürfe als Ausdruck eines neuen gesellschaftlichen Aufbruchs. Viele seiner Bauten sind heute als Zeugnisse einer eigenständigen Bau-Identität der DDR denkmalgeschützt. Pläne, Fotografien, Filme und Modelle zeichnen Kaisers Schaffen in der Ausstellung nach und eröffnen neue Perspektiven auf das architektonische Erbe der DDR.

Ausstellung – Anfahrt und Öffnungszeiten: www.berlinischegalerie.de



1



2



3



4

- 1 Dieter Urbach, Die Plattenbauten Alexanderstraße, Collage, um 1965 © Berlinische Galerie, Digitalisat: A. E. Witte
- 2 Josef Kaiser, Zeichnung des Kino Kosmos, undatiert © Berlinische Galerie, Digitalisat: A. E. Witte
- 3 Postkarte, Karl-Marx-Allee Berlin mit dem Ensemble Kino International, entworfen von Josef Kaiser und Heinz Aust, Hotel Berolina, entworfen von Josef Kaiser und Günter Kunert, sowie Restaurant Moskau, entworfen von Josef Kaiser und Horst Bauer, 1964 © Foto Schlegel, Digitalisat: A. E. Witte
- 4 Schnepf Renou, Kulturhaus Maxhütte, 2026 © Schnepf Renou



PERSONAL UND BILDUNG

BBA-Lerninsel 2026: Neue Ideen für alte Räume



WAS LÄSST SICH AUS EINEM BESTEHENDEN GEBÄUDE MACHEN, wenn Wohnen, Arbeiten und gemeinschaftliches Leben neu gedacht werden? 20 Auszubildende aus Berlin, Brandenburg, Sachsen und Thüringen suchten bei der BBA-Lerninsel 2026 eine Woche lang nach Antworten.

Auf Schwanenwerder am Wannsee entwickelten sie drei ganz unterschiedliche Zukunftsideen für ein Gebäude der GESOBAU – und tauschten den Schreibtisch zwischendurch gegen das Segelboot.

Von Gina Gebhardt (BBA)

Die BBA-Lerninsel ist keine gewöhnliche Ausbildungswoche. Sie ist Anerkennung und besondere Förderung für leistungsstarke Auszubildende: Wohnungsunternehmen schicken ausgewählte Nachwuchskräfte für eine Woche auf die „Insel“, wo sie abseits des Ausbildungsalltags selbstständig in kleinen Teams eine anspruchsvolle immobilienwirtschaftliche Aufgabe bearbeiten. Expert*innen begleiten und beraten sie dabei. Fachliches Können ist ebenso gefragt wie Eigeninitiative, Kreativität und Teamarbeit. Die Botschaft hinter dem Format ist bewusst einfach: Leistung, Persönlichkeit und Engagement lohnen sich.

2026 führte die Lerninsel vom 2. bis 7. August nach Schwanenwerder. Unter dem Motto „Gemeinsam über Wasser halten!“ beschäftigten sich die 20 Teilnehmer*innen mit einer Aufgabe, die viele Wohnungsunternehmen ganz praktisch umtreibt: Wie lässt sich ein bestehendes Gebäude transformieren und für neue Anforderungen weiterentwickeln?

Das konkrete Beispiel lieferte ein Gebäude der GESOBAU am Brebacher Weg 15 in Berlin-Wuhletal. Die Auszubildenden nahmen Gebäude, Standort und Umfeld unter die Lupe und entwickelten darauf aufbauend eigene Nutzungsszenarien.

Fortsetzung nächste Seite »»

Foto oben: Das ist auch die Lerninsel – auf dem Wannsee lernten die Auszubildenden in Theorie und Praxis die Grundlagen des Segelns
© Tina Merkau

Gefragt waren Ideen für Mischnutzungen, flexible Flächen sowie neue Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen. Gleichzeitig mussten Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und die Resilienz des Gebäudes ebenso berücksichtigt werden wie wirtschaftliche, technische und rechtliche Rahmenbedingungen.

Drei Ideen für ein Gebäude

Am Ende standen drei unterschiedliche Konzepte:

- Bezahlbar und gemeinschaftlich: Wohnen für Auszubildende und Studierende
- Generationenübergreifend: gemeinsames Wohnen für Jung und Alt
- Wohnen und Arbeiten verbinden: arbeitsplatznahes Wohnen mit Flächen für Austausch, Forschung und Weiterbildung in Verbindung mit dem benachbarten Krankenhaus

Aus ersten Ideen wurden im Laufe der Woche konkrete Konzepte. Die Teams arbeiteten Chancen und Risiken heraus und bereiteten ihre Überlegungen für die Abschlusspräsentation auf. Dabei ging es nicht nur um die fachliche Qualität, sondern auch darum, komplexe Zusammenhänge verständlich und überzeugend zu vermitteln.

Zum Abschluss präsentierten die Auszubildenden ihre Ergebnisse vor Vertreter*innen aus Unternehmen. Neben der Analyse des Bestands standen die drei Nutzungskonzepte und deren jeweilige Chancen und Risiken im Mittelpunkt. Be-

sonders positiv aufgenommen wurden die Professionalität, Kreativität und fachliche Tiefe der Arbeiten.

Vom Projektteam zur Segelcrew

Doch zur Lerninsel gehört noch eine zweite Herausforderung. Auf dem Wannsee lernten die Auszubildenden in Theorie und Praxis die Grundlagen des Segelns. Was zunächst nach Kontrastprogramm zur Immobilienwirtschaft klingt, folgt demselben Prinzip wie die Projektarbeit: Verantwortung übernehmen, Aufgaben verteilen, sich aufeinander verlassen und gemeinsam auf Veränderungen reagieren.

Zum Abschluss wurde aus den Projektteams schließlich eine Regatta-Crew: Die Gruppen traten auf dem Wannsee gegeneinander an, bevor die Lerninsel mit Siegerehrung und Barbecue zu Ende ging.

Gerade diese Verbindung macht das Format aus: besondere Leistungen anerkennen, Nachwuchskräfte fördern und ihnen Erfahrungen ermöglichen, die über den normalen Ausbildungsalltag hinausgehen. Ermöglicht wird die Lerninsel durch die Kooperation mit Aareon Deutschland sowie die Unterstützung des BBU, des VSWG und des vtw.

Nächste Lerninsel im August 2027

Die nächste BBA-Lerninsel findet vom 1. bis 6. August 2027 statt. Bewerbungen für die begrenzten Plätze sind ab Frühjahr 2027 bei der BBA möglich.



Impressionen der BBA-Lerninsel 2026 | Fotos © Tina Merkau

Führung in Zeiten des Wandels: Zwei BBA-Formate, zwei Perspektiven



GEOPOLITISCHE UNSICHERHEITEN, DEKARBONISIERUNG, DIGITALISIERUNG UND KÜNSTLICHE INTELLIGENZ verändern die Rahmenbedingungen der Wohnungswirtschaft. Damit wachsen auch die Anforderungen an Führung. Zwei BBA-Formate haben sich im Sommer 2026 aus unterschiedlichen Perspektiven damit beschäftigt: die Managementakademie für Unternehmensleitungen und „real estate Führungsexzellenz“ für Führungskräfte im mittleren Management.

Von Sheila Niedergesäß (BBA)

Managementakademie: Raus aus dem Tagesgeschäft, Blick nach vorn

Seit mehr als zwei Jahrzehnten bringt die BBA mit der Managementakademie Vorständ*innen und Geschäftsführer*innen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Heiligendamm / Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Das Format schafft bewusst Abstand zum operativen Tagesgeschäft: Drei Tage lang geht es darum, Entwicklungen frühzeitig einzuordnen, Konsequenzen für das eigene Unternehmen zu diskutieren und die eigene Perspektive im Austausch mit anderen Entscheider*innen zu hinterfragen.

Auch bei der 22. Managementakademie Mitte Juli war das Themenspektrum entsprechend breit. Geopolitische Veränderungen und ihre Auswirkungen auf Energiepreise und Finanzierung trafen auf zentrale immobilienwirtschaftliche Fragen rund um Bestandsentwicklung, Dekarbonisierung und Wirtschaftlichkeit. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Digitalisierung und Künstliche Intelligenz: von konkreten Anwendungen und agentischer KI über Prozessoptimierung und Datenmanagement bis zur Frage, wie technologische Veränderungen Führung, Zusammenarbeit und Unternehmenskultur beeinflussen. Ergänzt wurde der Blick auf die Branche durch die aktuelle Debatte um die Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen. Gerade die unterschiedlichen Perspektiven aus Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis boten Anlass für intensive, zum Teil kontroverse Diskussionen.

Damit blieb die Managementakademie ihrem Anspruch treu: nicht auf jede aktuelle Entwicklung eine schnelle Antwort zu

liefern, sondern Unternehmensleitungen den Raum zu geben, relevante Veränderungen einzuordnen, unterschiedliche Sichtweisen zu prüfen und daraus eigene strategische Schlüsse zu ziehen.

Mittleres Management: Veränderung konkret gestalten

Einen anderen Blick auf Führung nahm Mitte August das BBA-Format „real estate Führungsexzellenz im mittleren Management“ ein.

Führungskräfte im mittleren Management bewegen sich häufig zwischen unterschiedlichen Erwartungen von Mitarbeitenden, Teams, Geschäftsführung und Organisation. Gemeinsam mit Daniel Probst setzten sich die Teilnehmenden deshalb intensiv mit ihrer eigenen Rolle auseinander. Sie reflektierten persönliche Stärken und blinde Flecken, betrachteten formale Strukturen ebenso wie informelle Dynamiken und arbeiteten an konkreten Führungssituationen aus ihrem beruflichen Alltag. Ein Schwerpunkt lag auf dem Umgang mit Spannungen. Statt diese möglichst schnell aufzulösen, ging es darum, ihre Ursachen und unterschiedlichen Perspektiven zu verstehen und sie für Entwicklung nutzbar zu machen. Bestehende Führungsmuster wurden hinterfragt und konkrete Ansätze für den Transfer in den Führungsalltag entwickelt.

Dass Zusammenarbeit nicht allein im Seminarraum entsteht, zeigte eine gemeinsame Drachenboottour. Auf dem Wasser wurden Abstimmung, Aufmerksamkeit füreinander und ein gemeinsamer Rhythmus unmittelbar erfahrbar.



Impressionen | Alle Fotos S. 77/78 © Jens Ahner



Sandra Niedergesäß

Fortsetzung nächste Seite >>>

KI als Führungsaufgabe

Zum Abschluss griff **Max Kuhnert** ein Thema auf, das bereits die Managementakademie beschäftigt hatte: Künstliche Intelligenz. Diesmal stand jedoch die Perspektive von Führungskräften und Teams im Vordergrund. Welche Kompetenzen brauchen Mitarbeitende im Umgang mit KI? Wie lassen sich Aufgaben sinnvoll zwischen Mensch und Technologie verteilen? Und welche Verantwortung haben Führungskräfte, wenn sich Arbeitsweisen und Rollen verändern? Anhand von Praxisfällen aus der Wohnungswirtschaft diskutierten die Teilnehmer*innen, wie Führung Orientierung schaffen und gleichzeitig Raum zum Lernen und Ausprobieren geben kann. Damit wurde deutlich: Der Umgang mit KI ist nicht allein eine technologische oder strategische Frage. Er wird zunehmend zu einer konkreten Führungsaufgabe.



Führung braucht Strategie und Umsetzung

Die beiden BBA-Formate setzen an unterschiedlichen Ebenen an. Die Managementakademie schafft den Raum, Entwicklungen frühzeitig einzuordnen und strategische Konsequenzen für Unternehmen zu diskutieren. „real estate Führungsexzellenz“ setzt dort an, wo Veränderungen im Arbeitsalltag konkret werden: bei den Menschen, ihren Rollen und der Zusammenarbeit in Organisationen.

Beide Perspektiven gehören zusammen. Strategische Entscheidungen entfalten erst dann Wirkung, wenn sie in Organisationen verstanden, übersetzt und umgesetzt werden. Umgekehrt braucht gute Führung im Alltag Klarheit darüber, wohin sich Unternehmen und Branche entwickeln.



Impressionen der Management- und Führungskräfte-Events der BBA © Jens Ahner

Tagungen der BBA

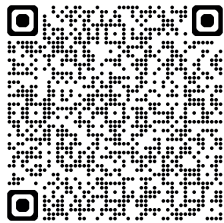
Quartiere unter Druck: Praxisstrategien für Stabilität & Sicherheit im Wohnbestand am 23. September 2026 in Berlin

Wohnungsunternehmen übernehmen heute weit mehr als die Bewirtschaftung von Gebäuden. Sie gestalten Lebensräume, sichern Nachbarschaften und tragen Verantwortung für das Zusammenleben in ihren Quartieren. Mit zunehmenden Problemlagen und Spannungen wachsen auch die Erwartungen an Wohnungsunternehmen.

Viele Herausforderungen lassen sich dabei weder allein durch rechtliche Instrumente noch durch klassische Bewirtschaftungsprozesse lösen. Gefragt sind neue Wege im Umgang mit Konflikten, starke Hausgemeinschaften, verlässliche Kooperationen vor Ort und tragfähige Strukturen, die Mitarbeitenden und Mieterschaften Sicherheit und Orientierung geben. Denn dort, wo Konflikte eskalieren, Bedrohungen zunehmen oder Unsicherheit zum Alltag wird, geraten alle Beteiligten an ihre Grenzen. Die Fachtagung beleuchtet erfolgreiche Strategien und Erfahrungen aus der Praxis. Sie ermöglicht Austausch darüber, wie Quartiere auch unter schwierigeren Bedingungen lebenswert, sicher und zukunftsfähig bleiben.

Weitere Informationen:

[bba-campus | Weiterbildung](#)

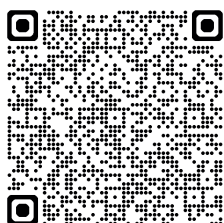


Genossenschaften-Spezial: Zwischen Kooperationen, Gemeinschaft und Zukunftsgestaltung am 14. Oktober 2026 in Berlin

Kooperationen, Mitgliederbeteiligung, Vorstandsnachfolge und Fusionen: Welche Strategien haben sich in der Praxis bewährt und welche Erfahrungen lassen sich auf die eigene Genossenschaft übertragen? Das Genossenschaften-Spezial greift zentrale Zukunftsthemen der Branche auf. Erfahrene Referierende geben Einblicke in erfolgreiche Kooperationen und Netzwerke, zeitgemäße Mitgliederbeteiligung, die frühzeitige Gestaltung der Vorstandsnachfolge sowie in einen Fusionsprozess aus der genossenschaftlichen Praxis. Freuen Sie sich auf konkrete Beispiele, wertvolle Impulse und den Austausch mit Referierenden und Teilnehmenden.

Weitere Informationen:

[bba-campus | Weiterbildung](#)

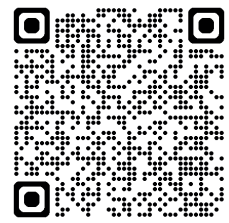


Zielgruppentagung: Leiter*in Rechnungswesen – Wiederholung am 1. und 2. Oktober 2026 in Sommerfeld

Der Bereich Rechnungswesen umfasst rechtliche, steuerliche und verwaltungs- bzw. finanztechnische Anforderungen. Updates in diesen Bereichen bilden die inhaltliche Basis der jährlichen Zielgruppentagung für die Führungskräfte des wohnungswirtschaftlichen Rechnungswesens. Vervollständigt wird das Programm durch relevante Praxisbeispiele und überfachliche Themen. Kommunale Wohnungsunternehmen ebenso wie Genossenschaften und privatwirtschaftliche Bestandshalter schätzen die persönliche Atmosphäre dieser Tagung und treffen sich hier zu Austausch, Diskussion und Anregungen für die Praxis.

Weitere Informationen:

[bba-campus | Weiterbildung](#)

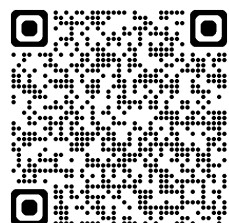


Zielgruppentagung: Leiter*in Technik – Wiederholung am 15. und 16. Oktober 2026 in Sommerfeld

Die energetische Transformation stellt weiterhin hohe Anforderungen an Bau, Sanierung und Energieversorgung und verlangt nach innovativen Lösungen. Unsere Tagung bietet Einblicke in aktuelle Trends, erprobte Strategien und zukunftsweisende Konzepte, die Effizienz und Nachhaltigkeit vorantreiben. Wie wurden erfolgreiche Projekte umgesetzt, und welche Maßnahmen haben sich bewährt? Nutzen Sie die Gelegenheit, sich mit Fachleuten und Praktiker*innen auszutauschen und praxisnahe Ansätze sowie konkrete Handlungsschritte für Ihre eigenen Vorhaben zu diskutieren.

Weitere Informationen:

[bba-campus | Weiterbildung](#)



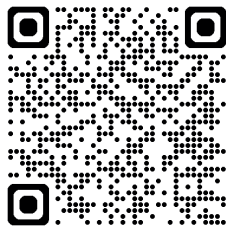
Tagungen der BBA

26. Genossenschaftskongress – mit begleitender Fachaussstellung am 18. November 2026 in Berlin

Gemeinschaft, Verantwortung und nachhaltige Entwicklung sind die Basis genossenschaftlichen Handelns – heute mehr denn je. In einer Zeit großer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen stellt sich die Frage: Wie können Wohnungs- und Wohnungsbaugenossenschaften ihre Werte leben, zukunftsfähig bleiben und den Wandel aktiv mitgestalten?

Auf unserem Kongress bieten wir Ihnen Raum für Austausch, Inspiration und Orientierung. Erleben Sie praxisnahe Impulse, innovative Projekte und den Austausch mit Expert*innen, die die genossenschaftliche Idee lebendig und wirksam halten. Gemeinsam entfalten wir das Potenzial genossenschaftlichen Handelns – für eine starke Gemeinschaft und eine lebenswerte Zukunft.

Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)

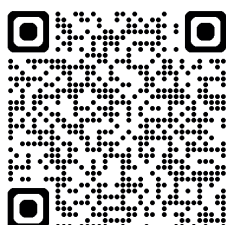


Netzwerkzirkel Finanzen am 19. und 20. November 2026 in Sommerfeld

Neben aktuellen regulatorischen Anforderungen und wohnungspolitischen Entwicklungen stehen in diesem Jahr Fördermöglichkeiten, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit im Fokus. Wie behalten Wohnungsunternehmen in der komplexen Förderlandschaft den Überblick über Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene und nutzen diese gezielt für ihre Investitionsvorhaben? Wie lässt sich bei wachsendem Investitionsbedarf – etwa durch energetische Anforderungen – die finanzielle Stabilität sicherstellen?

Der Netzwerkzirkel bietet aktuelle fachliche Impulse und vor allem eines: Raum für echten Austausch im exklusiven Kreis. Nutzen Sie die Gelegenheit, eigene Fragen einzubringen, Erfahrungen mit anderen Teilnehmenden zu teilen und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln.

Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)

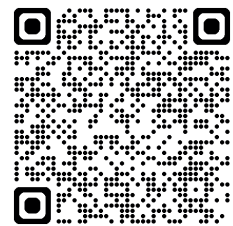


Karrierelehrgänge der BBA

Immobilienkaufmann*frau (BBA/IHK) mit Start im Herbst/Frühjahr eines jeden Jahres

Immobilienkaufleute sind Rückgrat und Allrounder in jedem Unternehmen! Wer berufsbegleitend das klassische Immobiliengeschäft erlernen und mit einem IHK-Abschluss untermauern möchte, kann sein Ziel mit dieser Ausbildung erreichen.

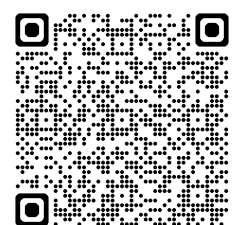
Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)



Geprüfte*r Immobilienfachwirt*in – Bachelor Professional (BBA/IHK) mit Start im Herbst/Frühjahr eines jeden Jahres

Der „Meister der Branche“ vermittelt fachliche Tiefe in allen immobilienwirtschaftlichen Kernbereichen und Tätigkeitsfeldern. Als Absolvent*innen der BBA können Sie fachlich fundierte Problemlösungen entwickeln und je nach Unternehmensgröße auch erste Führungsaufgaben übernehmen.

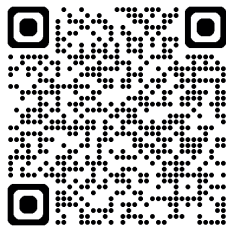
Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)



Karrierelehrgänge der BBA

Immobilien-Ökonom*in (GdW) mit Start im Herbst/Frühjahr eines jeden Jahres

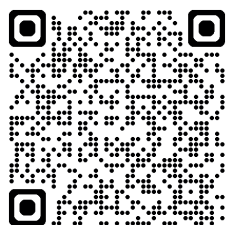
Ihr Sprungbrett ins Management und Studium! Als Absolvent*in des Lehrgangs Immobilien-Ökonom*in (GdW) werden Sie Ihr Fachwissen auf akademischem Niveau ergänzen und in die Lage versetzt, erste bereichsübergreifende und strategische Aufgaben sowie Entscheidungen im mittleren Management – je nach Unternehmensgröße – zu übernehmen.



Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)

Immobilien-Ökonom*in (GdW) – Nachgraduierung für geprüfte Immobilienfachwirte (IHK) mit Start im Herbst/Frühjahr eines jeden Jahres

Die Nachgraduierung erweitert das Repertoire an Fähigkeiten und Fertigkeiten für geprüfte Immobilienfachwirte (BBA/IHK), um Themen aus verschiedenen Blickwinkeln beurteilen, verknüpfen und Lösungsmöglichkeiten entwickeln zu können. Daher werden Sie ins wissenschaftliche Arbeiten eingeführt und lernen alle immobilienwirtschaftlichen Kernbereiche aus unterschiedlichen betriebs- und volkswirtschaftlichen Perspektiven zu betrachten.



Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)

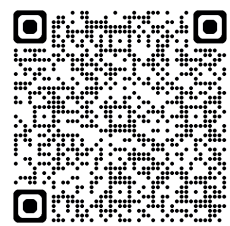
Spezialisierungslehrgänge der BBA

Zertifizierte*r Projektmanager*in Digitalisierung & KI (BBA) mit Start am 15. Oktober 2026

Digitalisierung in der Wohnungswirtschaft aktiv gestalten: Sie möchten die digitale Transformation in Ihrer Organisation nicht nur begleiten, sondern gezielt vorantreiben?

Dieser Lehrgang richtet sich an Fach- und Führungskräfte in der Wohnungswirtschaft, die konkrete Digitalisierungsprojekte entwickeln, steuern und nachhaltig verankern wollen. In diesem praxisnahen Format entwerfen Sie Schritt für Schritt Ihre eigene Digitalisierungsstrategie – vom ersten Konzept bis zur überzeugenden Präsentation. Sie lernen, wie Sie Stakeholder gewinnen, Führung auch ohne formale Macht gestalten und Ihre Kolleg*innen durch professionelles Changemanagement mitnehmen.

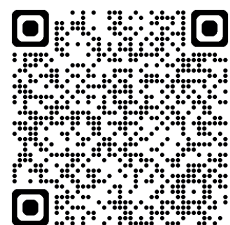
Moderationstrainings, strategisches Denken und kreative Methoden fördern den Blick über den Tellerrand hinaus – und machen Sie zum*zur echten Gestalter*in der digitalen Zukunft Ihrer Organisation.



Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)

ONLINE-LEHRGANG: Zertifizierte*r Controller*in der Immobilienwirtschaft (BBA) mit Start am 2. November 2026

Das Immobiliencontrolling stellt als funktionsübergreifendes Steuerungsinstrument eine der wichtigsten Stellschrauben in einem Immobilienunternehmen dar. Strategische Markt- und Standortanalysen, Benchmarking und Risikomanagement schaffen Transparenz über das Immobilienportfolio und stellen eine solide Basis für Berichte an die Geschäftsleitung und darauf basierende Investitionsentscheidungen dar.



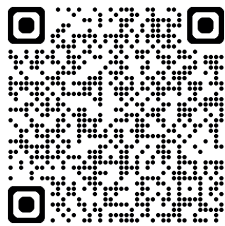
Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)

Spezialisierungslehrgänge der BBA

Technische*r Objektmanager*in (BBA) mit Start am 3. November 2026 (ONLINE-Zuschaltung möglich)

Der Bedarf an technisch geschultem Fachpersonal in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft ist hoch. Technische Objektmanager*innen sind gefragte Fachkräfte. Die Weiterbildung richtet sich an alle, die noch auf der Ebene des Hauswartes mit einer handwerklichen Ausbildung angesiedelt sind, sich aber zu einer Führungskraft weiterentwickeln möchten.

Der Lehrgang vermittelt technische Kenntnisse, betriebswirtschaftliches Denken sowie rechtliche Grundlagen. Zudem werden Inhalte wie die Strukturierung und Optimierung von Arbeitsabläufen und deren Steuerung vermittelt. Abgerundet wird dies mit einem themenübergreifenden Ausbau der kommunikativen Fähigkeiten der Teilnehmenden.



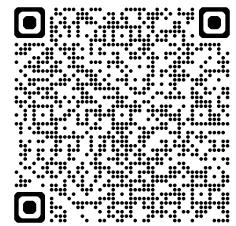
Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)

Zertifizierte*r Fachmann*frau Sozialmanagement in der Wohnungswirtschaft (BBA) mit Start am 9. November 2026

Der soziale Sektor wächst kontinuierlich und differenziert sich zunehmend. Auch in wohnungs- und immobilienwirtschaftlichen Unternehmen ist das Sozialmanagement nicht mehr wegzudenken. Zahlreiche Herausforderungen wie der demografische Wandel, zunehmende Vereinsamung, Migration und Einkommensungleichheit führen dazu, dass Mitarbeitende Aufgaben bewältigen müssen, die über ihr alltägliches Fachwissen hinausgehen.

Der Lehrgang vermittelt Ihnen fachliches, rechtliches und kommunikatives Wissen, um die zukünftigen sozialen Herausforderungen in der Wohnungswirtschaft bewältigen zu können. So z. B. Nachbarschaftskonflikte, Räumungsklagen, Verwahrlosung, Wohn- und Mietschuldenberatung sowie der Umgang mit den unterschiedlichsten Mietergruppen.

Nach Ihrem Abschluss sind Sie in der Lage mit unterschiedlichen Mietergruppen bedarfsgerecht zu kommunizieren, mit Kooperationspartnern und staatlichen Anlaufstellen zusammenzuarbeiten und Handlungsoptionen für den Umgang mit schwierigen Klienten zu geben. Instrumente zum Konfliktmanagement, zur Mietschuldenberatung und klassische Ansätze zur Hilfe und Selbsthilfe runden hierbei das Angebot ab.



Weitere Informationen:
[bba-campus | Weiterbildung](#)



Kreativflächen der BBA © Franz Brück

Ausbildung und/oder Studium an der BBA

Gute Tradition trifft Zukunft: Seit über 15 Jahren beste Abschlüsse für Ihren Unternehmenserfolg. Sichern Sie sich Ihre Plätze an der BBA-Berufsschule!

Seit über 15 Jahren steht die BBA-Berufsschule für mehr als nur guten Unterricht: Ihre Azubis werden fachlich hoch qualifiziert sowie intensiv und engagiert betreut und lernen, was sie für eine erfolgreiche IHK-Prüfung und ihr Berufsleben brauchen. BBA-Schüler*innen schneiden regelmäßig besser ab als im Landes- und Bundesdurchschnitt.

Das BBA-Konzept besticht daher durch hohe Bestehensquoten, überdurchschnittlich gute Abschlüsse, eine transparente Kommunikation und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen als Ausbildungsunternehmen. Das BBA-Kollegium unterrichtet am Puls der Zeit mit aktuellen und zukunftsgerichteten Techniken in modern ausgestatteten Räumlichkeiten. Die Schüler*innen sind nicht nur fachlich top ausgebildet, sondern wachsen in einer wertschätzenden Lern- und Arbeitsatmosphäre. Zahlreiche Add-Ons, wie zum Beispiel BBA-Plus, sichern eine optimale Förderung für Ihren Unternehmensnachwuchs.

Sichern Sie sich Ihre Ausbildungsplätze an der BBA-Berufsschule. Es wird sowohl Blockunterricht als auch eine wöchentlich stattfindende Klasse für Sie vorgehalten.

Das Beste aus zwei Welten: Zukunftssicheres Modell Ausbildung & Bachelor-Abschluss als duales Studium in nur 7 Semestern!

Sie überlegen, wie Ihr Nachwuchs ausgebildet sein muss, um Ihr Unternehmen zukunftssicher aufzustellen? Wir sind überzeugt: Die Zukunft gehört dem „Sowohl-als-auch“ von Ausbildung & Studium. In einer Welt, in der komplexe Zusammenhänge immer wichtiger werden, hat die BBA gemeinsam mit der bbw Hochschule ein innovatives duales Studium entwickelt, das die Ausbildung integriert und „das Beste aus beiden Welten“ vereint.

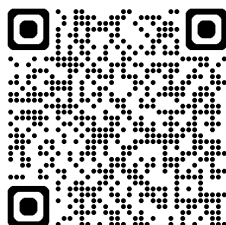
In nur **7 Semestern** sichern Sie sich für Ihren immobilienwirtschaftlichen Nachwuchs das Wissen und das Können von zwei Abschlüssen: **die Ausbildung zum/zur Immobilienkaufmann/-frau (IHK) und den Bachelor of Arts in Immobilienmanagement** – perfekt kombiniert in einem ausbildungsintegrierten dualen Studium!

Mit der BBA investieren Sie nicht nur in die fachliche Ausbildung Ihres Nachwuchses, sondern in die Chance, junge Talente langfristig an Ihr Unternehmen zu binden. Von den aktuellen Azubi-Student*innen erhalten wir sehr positive Rückmeldungen, auch hinsichtlich der Studierbarkeit. Ein Einstieg ist im 1. oder 2. Lehrjahr möglich und kombiniert „das Beste aus zwei Welten“ für Ihren immobilienwirtschaftlichen Nachwuchs.

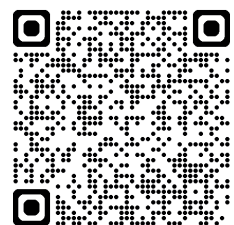
Ihre Vorteile auf einen Blick:

- **Duales Studium & Ausbildung:** Zwei Abschlüsse in 7 Semestern (Immobilienkaufmann/-frau (IHK) & Bachelor of Arts Immobilienmanagement)
- **Gute Studierbarkeit:** 1-2 Mal pro Woche abends und 1 Mal im Monat samstags
- **Zukunftssicher:** Ihre Zukunftstalente können den Beruf „von der Pike auf“ & auf akademischem Niveau mit Komplexität umgehen

Weitere Informationen:
[bba-campus](#) | Weiterbildung



Weitere Informationen:
[bba-campus](#) | Weiterbildung





STELLENMARKT

Suchen Sie neue Mitarbeiter*innen?

Die Schaltung ist online und im wöchentlichen Newsletter für BBU-Mitgliedsunternehmen kostenfrei.

Alle aktuellen Stellenausschreibungen finden Sie in unserem Stellenportal auf www.bbu.de!

Bei Fragen steht Ihnen unser Redaktionsteam gerne zur Verfügung:

Silke Schendel
Telefon: 030 89781-123
redaktion@bbu.de

Kerstin Braun
030 89 781-122
redaktion@bbu.de

Erdmännchens Corner

© Bild und Text erstellt mit Unterstützung von Copilot



Wer glaubt, nur Menschen beschäftigen sich mit Wahlen, war schon länger nicht mehr bei uns im Zoo. Seit einigen Wochen haben wir beobachtet, dass unsere (großen) Gäste auffallend oft über Politik sprechen. Manchmal bleiben sie direkt vor unserem Gehege stehen und haben darüber diskutiert, was in der politischen Landschaft los ist und was die besten Ideen für die Stadt sind. Und draußen in der Stadt hingen diese großen Plakate mit kurzen Sprüchen darauf.

Wir Erdmännchen finden das sehr interessant. Schließlich gehört Landschaft-Beobachten zu unseren Kernkompetenzen. Während wir auf unserem Aussichtshügel stehen und nach Greifvögeln Ausschau halten, haben wir die Menschen, Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten beobachtet. Besonders hat uns die Kunst der Wahlkampfslogans fasziniert. Dass man komplizierte Themen auf wenige Worte zusammenkürzen kann, hat selbst erfahrenen Erdmännchen imponiert. Wir haben deshalb eigene Vorschläge entwickelt: „Lieber Futtern statt Reden“, oder: „Sichere Gehege statt leere Versprechen!“ Auch „Mehlwürmer bezahlbar halten!“ dürfte in unserer Kolonie durchaus mehrheitsfähig sein.

Dabei hatten wir in den vergangenen Monaten eigentlich genug andere Themen. Der Sommer war für uns schließlich ein voller Erfolg. An manchen Tagen kamen so viele große und kleine Gäste, dass wir den Eindruck hatten, ganz Berlin sei einmal bei uns vorbeispaziert. Das hat uns sehr gefallen. Schließlich macht unser Publikum den Alltag abwechslungsreich. Und die Hitze? Während viele Menschen schwitzend nach dem nächsten Schattenplatz suchten, fühlten wir uns bestens aufgehoben. Für Afrikaklima-Tiere sind hohe Temperaturen schließlich kein Grund zur Beschwerde.

Aber: Die Tage werden langsam kürzer, und morgens liegt schon ein Hauch von Herbst in der Luft. Der Spätsommer schenkt uns einige warme Tage, aber gleichzeitig entsteht eine spezielle (Herbst-) Energie. Die Menschen kommen erholt zurück, starten Projekte, treffen (Wahl-)Entscheidungen und schauen nach vorne (manchmal mehr, manchmal weniger gerne). Wir Erdmännchen bleiben dabei natürlich unparteiisch. Unser Platz ist der Aussichtshügel, aber neugierig verfolgen wir das Geschehen schon.

In diesem Sinne: „Mehr Herbst wagen!“

Impressum

Herausgeber

BBU Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.
Lentzeallee 107, 14195 Berlin
E-Mail: info@bbu.de
Internet: www.bbu.de

Redaktion

Dr. David Eberhart (V.i.S.d.P.),
Silke Schendel
Tel: (030) 897 81-118
(030) 897 81-123

Autorenkennung

Dr. Leila Aghlimoghadam (L.A.), Daniel Barde
(D.B.), Matthias Brauner (M.B.), Frank Bielka
(F.B.), Berengar Buttler (B.B.), Sabine Degen
(S.D.), Dr. David Eberhart (D.E.), Mieke Goldhahn
(M.G.), Mario Hilgenfeld (M.H.), Prof. Dr. Klaus-
Peter Hillebrand (K.-P.H.), Maren Kern (M.K.), Jan
Robert Kowalewski (J.K.), Thomas Krug (T.K.),
Kathrin Mölneck (K.Mö.), Christine Preuß (C.P.),
Sude Sapmaz (Su.Sa.), Silke Schendel (S.Sch.),
Marius Schlegelmilch (M.S.), Bertram Schwarz
(B.S.), Philine Siantis (Ph.S.), Grit Steckmann-
Bleek (G.S.), Fabian Viehrig (FV.), Dr. Claus
Wedemeier (C.W.), Kerstin Willisich (K.W.)

Layout

Kerstin Braun

Druck

DCM Druckcenter Meckenheim GmbH

Erscheinungsweise:

insgesamt
8 Ausgaben in 2026 (laut Mediadaten 2026)

Redaktionsstand:

Berlin, 17. September 2026

Hinweise:

Die Redaktion behält sich die
Auswahl und redaktionelle Bearbeitung der
eingereichten Beiträge vor.
Der BBU geht bei Zusendung von Bildmaterial
zur Veröffentlichung davon aus, dass das
zusendende Unternehmen zur Weitergabe
dieses Bildmaterials berechtigt ist.

Fotos

iStock - Reinhard Krull (S. 62); iStock -
filadendron (S. 84); BBU.

Copyright

Der Nachdruck oder die Vervielfältigung und
Verbreitung sind nur mit schriftlicher Ge-
nehmigung des Herausgebers gestattet. Kein
Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(Fotokopie, Mikroverfilmung, Verwendung in
Datenverarbeitungsanlagen oder Programmen)
ohne schriftliche Genehmigung des Heraus-
gebers verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet
werden.

Anzeigen laufen außerhalb der redaktionellen
Zuständigkeit der Redaktion der BBU-Nach-
richten und stellen keine Empfehlung dar.

Abopreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abbestellung / Kündigung:

Wenn Sie die BBU-Nachrichten künftig nicht
mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine
E-Mail an info@bbu.de.
Bitte beachten Sie als Abonnent die Kündi-
gungsfrist (Abo-Laufzeit: 1 Jahr, Kündigung für
das Folgejahr: bis 15. November des laufenden
Jahres).